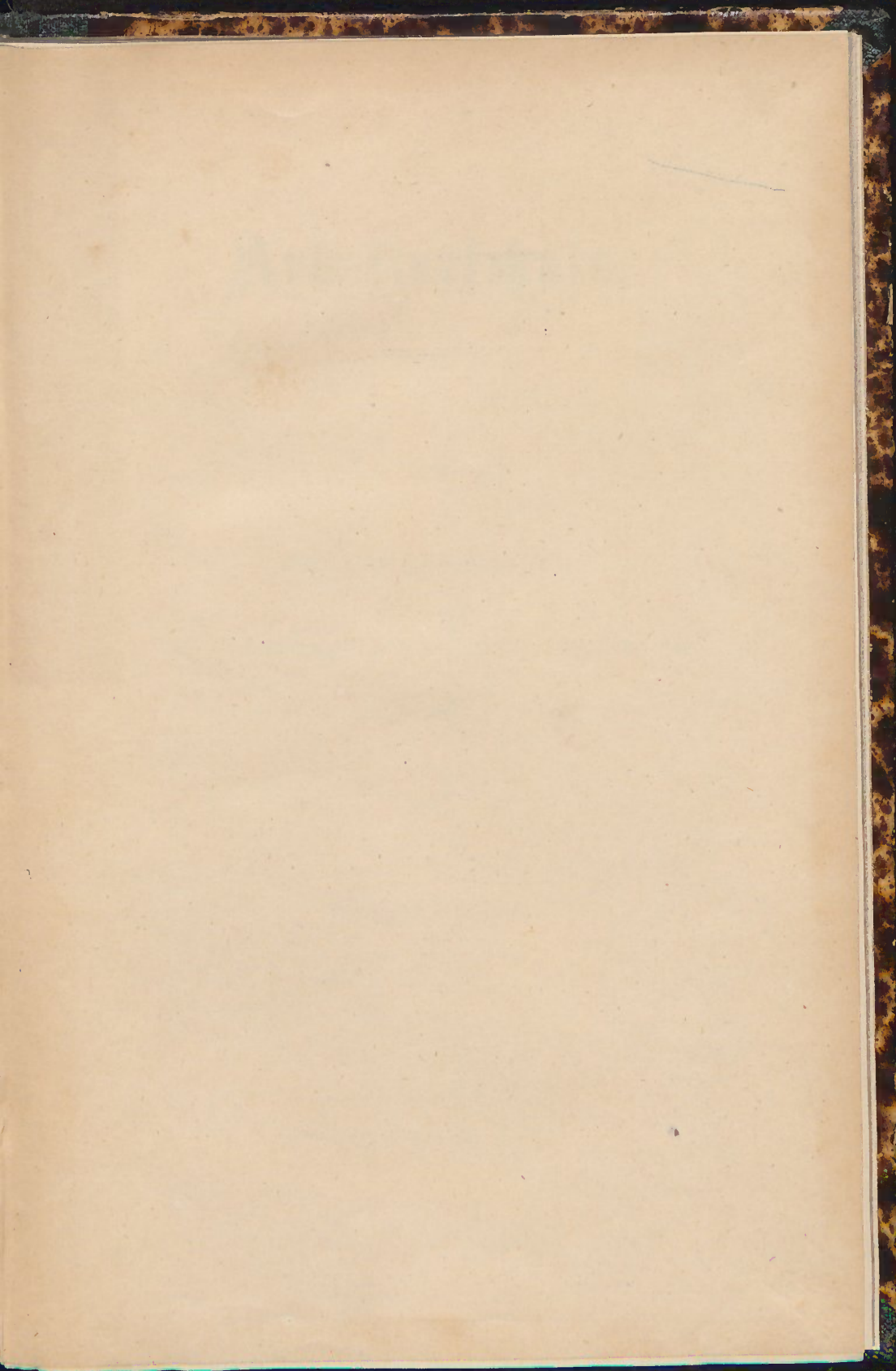


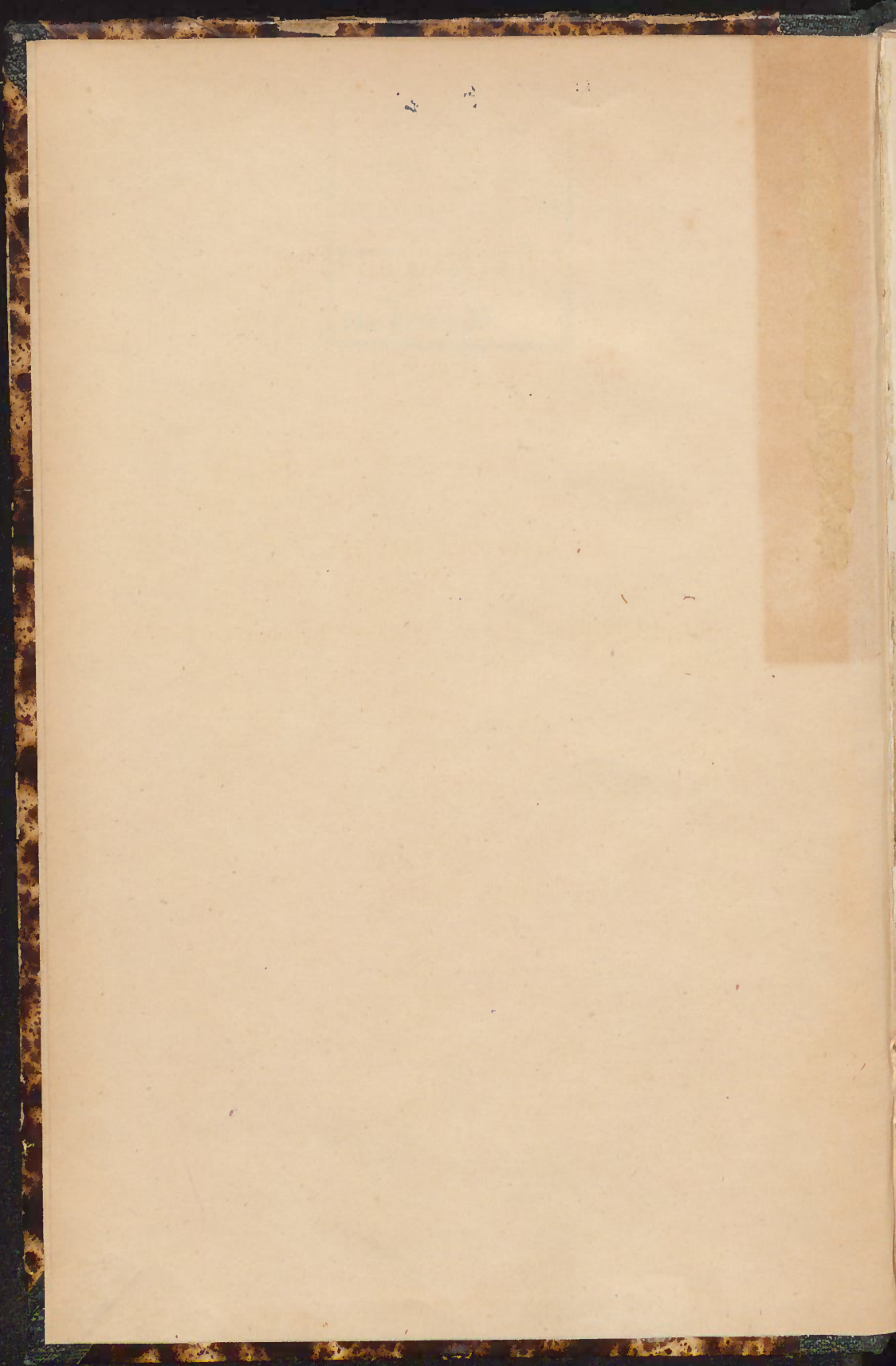
Prozide:
Arbeitsgeschichte

II

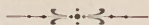
13339

EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL
BIBLIOTHEK
Nr. II 13339





Arbeiterchutz.



Eine Antwort auf

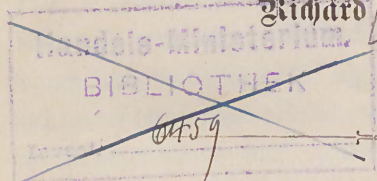
Wilhelm Dechelhäuser's

„Die Arbeiterfrage“ und die „sozialen Aufgaben der
Arbeitgeber“

49 1887

von

Richard Roeflake.



Dessau 1887.

Druck und Verlag von H. S. Art'l.



V o r w o r t.

Von allen Fragen, welche die Völker in diesem Jahrhundert bewegt haben und noch bewegen, kann wohl keine eine solche Bedeutung für sich in Anspruch nehmen, wie die innerhalb der letzten Dezennien in den Vordergrund getretene „soziale Frage“. Betrifft dieselbe doch nicht eine einzelne Nation, sondern alle civilisirten Völker und Staaten der Welt; handelt es sich doch bei ihr nicht nur um die Beibehaltung oder Abschaffung eines seit Jahrtausenden bestehenden Eigenthumsrechts und einer seit Jahrhunderten bestehenden Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung, sondern zugleich um die zukünftige Gestaltung der materiellen und ideellen Lage aller besitzlosen Klassen, also der großen Mehrheit der Menschen. Da aber die Arbeiter das Gros der besitzlosen Klassen bilden, so ist auch die soziale Frage im wesentlichen gleichbedeutend mit der Arbeiterfrage und geeignet, nicht nur das Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch das der Arbeitgeber in Anspruch zu nehmen und sie zur thätigen Mitwirkung bei deren Lösung zu veranlassen. Dennoch wird man nicht mit Unrecht behaupten können, daß die Gesamtheit der Arbeitgeber in dieser Beziehung bisher noch wenig oder nichts geleistet, daß sich ein großer Theil von ihnen kaum um die soziale Frage selbst, geschweige denn um deren Lösung bekümmert hat. Der Grund hierfür dürfte nicht nur in der, eine Zeit lang beinahe zu einem Dogma erhobenen Pflicht der Selbsthilfe, sondern auch darin zu finden sein, daß der Trieb, selber vorwärts zu kommen, manchen Arbeitgebern die ihren Arbeitern und der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllenden Pflichten nicht dringend genug erscheinen ließ, daß andere die auch für

sie vorhandene aktuelle Bedeutung der sozialen Frage nicht erkannten, und daß die theoretischen Abhandlungen von Fachgelehrten sie eines Besseren nicht zu belehren vermochten.

Ein um so größeres Aufsehen mußten daher die von einem Arbeitgeber selbst verfaßten, auf dem Boden praktischer Erfahrungen basirenden beiden Schriften „die Arbeiterfrage“ und „die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber“ unter den letzteren hervorrufen. Herr Wilhelm Dechelhäuser, der Verfasser dieser Schriften, weist in denselben dem Staat, der Gemeinde, den Arbeitern, insbesondere aber den Arbeitgebern Pflichten zu, die diese in ihrer Mehrzahl schwerlich bisher als solche anerkannt haben. Da es keinem Zweifel unterliegen kann, daß für eine baldige Besserung der Lage der arbeitenden Klassen die Arbeitgeber mehr zu leisten im Stande sind, als die besten kritischen Untersuchungen der außerhalb dem praktischen Leben stehenden Theoretiker, so hat sich Herr Dechelhäuser, selbst wenn er mit seinen Schriften nichts weiter erreicht hätte, als das Interesse für die angeregten Fragen in den Kreisen der Arbeitgeber zu erhöhen, durch dieselben ein bleibendes Verdienst erworben.

Natürlich werden die Meinungen der Arbeitgeber über die Berechtigung der Dechelhäuser'schen Forderungen, über die Richtigkeit seiner Ansichten getheilt sein, und während die einen ihm voll und ganz zustimmen, werden die anderen ihm ebenso energisch entgegentreten. — Da aber Herr Dechelhäuser in seinen Schriften von den Arbeitgebern nicht nur eine platonische Zustimmung, sondern auch materielle Opfer verlangt, so wird es ihm, wie vielen Anderen, begegnet sein, daß aus dem Kreise der Freunde plötzlich Gegner entstanden und aus den bisherigen Gegnern die zuverlässigsten Bundesgenossen geworden sind. Dies gilt nicht nur von den persönlichen, sondern, wie die Verhandlungen in der letzten Session des Reichstags von neuem bewiesen haben, auch von den politischen Freunden. Hat doch der Verfasser der obigen Schriften in der Person des klerikalen Abg. Hitze und in der des freisinnigen Abg. Schmidt, also bei Mitgliedern derjenigen Parteien,

welche in anderen Fragen zu seinen entschiedensten Gegnern zählen, die eifrigsten Vertreter seiner Ansichten gefunden.

Allerdings wird man, und zwar mit Recht, einwenden können, daß sich die Ansichten des Einzelnen in sozialen Fragen mit dem politischen Standpunkt einer Partei überhaupt nicht zu decken brauchen, daß insbesondere die Arbeiterfrage ein neutrales Gebiet bilden könnte und bilden sollte, auf dem sich Männer aus allen Parteien zum Vortheil der Allgemeinheit zusammenfinden. Nur scheint es, daß Herr Dechelhäuser diese, auch von ihm als richtig bezeichnete Anschauung trotz seiner Versicherung nicht ganz zu der seinigen gemacht hat, denn sonst hätte er auf dem Parteitag zu Leipzig schwerlich behaupten können, daß die nationalliberale Partei besonders berufen und befähigt sei, zur Lösung der sozialen Frage beizutragen, sonst hätte er in seiner am 12. Februar d. J. zu Dessau gehaltenen Rede es nicht als auffällig bezeichnen können, daß ich, trotz meiner Uebereinstimmung mit der nationalliberalen Partei in den sozialen Fragen, dennoch gegen dieselbe aufgetreten sei, sonst hätte er mir nicht den Vorwurf machen können, daß ich mir erst einen künstlichen Gegensatz geschaffen hätte, um ihm und seiner Partei gegenüberzutreten. — Da ich seiner Zeit keine Gelegenheit hatte, den Vorwürfen des Herrn Dechelhäuser entgegenzutreten, da andererseits auch auf Seiten derjenigen, welche sich zu den entschiedenen Liberalen zählen, vielfach die Ansicht vertreten ist, daß ein Eintreten für die Hilfe des Staates zu Gunsten der besitzlosen Klassen, daß die Befürwortung eines gesetzlichen Schutzes gegen unberechtigte Ausnutzung menschlicher Arbeitskräfte mit einer liberalen Gesinnung nicht in Einklang zu bringen sei, so leistete ich der Anregung von Freunden, die Dechelhäuser'schen Schriften einer Besprechung zu unterziehen, um so bereitwilliger Folge, als ich einen Austausch der Meinungen unter den hauptsächlich beteiligten Faktoren für die Klärung der einschlägigen Fragen nothwendig und vortheilhaft halte. Das Interesse zur Sache hat es dahin gebracht, daß die beabsichtigte Besprechung unter der Feder zu einer, den Zweck vielleicht übersteigenden Ausdehnung angewachsen ist; möge es der Leser diesem Interesse zu Gute halten.

Natürlich beruhen die nachfolgenden Ausführungen auf rein praktischer Grundlage. Sie sollen nicht mehr sein, als eine neue Anregung zur thätigen Mitwirkung der Arbeitgeber behufs Besserung der Arbeiterverhältnisse, nicht mehr als ein neuer Versuch, die Nothwendigkeit und die Möglichkeit eines gesetzlichen Arbeiterschutzes zu beweisen. — Soviel auch die Wissenschaft sich mit der zukünftigen Lage der arbeitenden Klassen bereits beschäftigt hat, so wird doch die Gestaltung derselben von ihr allein nicht abhängen, und werden daher die Worte von Männern, welche selbst im praktischen Leben stehen, vielleicht nicht ganz ohne Nutzen verhallen.

In diesem Sinne, so hoffe ich, werden nicht nur die Freunde, welche mich zum Schreiben veranlaßten, sondern wer überhaupt die Schrift des Lesens werth erachtet, das Gegebene nachsichtig beurtheilen.

Berlin—Dessau, im August 1887.

Richard Moesicke.

„Wenn die große Masse des Menschengeschlechts immer so bleiben sollte, wie sie gegenwärtig ist, in der Sklaverei mühseliger Arbeit, an der sie keine Interesse hat und für welche sie also auch kein Interesse fühlt, sich von früh Morgens bis spät Abends abquälend, um sich nur den nothwendigen Lebensbedarf zu verschaffen, mit all' den intellektuellen und moralischen Mängeln, die ein solcher Zustand mit sich bringt — ohne eigene innere Hilfsquellen — ohne Bildung, denn sie können nicht besser gebildet als genährt werden — selbstsüchtig, denn ihr Unterhalt nimmt alle ihre Gedanken in Anspruch — ohne Interesse und Selbstgefühl als Staatsbürger und Mitglieder der Gesellschaft; dagegen mit dem in ihren Gemüthern gährenden Gefühl des ihnen vermeintlich widerfahrenden Unrechts hinsichtlich dessen, was Andere besitzen, sie aber entbehren; — wenn ein solcher Zustand bestimmt wäre, ewig zu dauern, so wüßte ich nicht, wie Jemand, der seiner Vernunft mächtig ist, dazu kommen sollte, sich weiter um die Bestimmungen des Menschengeschlechts zu bekümmern.“

J. St. Mill.

Herr Wilhelm Dechelhäuser, der Verfasser von: „Die Arbeiterfrage. Ein soziales Programm“ und „Die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber“ beklagt sich in einem Nachwort zur ersteren dieser beiden Schriften darüber, daß er auf seinen Appell an die Menschen, eine Antwort von den politischen Parteien erhalten habe. Da er jedoch mit der Antwort einer Partei, nämlich der nationalliberalen, zufrieden zu sein scheint, so darf man wohl annehmen, daß es nur die Antworten der ihm politisch ferner stehenden Parteien sind, welche ihm zu seiner Klage Anlaß gegeben haben. Insbesondere dürfte dies in Bezug auf die freisinnige Partei zutreffen, und doch hätte Herr Dechelhäuser von ihr kaum eine andere Antwort erwarten können. Stehen doch die Ansichten des größeren Theils der Mitglieder dieser Partei in sozialen Fragen den seinigen diametral entgegen; hat doch Herr Dechelhäuser seine Arbeit selbst „ein soziales Programm“ genannt, dadurch aber nicht nur die Kritik der Parteien hervorgerufen, sondern dieselbe zugleich auf die Punkte konzentriert, welche ein Programm darstellen sollen, welche insbesondere Neues in dieser Beziehung bieten. Unter diesen nimmt unzweifelhaft den ersten Rang ein die Frage der Altersversorgung. Diese glaubt der Verfasser durch ein Provisorium lösen oder zur Lösung führen zu können, welches in der That nicht nur den Gegnern, sondern auch vielen Freunden dieser Idee undurchführbar resp. unannehmbar erscheinen muß.

Daß alle diejenigen, welche ein Eingreifen des Staates im Interesse der Arbeiter, insbesondere einen Zwang zum Beitritt zu irgend welcher Kranken-, Unfall- oder Invaliden-Kasse perhorresciren, sich auch gegen ein Provisorium erklären würden, welches dasselbe Ziel im Auge hat, ist selbstverständlich. Daß aber auch eine große Zahl derjenigen, welche dem Staate das Recht des gesetzlichen Einschreitens prinzipiell zuerkennen,

mit einem Uebergangsstadium nicht einverstanden ist, welches von den Arbeitgebern einen jährlichen Zuschuß von 50 bis 60 Millionen Mark erfordert, ohne Garantie dafür, daß diese Summe für ein Definitivum ausreichen, daß sie überhaupt zu einem solchen führen wird, welches andererseits von den Arbeitnehmern die Aufbringung von nahezu 30 Millionen Mark per Jahr erfordert, ohne daß ihnen damit im Falle ihrer Invalidität ein Anspruch auf eine bestimmte Höhe von Rente gewährt wird, hätte Herrn Dechelhäuser nicht befremden sollen. Es kommt hinzu, daß Herr Dechelhäuser sich schließlich für das Definitivum auch wieder nach materieller Staatshilfe umsieht, indem er die Branntwein-konsumsteuer mit der Alters- und Invalidenversorgung „in Verbindung bringen“ will. Er nähert sich somit den staatssozialistischen Plänen der Regierung und der konservativen Partei und setzt sich zugleich mit denjenigen in Widerspruch, welche vom Staate zwar eine gesetzliche Regelung dieser Frage, die Aufbringung der Mittel aber den Interessenten selbst überlassen wollen. Auffallend ist es, daß Herr Dechelhäuser trotz dieser Annäherung an die Sozialpolitik der Regierung gerade von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem Organ der letzteren, nicht nur in dem gewohnten „Schulmeister-ton“, wie der Verfasser diese Kritik in seinem Nachwort nennt, sondern geradezu in höhrender Weise angegriffen worden ist.

Ohne mich auf das schwierige Projekt der Altersversorgung und auf die Frage, ob ein Provisorium überhaupt empfehlenswerth ist, näher einzulassen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß Herr Dechelhäuser selbst die Krankenversicherung der Arbeiter deswegen besonders preist, weil das bezügliche Gesetz sich aufgebaut hat „auf dem, durch die freiwillige Krankenpflege und die gesetzliche Einrichtung fakultativer Krankenkassen vorbereiteten Boden“; daß er auch in Bezug auf das Unfallversicherungsgesetz die Erfahrungen und Handhaben hervorhebt, welche in dieser Beziehung die bereits vorhanden gewesenen Unfallversicherungsgesellschaften darboten. Von einem solchen Unterbau, von solchen Handhaben kann für die Altersversorgung augenblicklich natürlich noch nicht die Rede sein. Läge es da nicht näher, wenn man anstatt des vorgeschlagenen Provisoriums mit dem Zwang der Beiträge und ohne Recht auf Rente zunächst einen solchen Boden zu schaffen suchte, wenn man „statt einem großen gefährlichen Schritt ins Finstere“ gesetzliche Grenzen für fakultative Altersversorgungskassen einzuführen resp. diese

gesetzlich zu unterstützen und zu befürworten suchte? Wäre eine solche fakultative Regelung — immer die Nothwendigkeit eines Provisoriums vorausgesetzt — nicht umsomehr zu empfehlen, als das von Dechselhäuser verlangte Kriterium der „Invalidität und Bedürftigkeit“ ein sehr präkares und dehnbares ist, wogegen der Begriff einer durch Krankheit oder Unfall hervorgerufenen Arbeitsunfähigkeit leicht faßbar erscheint und doch schon unzählige Streitigkeiten hervorgerufen hat und stets hervorrufen wird? Jedenfalls würden durch freiwillige Altersversorgungskassen die Erfahrungen, die jetzt leider noch fehlen, besser und leichter gesammelt werden können, als durch ein zwangsweises Provisorium. Und würden nicht die nun einmal gebildeten Berufsgenossenschaften zu einer solchen freiwilligen Einführung wie geschaffen sein? Würden sie nicht dadurch den Beweis liefern können, daß sie es in der That gut mit den Arbeitern meinen, daß sie eine Vereinigung für dieselben, nicht gegen sie sind und sein wollen? Daß eine gesetzliche Regelung, wie sie früher für die auf Ortsstatut beruhenden Krankenkassen bestand und wie sie heute noch für die freien Hilfskassen besteht, auch für die Gründung fakultativer Invalidenkassen erforderlich ist und deren Einführung erheblich erleichtern und befördern würde, werden alle diejenigen zugeben, welche sich schon mit der Gründung von Invaliden- und Altersversorgungskassen beschäftigt haben. Wie den Zünften das Recht erteilt worden ist, Unterstützungskassen zu gründen, die für alle Mitglieder, nach der neuesten Novelle zum Gewerbegesetz sogar für Nichtmitglieder bindend sein sollen, so könnte den einzelnen Berufsgenossenschaften, welche fast alle Betriebe in den betreffenden Gewerben umfassen, ein ähnliches Recht in Bezug auf Invaliden- und Altersversorgungskassen mit weit größerer Berechtigung erteilt werden. Eine derartige fakultative Regelung hätte gegenüber dem Dechselhäuser'schen Provisorium noch den besonderen Vorzug, daß sie ohne große Vorbereitungen sogleich eingeführt werden kann, ja längst hätte eingeführt sein können, während so seit den ersten Ankündigungen der Regierung bereits Jahre verstrichen sind und bis zur definitiven Durchführung eines Altersversorgungsgesetzes voraussichtlich noch Jahre verstreichen werden. Doch ist und kann es namentlich jetzt nicht meine Absicht sein, den Vorschlägen des Herrn Dechselhäuser andere Vorschläge mit ausführlicher Begründung entgegenzuhalten, wo die Regierung bereits die Vorlage eines Altersversorgungsgesetzes in nahe Aussicht gestellt hat; ich wollte nur zeigen, daß man der Frage der

Altersversorgung immerhin sympathisch gegenüberstehen kann, ohne ein Provisorium, wie es Herr Dechelhäuser vorschlägt, für praktisch oder durchführbar zu halten.

Wie man sehr freisinnige und liberale Grundsätze haben kann und doch den manchesterlichen Standpunkt gewisser Mitglieder der freisinnigen Partei in sozialen Fragen nicht zu theilen braucht, so wird man auch dem Staate ein ziemlich weitgehendes Recht in Bezug auf die gesetzliche Regelung sozialer Verhältnisse einräumen können, ohne doch den staatssozialistischen Plänen der Reichsregierung in allen Punkten zustimmen zu müssen. Man wird z. B. die Pflicht der Arbeitgeber, für die Unfälle in ihren Betrieben aufzukommen, man wird den Versicherungszwang als nothwendig anerkennen können, ohne das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 mit seinen Zwangsgenossenschaften, mit seinem gewaltigen Verwaltungsapparat und dem bedenklichen Umlageverfahren gutheißen zu müssen. Letzteres thut nun auch Herr Dechelhäuser nicht, obgleich er zur nationalliberalen Partei gehört und s. B. mit ihr für das Gesetz gestimmt hat, er tadelt dasselbe vielmehr in mehreren Beziehungen und hält es schon heute für besserungsbedürftig; um so mehr wird er aber die Kritik derjenigen als berechtigt anerkennen müssen, die wegen jener Mängel sich von vornherein gegen das Gesetz erklären zu müssen glaubten.

Viele von denen, welche den Versicherungszwang und die Versicherungspflicht der Arbeitgeber in Bezug auf die Sicherstellung der Arbeiter gegen Unfallgefahr von jeher als nothwendig angesehen haben, werden heute, nachdem sie über Jahr und Tag in der neuen Organisation thätig gewesen sind, doch zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß derselbe Zweck in einfacherer Weise zu erreichen gewesen wäre. Der Verwaltungsapparat, welcher es dahin bringt, daß in manchen Genossenschaften jeder zehnte versicherungspflichtige Betriebsunternehmer ein Ehrenamt bekleidet, ist zu groß und auch unnütz, weil schließlich die Arbeit — wenn sie korrekt und richtig ausgeführt werden soll — doch Einzelnen überlassen werden muß, weil andererseits die Abhängigkeit vom Reichsversicherungsamt in einer großen Zahl von Fragen eine wirkliche Selbstverwaltung nicht zuläßt. Als Beweis hierfür wird man es ansehen können, daß schon jetzt die Genossenschafts- und Sektionsversammlungen an Theilnehmern, daß die Einrichtung der Vertrauensmänner an geeigneten Personen Mangel leiden und daß der Einfluß des Reichsversicherungs-

amts sich in den verschiedensten Beziehungen geltend macht, wie auch in den maßgebenden Kreisen selbst die Ansicht vorzuherrschen scheint, daß die einzelnen Berufsgenossenschaften in der That eine Art von unteren Verwaltungsbehörden des Reichsversicherungsamts darstellen. Ich für mein Theil stimme mit den Bedenken des Herrn Dechelhäuser gegen das Gesetz vollkommen überein und würde, so wie er, das Umlageverfahren gern durch das Deckungsverfahren ersetzt, die örtliche Ausdehnung der Genossenschaften gern verringert sehen; ich würde ferner die zeitraubende Berechnung der Beiträge nach der unkontrollirbaren Summe des Arbeitslohnes, welche so zu sagen eine Prämie auf billige Arbeitslöhne darstellt, gern beseitigt sehen. Doch ist es fraglich, wann und ob derartige Wünsche in Erfüllung gehen werden, und wird man sich daher zunächst mit dem Gesetz begnügen müssen, wie es ist. Um so bedenklicher erscheint es mir daher, wenn schon jetzt, nach kaum zweijährigem Bestehen, immer von neuem die hohen Verwaltungskosten als ein besonderer Mangel hervorgehoben werden, und wenn die Regierung, um diesen Vorwurf zu beseitigen, die Genossenschaften zu übermäßiger Sparsamkeit anstachelt. Ich und mit mir viele andere haben niemals geglaubt, daß die Verwaltung der Genossenschaften eine sehr wohlfeile sein würde; auch hat Herr Dechelhäuser Recht, wenn er sagt, daß „die als Ehrensache geführten Verwaltungen in der Regel die kostspieligsten sind“. Aber ich meine, daß es schließlich wenig ausmachen kann, ob die Verwaltungskosten, nachdem einmal der sogenannte Beharrungszustand eingetreten ist, d. h. nachdem die Umlagen die höchsten Ziffern erreicht haben, — und erst dann resp. unter Zugrundelegung dieser Zahlen ist ein definitives Urtheil zulässig — 10, 11 oder 12 Prozent der Entschädigungssummen ausmachen. Die Berufsgenossenschaften, wenigstens diejenigen, deren Betriebe mit einer großen Unfallgefahr verbunden sind, stellen im großen Ganzen nichts als große und oft sehr ausgedehnte Versicherungsgesellschaften dar. Daß die Leitung und Verwaltung derselben auf die Dauer, ohne Schädigung für die Genossenschaft, nicht als ein bloßes Ehren- und Nebenamt betrieben werden kann, dürfte jedem klar sein, der einen Einblick in derartige Verhältnisse gehabt hat; auch dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß diejenigen Genossenschaften schließlich die gesundesten sein werden, welche sich von vornherein nicht gescheut haben, trotz der höheren Verwaltungskosten auf die Anstellung tüchtiger und geschulter Verwaltungsbeamten bedacht zu sein.

Ganz anders verhält es sich bei den Krankenkassen. Hier sind die Bezirke enger begrenzt, hier ist von einer Abwägung der Entschädigungspflichten nicht die Rede, alles regelt sich nach festen, leicht faßlichen Grundsätzen, die ganze Fürsorge für die Versicherten hört nach einer gewissen Spanne Zeit auf. Die Beiträge sind statutarisch ein für alle Mal festgestellt und bedürfen keiner großen Berechnung; die Arbeiter selbst sind thätige Mitglieder der Verwaltung und tragen nicht wenig zur glatten und schnellen Erledigung der Geschäfte bei. Eine mehrinstanzliche Rechtsprechung, eine fortwährende Beaufsichtigung und Beeinflussung seitens der Behörden findet nicht statt, jede Krankenkasse ist vielmehr für und in sich kompetent. Aus allen diesen Gründen kann und wird die Verwaltung der letzteren stets erheblich billiger sein, als die der Genossenschaften und ist ein Vergleich in dieser Beziehung nicht zulässig. Das, was auch ich an dem Krankenkassengesetz vom 15. Juni 1883 auszufetzen habe, sind die für gewisse Fälle ungenügenden Leistungen den Versicherten gegenüber und die zu geringen Beiträge der Arbeitgeber, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß die Krankenkassen nicht nur für die durch Krankheit, sondern auch für die durch Unfall hervorgerufene Arbeitsunfähigkeit aufzukommen haben, daß also ca. 90% aller Unfälle ihnen zur Last fallen.

Um jedoch auf Herrn Dechelhäuser zurückzukommen, so darf man wohl, ohne ihm zu nahe zu treten, behaupten, daß seine Schriften kein Programm im eigentlichen Sinne darstellen, daß sie — wie er in der Vorrede zu seiner zweiten Arbeit selbst sagt — für diejenigen, welche sich mit der sozialen Frage eingehender beschäftigt haben, nicht gerade Neues bringen, sondern in der Hauptsache eine ausführliche Darstellung der bestehenden sozialen Verhältnisse und eine Zusammenstellung der Mittel zur Beseitigung wenn nicht aller, so doch einer großen Zahl sozialer Schäden enthalten. Gewiß wird Herr Dechelhäuser mit seinen Ausführungen weder überzeugte Sozialdemokraten, noch sogenannte Manchester-männer bekehren; aber er wird nicht nur den einen und den anderen, sondern eine große Zahl von Arbeitgebern zu einer Besserung des Verhältnisses zwischen sich und ihren Arbeitern und zur Einführung gewisser wohlthätiger Einrichtungen in ihren Betrieben bewegen; er wird sie vor allem zu der Einsicht bringen, daß nicht nur die Moral, sondern auch ihr eigenes Interesse ihnen die Pflicht auferlegt, die Arbeit der Arbeiter als eine ebenso berechnigte Macht anzusehen, wie sie das Kapital der

Arbeitgeber darstellt. Auch glaube ich, daß es ihm gelungen sein wird, die letzteren von der Berechtigung gewisser Forderungen der Arbeiter zu überzeugen, ebenso wie er den gesetzgebenden Faktoren durch seine Worte bewiesen hat, daß es denn doch Arbeitgeber giebt, die selbst vor einer zwangsweisen, sie im Augenblick schädigenden Regelung gewisser Verhältnisse nicht zurückschrecken. Hierdurch wird er — davon bin ich überzeugt — trotz der unfreundlichen Kritik, die er auf beiden Seiten gefunden hat, mehr wirklichen Nutzen für die jetzige und zukünftige Generation schaffen, als alle sozialdemokratischen Predigten, als die einseitige Durchführung manchesterlicher Grundsätze jemals zu schaffen vermögen.

Fürst Bismarck ist es gewesen, der durch die Einführung des allgemeinen Stimmrechts die politische Emanzipation der besitzlosen Klassen bewirkt hat; seiner Initiative ist es ferner zu danken, daß der Staat durch die Einführung des Versicherungszwanges es als eine öffentlich rechtliche Verpflichtung anerkannt hat, die Arbeiter in den industriellen Betrieben gegen Krankheit und Unfallgefahr sicherzustellen. — Wie somit dem Fürsten Bismarck unzweifelhaft das Verdienst zuerkannt werden muß, die soziale Frage in Fluß gebracht, dieselbe salonsfähig gemacht zu haben, sodaß man sich heute auch in solchen Kreisen mit den Arbeitern und ihren Verhältnissen beschäftigt, welche dieselben früher als ihrer unwürdig betrachteten, so wird man auch Herrn Dechelhäuser das Verdienst zuerkennen dürfen, daß er als Erster, oder doch als einer der Ersten unter den Arbeitgebern, diese nicht nur auf ihre Fehler und ihre Pflichten den Arbeitern gegenüber hingewiesen, sondern ihnen auch Einrichtungen empfohlen und andere als diskutabel hingestellt hat, bei deren bloßer Nennung die meisten von ihnen bisher eine Gänsehaut zu bekommen pflegten. Herr Dechelhäuser hat ferner mit Erfolg nachzuweisen sich bemüht — und es zieht sich dies wie ein rother Faden durch seine beiden Schriften — daß die soziale Frage nicht mit einem Male, etwa wie der Gordische Knoten zu lösen ist, daß sie vielmehr durch das Zusammenwirken vieler Kräfte nur geläutert, gemildert und gebessert werden kann.

Was die in beiden Schriften ausführlich besprochene Zusammensetzung der sozialdemokratischen Partei und deren Stellung zur Arbeiterfrage betrifft, so wird man Herrn Dechelhäuser zunächst darin Recht geben können, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland, wenn man hierunter die bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen 700,000

Stimmen versteht, nur zum kleinsten Theil aus überzeugten, d. h. aus solchen Sozialdemokraten besteht, welche die Umwandlung der jetzigen Gesellschaftsordnung in eine neue, auf kommunistischer und sozialistischer Grundlage basirende erstreben. *) Gegen diese zu kämpfen, sie selbst von der Unrichtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen, sie von ihren eigenen Lehren abzubringen, versucht auch, so scheint mir, Herr Dechselhäuser nicht. Es wäre dies schon deshalb ein vergebliches Beginnen, weil die Mehrzahl von ihnen mit dem Aufgeben ihrer bisherigen Ansichten und Lehren zugleich sich selbst und ihre Lebensaufgabe, d. h. die Agitation aufgeben würde. Es kann sich also höchstens darum handeln, einen weiteren Zuzug zu verhindern, ihnen das noch freie Feld streitig zu machen, sowie den noch nicht überzeugten Anhängern der Partei und den eigentlich überhaupt nicht zur Partei gehörigen, wohl aber mit ihr stimmenden Arbeitern die Unrichtigkeit jener Ideen, die Undurchführbarkeit jener Pläne nachzuweisen.

Daß das Endziel der sozialdemokratischen Lehre nicht, namentlich nicht auf die Dauer erreicht werden kann und wird, das hat nicht nur Herr Dechselhäuser, das haben vor ihm schon Andere mit Erfolg nachzuweisen versucht. Wunderbar ist es nur, daß trotz der inneren Unwahrscheinlichkeit, um nicht zu sagen Unmöglichkeit des sozialdemokratischen Prinzips, dieses immer noch neue Anhänger unter den Arbeitern zu werben im Stande ist. Namentlich müßte es, so sollte man meinen, Jedem, auch dem Blödesten klar sein, daß die sozialdemokratische Gesellschaftsordnung, d. h. die Gleichstellung der Menschen in sozialer und materieller Beziehung, falls sie auf friedlichem Wege erreicht werden soll, einer unabsehbaren Zukunft vorbehalten bleiben muß, und daß sie, falls die jetzige oder die nächste Generation Nutzen daraus ziehen soll, nur mit Hilfe der Revolution oder, wie Herr Dechselhäuser sagt, durch Expropriation der Besitzenden durchführbar wäre; daß ferner ein solcher Zustand, wenn zwangsweise eingeführt, zweifellos binnen kürzester Frist durch eine Gegenrevolution beseitigt werden würde; daß andererseits die Theilung in Permanenz erklärt werden müßte, weil in dem Moment, wo die Gleichheit erreicht ist, infolge der Verschiedenheit der Individuen,

*) Noch vor kurzem gestand mir ein hervorragender Führer der sozialdemokratischen Partei selbst zu, daß er die große, bei den letzten Wahlen auf ihn gefallene Majorität keineswegs auf eine annähernd so große Zahl überzeugter Sozialdemokraten zurückführe. —

ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse auch schon die Ungleichheit wieder beginnen müßte. Dieses der sozialistischen Lehre sich entgegenstellende Hinderniß wollen ihre Anhänger durch Kollektivproduktion und durch gleichmäßige Vertheilung des gesammten Produktionsertrages beseitigen. Doch die Durchführbarkeit der Kollektivproduktion vorausgesetzt, so würde ihre Einführung immerhin erst nach Generationen möglich sein. Marx, der bedeutendste Vertreter dieser Richtung, nimmt als Einführungs-termin den Zeitpunkt in Aussicht, in welchem aller Besitz in Folge der Konzentration der Kapitalien in einige wenige Hände übergegangen sein wird. Wahrscheinlich glaubt er auf diese Weise die gigantischen Menschen heranbilden zu können, die die jetzige „planlose“ Produktion der Einzelnen durch eine „planmäßige“ für die Gesamtheit zu ersetzen und demnächst auch zu leiten verstehen. Es gehört der Glaube des Gelehrten an die im Studierzimmer zurechtgelegten Theorien dazu, um sich über die Fähigkeiten und Eigenschaften der Menschen so hinwegtäuschen zu können.

Natürlich ist hiermit nicht gesagt, daß alles, was die Sozialisten erstreben, unberechtigt sei. Die Berechtigung des Sozialismus liegt aber nur in der geforderten Besserung der sozialen und materiellen Lage der arbeitenden und besitzlosen Klassen. Das Unberechtigte dagegen in der Forderung allgemeiner und völliger Gleichheit!

Die erstere, d. h. die Besserung der Lage der Arbeiter, ist auch möglich ohne soziale Umwälzung, eine völlige Gleichheit überhaupt unmöglich. Nicht nur daß bei völliger Gleichheit, d. h. bei völlig gleicher und gleichbleibender Güter- und Ertragsvertheilung, jeder Staat und alle Kultur zurückgehen, ja zu Grunde gehen müßten, weil die Herstellung einer großen Menge von Dingen aufhören müßte, die nur für Einzelne Bedürfniß sind oder nur von Einzelnen verwendet werden können, und weil — wie Trost*) sehr richtig sagt — die Produktion sich auf Hervorbringung solcher Dinge beschränken müßte, „welche für Alle Bedürfniß sind und zwar für Alle in ziemlich gleichmäßiger Weise“; sondern es würde auch gegen eine solche Gleichheit, gegen einen Sieg der Faulen über die Fleißigen, der Dummten über die Klugen, der Ungebildeten über die Gebildeten, der Bedürfnislosen über die Bedürfnis-habenden, die Menschheit selbst sich empören! Ja, mit den Worten ihrer eigenen Apostel kann man den Widerspruch jener Gleichheitstheorie

*) „Sozialismus und Sozialpolitik“ von Karl Trost. Stuttgart 1887.

nachweisen. War es doch Lassalle selbst, der in einer zu Frankfurt gehaltenen Rede ausrief: „Fragen Sie alle Nationalökonomten, welches ist das größte Unglück für ein Volk! — wenn es keine Bedürfnisse hat, denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur!“ Wie kann aber bei völliger Gleichheit überhaupt noch von Bedürfniß oder gar von einer Steigerung der Bedürfnisse die Rede sein!

Daß es mit dem Prinzip völliger Gleichheit in der Praxis nicht geht, haben, so scheint es, auch die Sozialisten eingesehen und an Stelle dieser eigentlich kommunistischen Theorie die Forderungen gesetzt, daß ein Jeder wenigstens den vollen Ertrag seiner Arbeit erhalten bzw. daß von dem allgemeinen Arbeitsertrage Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen zugetheilt werden müsse. Auch hier widerspricht wiederum die eine Forderung der anderen, denn die Bedürfnisse der einzelnen Menschen decken sich nimmermehr mit den Erträgen ihrer Arbeit! Aber abgesehen hiervon, wer wollte den vollen Ertrag einer Arbeit überhaupt ermessen?! Ganz zu schweigen von den unschätzbaren und den vielen, namentlich geistigen Arbeiten, deren Werth erst am Erfolge erkennbar ist. Wer wollte ferner die vernunftgemäßen Bedürfnisse des Einzelnen feststellen?! Wer wollte sich vermessen, hierin auch nur annähernd das Richtige zu treffen?!

Und wären selbst diese Schwierigkeiten noch alle zu überwinden, wie kann man nur glauben, daß eine durch die Vermehrung des Menschengeschlechtes unbedingt erforderliche Vermehrung der Produktion noch möglich sei, daß eine Nation den Wettkampf mit der anderen noch bestehen könne, wenn die Sorge für das eigene Ich als Triebfeder fehlt, und wenn Jeder sich sagen muß, daß alles, was er über das Durchschnittsmaß hinaus thut, nicht ihm allein, sondern allen Menschen oder doch der ganzen Nation zukommt, daß er also nur einen winzigen Antheil daran haben wird.

In seiner „Quintessenz des Sozialismus“ sagt Schäßle, daß der Sieg oder die Niederlage des Sozialismus von der Hauptfrage abhängt, „ob der Sozialismus jemals wirklich im Stande sein wird, jene große physiologische Wahrheit und wirtschaftliche Fruchtbarkeit des liberalen Prinzips, wonach das private Interesse der Erfüllung sozialer Produktionsberufe dienstbar gemacht ist, auch auf seinem Boden in gleichem oder gar höherem Grade zu bethätigen oder nicht!“ Wenn Schäßle auch im Jahre 1878 diese Frage für den entscheidenden, aber

noch keineswegs entschiedenen Punkt bezeichnet, so hat er dieselbe doch in seiner neuen Schrift „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ selbst zu Ungunsten der letzteren entschieden und gezeigt, wie wüst der Traum von der sozialdemokratischen Gleichheit und Brüderlichkeit ist. Verdanken wir denn etwa unsere bisherigen Fortschritte auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete dem Gefühle der Nächstenliebe, dem inneren Drange der Menschen, der Allgemeinheit zu dienen? Ist nicht unser ganzes Streben im Grunde genommen auf den Selbsterhaltungstrieb, auf den den Menschen angeborenen Egoismus zurückzuführen? Wie Dechselhäuser in seiner ersten Schrift sagt, könne man der menschlichen Natur ebenso leicht den Geschlechtstrieb, als den Trieb des individuellen Erwerbes abgewöhnen! Aber nicht nur der Erwerbstrieb, sondern auch das Gefühl der Blutsverwandtschaft und viele andere menschliche Eigenschaften müßten erst beseitigt, ja das jetzige Menschengeschlecht müßte total umgewandelt werden, bevor an die Dauer des sozialdemokratischen Staates geglaubt werden könnte. Um das augenblicklich für die Arbeiter ungünstige Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit, zwischen der Zahl der Besitzenden und der der Besitzlosen zu Gunsten der Arbeiter zu ändern, bedarf es, wie gesagt, keiner sozialen Umwälzung. Ja, die sozialdemokratischen Führer haben den Beweis, daß eine dauernde Besserung der Arbeiterverhältnisse mit Hilfe der sozialen Umwälzung überhaupt möglich sei, ebensovienig erbracht, wie den, daß nur durch eine solche eine Besserung herbeigeführt werden könne.*)

Zur Beurtheilung der sozialdemokratischen Partei wäre es interessant, Genaueres zu erfahren, aus welchen Arbeiterkreisen sich das Gefolge hauptsächlich zusammensetzt, ob es nicht die sogenannten qualifizierten Arbeiter sind, welche das Gros bilden und welche in der sozialen Frage lediglich eine Frage ihrer Gleichberechtigung gegenüber den anderen, d. h. den höheren Ständen und ein Mittel zur Besserung ihrer eigenen

*) Conrad Schmidt sagt in seiner trefflichen Schrift „Der natürliche Arbeitslohn“ (Jena, Verlag von Gustav Fischer): „Andererseits können aber auch die Anhänger des Sozialismus die Durchführbarkeit einer Idee, für welche jedes genügende Erfahrungs-Beispiel fehlt, wohl schwerlich beweisen, vor allem aber kann ihnen, wie schon oben angedeutet, entgegengehalten werden, daß man noch gar nicht wisse, wieviel bei freier privatwirtschaftlicher Organisation (d. h. einer privatkapitalistischen) für das Wohl des Ganzen und die annähernde Erfüllung jener Rechtspostulate zu leisten möglich sei, ob nicht auch auf diesem sicheren und erprobten Boden eine verhältnißmäßig gleiche und gerechte Einkommens-Vertheilung durch kräftige Reformen erzielt werden könne“.

augenblicklichen Lage in materieller Beziehung erblicken. Ich sage eine Gleichberechtigung den höheren Ständen gegenüber, denn daß diese Arbeiter nicht etwa die Gleichstellung mit den gewöhnlichen Hand- und Tagelohnarbeitern erstreben oder deren materielle Lage im Auge haben, daß sie vielmehr der Ansicht sind, diese bildeten einen besonderen Stand für sich, daß also, wenn sie selbst den vierten Stand ausmachen, jene zum fünften Stand gehören, kann man tagtäglich im praktischen Leben erfahren, kann man in den Werkstätten, in den Fabriken, auf den Bauten, kurz überall da wahrnehmen, wo Gehilfen oder Gesellen mit Handlangern oder sonstigen gewöhnlichen Tagelöhnern zu thun haben.

Während nun die Frage der Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den anderen Ständen gerechtfertigt und auch durchführbar erscheint, wird die Besserung ihrer materiellen Lage immer nur eine relative sein können und daher eine dauernde Frage bleiben, wenngleich ihr durch ein humanes Entgegenkommen der Stachel genommen werden kann.

Wie Herr Dechelhäuser richtig sagt, ist aber den sozialdemokratischen Führern an einer Besserung der augenblicklichen Lage der Arbeiter gar nicht viel gelegen, sie würden eine solche vielleicht bedauern, weil in demselben Maße ihr Einfluß bei diesen nachlassen müßte; sie sind daher auch über mißlungene Versuche, die Lohnsätze zu erhöhen, nicht so unzufrieden, als man glauben sollte, sie nützen dieselben vielmehr als einen neuen Beweis dafür aus, daß die Arbeiter unter der Herrschaft der jetzigen Gesellschaftsordnung ihre Lage zu einer zufriedenstellenden nicht zu bringen vermögen.*)

Außer den genannten Kategorien, aus denen sich die sozialdemokratische Partei zusammensetzt, giebt es nach Dechelhäuser noch eine andere, die weder mit den sozialdemokratischen Prinzipien an sich, noch mit den Arbeiterklassen etwas gemein hat, nämlich die Unzufriedenen, welchen die jetzigen Zustände aus irgend welchen berechtigten oder unberechtigten Gründen nicht zusagen und welche ohne bestimmtes Ziel vor Augen der sozialdemokratischen Propaganda nur zustimmen, um ihrer Unzufriedenheit

*) Während der Korrektur dieser Schrift kommt mir ein sozialistisches Blatt zu Gesicht, welches die obige Ansicht voll bestätigt, indem es wörtlich schreibt: „Sollte uns heute wirklich ein Parlament oder eine Regierung kleine Konzessionen machen wollen, unter der Bedingung, daß wir mit unserer Armeeorganisation für die Zukunft einhalten, so müßten wir das dankend ablehnen. . . . Wir haben in der Gegenwart sehr wenig zu suchen und legen darum, unbekümmert um das Verhalten unserer Gegner, die Grundsteine für eine bessere Zukunft.“

drastischen Ausdruck zu verleihen. Herr Dechselhäuser schätzt die von diesen abgegebenen Stimmen auf $\frac{1}{4}$ der gesamten sozialdemokratischen Stimmenzahl. Nur auf diese letzteren und auf die überzeugten Sozialdemokraten dürfte nach meiner Meinung das zutreffen, was der Abgeordnete Schrader in seiner Kritik der Dechselhäuser'schen Schriften sagt, daß nämlich auf keinen versöhnenden Erfolg durch wohlwollende Maßregeln der Arbeitgeber zu rechnen ist, ehe nicht eine gründliche Aenderung in der Stellung des Staates und der besitzenden Klassen zu den unteren Klassen eingetreten ist.

Ich gehöre zu denjenigen, welche eine solche Aenderung selbst lebhaft wünschen und verkenne den Einfluß, den die augenblicklichen Zustände auf die Arbeiter und minder wohlhabenden Klassen ausüben, durchaus nicht; aber ich würde es für bedauerlich halten, wenn man aus diesem Grunde die Hände in den Schooß legen oder die zum Theil vortrefflichen Rathschläge des Herrn Dechselhäuser unberücksichtigt lassen wollte, bis diese Aenderung eingetreten ist. Dies umsomehr, als Herr Dechselhäuser ja keine neuen Theorien aufstellt; er will doch nur bessern und versöhnen, wo Versöhnung noch möglich erscheint, und sucht die Initiative hierzu mit Recht den wirtschaftlich Stärkeren zuzuschieben. Deshalb spricht er als Arbeitgeber zu Arbeitgebern und zeigt ihnen, wie sie es anfangen sollen, er zeigt zugleich dem Staate, zu welchen Opfern er und — ich darf wohl sagen — viele andere Arbeitgeber bereit sind, um wenigstens die Zahl derjenigen Arbeiter, welche sich heute weder durch Stimmenabgabe, noch durch ihr sonstiges Verhalten zur Sozialdemokratie bekannt haben, auch ferner von deren Reizen fern zu halten. Auch glaube ich, daß Herr Dechselhäuser Recht hat, wenn er sich selbst bei denjenigen Anhängern der sozialdemokratischen Partei, welche in der sozialen Frage hauptsächlich die Frage ihrer Gleichberechtigung den Arbeitgebern gegenüber, oder welche in ihr im wesentlichen die Besserung ihrer materiellen Lage erkennen, von der Befolgung seiner Rathschläge Vortheil verspricht, wenn er hofft, sie dadurch dem radikalen Theile der Sozialdemokratie zu entfremden.

Gewiß stimme ich dem Abgeordneten Schrader darin bei, daß von der jetzigen Wirtschaftspolitik der Regierung und der sogenannten nationalen Parteien ein nachtheiliger Einfluß auf die ärmeren, also auch auf die Arbeiterklassen zu erwarten ist; gewiß werden die letzteren immer erbitterter werden, wenn sie sehen, wie weder die Schutzzölle

noch die sonstigen Privilegien der Großfabrikanten, Großgrundbesitzer etc. ihnen die versprochenen Lohnerhöhungen eingebracht haben. Gewiß steht die angebliche Arbeiterfreundlichkeit der Regierung und einer großen Zahl ihrer Anhänger in argem Kontrast zu der fortwährenden Erhöhung der Getreidezölle, zu der Einführung von Konsumsteuern auf notwendige Verbrauchsartikel gerade dieser Klassen. Gewiß muß es den kleinen Leuten, den Handwerkern, den Arbeitern als ungerecht erscheinen, wenn sie sehen, wie zu Gunsten der Großgrundbesitzer, der Brenner etc. nicht nur eine Verpflichtung anerkannt wird, sie vor etwaigen, aus den Verkehrsverhältnissen, aus Steuererhöhungen und dergl. erwachsenden Nachtheilen zu schützen, sondern wie ihnen auch die Hilfe des Staates zu Theil wird, um einen gewissen Preis ihrer Produkte, um ihnen selbst eine gewisse Einnahme zu sichern. Mit Recht fragt der kleine Mann, warum werde denn ich nicht geschützt, der ich gleichfalls unter den jetzigen Verhältnissen zu leiden, der ich wegen der Preissteigerung des Grundbesitzes die Miethe nicht mehr erschwingen, der ich der Konkurrenz der Großfabrikanten nicht mehr standhalten kann? Nur als natürliche Konsequenz einer solchen Politik wird man es ansehen müssen, wenn die Zahl derjenigen Arbeiter immer größer wird, welche meinen, der Staat wäre verpflichtet, ihnen nicht nur einen gewissen Lohn für ihre Arbeit, sondern auch diese selbst zu sichern.

Aber dennoch glaube ich, daß alle diese weniger begünstigten Elemente, soweit sie den Arbeiterklassen angehören, durch jene Politik noch nicht zur Sozialdemokratie getrieben würden, sofern nur alle Arbeitgeber das befolgten, was ihnen der Abgeordnete Dechelhäuser und vor ihm wohl auch schon andere gerathen haben. Ich kann mir nicht denken, daß diejenigen Arbeiter, welche in ihrem sogenannten Brotherrn nicht ihren Gegner, sondern ihren Freund erkennen, welche seine Fürsorge für ihr materielles und geistiges Wohl täglich empfinden, welche Beweise vor Augen haben, daß er sie als eine gleichberechtigte und für ihn sehr werthvolle Klasse Menschen betrachtet, daß sie sich der sozialdemokratischen Partei deshalb anschließen sollten, weil die jetzige Wirtschaftspolitik ihnen verwerflich erscheint. Allerdings mag hierdurch auch den wohlwollendsten Arbeitgebern der versöhnende Einfluß bei denen erheblich erschwert werden, welche schon mit einem oder gar mit beiden Füßen im sozialdemokratischen Lager stehen, die anderen aber werden ihre Opposition gegen das herrschende System nicht auf sozialdemokratischer, sondern

auf liberaler Seite geltend zu machen suchen. Nur insofern sind Zweifel in Bezug auf die Besserung der bestehenden Verhältnisse durch die Initiative der Arbeitgeber berechtigt, als in der That die große Mehrzahl der letzteren nicht das thut, nicht so denkt, wie Herr Dechselhäuser wünscht und empfiehlt. Um so berechtigter ist aber auch die Forderung, daß der Staat da, wo von der eigenen Initiative der Arbeitgeber eine Besserung nicht zu erhoffen ist, mit gesetzlichen Zwangsmitteln eintrete. Deshalb fordert auch Herr Dechselhäuser nicht die Arbeitgeber allein zu Maßnahmen auf, sondern er stellt an den Staat energische Anforderungen, die allerdings nicht den Beifall derjenigen finden, die da meinen, in das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfe Niemand, geschweige denn der Staat eingreifen. Er fordert nicht nur die baldige Einführung der Altersversorgung, er fordert auch ein Verbot der Kinderarbeit und der Beschäftigung von Frauen und Mädchen während der Nachtzeiten, er verlangt die Errichtung von Arbeitskammern, er spricht dem Normalarbeitstag das Wort, wünscht die Ausdehnung des Sparkassenwesens und eine Revision des Genossenschaftsgesetzes; lauter Forderungen, die auch bei resp. trotz der jetzigen Wirthschaftspolitik erfüllt werden könnten und die nach meiner Meinung wohl geeignet sind, eine beruhigende Wirkung auf die arbeitenden Klassen auszuüben und ihnen erhebliche Vortheile zu verschaffen.

Herr Dechselhäuser wird nicht erwarten, daß man in allen Punkten seiner Meinung ist und daß man alle seine Vorschläge für die allein richtigen hält, darüber muß man sich aber bei der Beurtheilung der letzteren allerdings klar sein, ob man dem Staate ein größeres Recht auf die sozialen und wirthschaftlichen Verhältnisse einräumen will, als er besitzt, ob man ihm das Recht gewähren will, durch gesetzliche Maßnahmen die Arbeitgeber zu gewissen Leistungen ihren Arbeitern gegenüber anzuhalten oder nicht, ob man die Freiheit des Arbeitsvertrages in gewisser Beziehung beschränken will, oder ob man dem schwächeren Theil in dem Kampf um's Dasein jede staatliche und gesetzliche Hilfe versagen und somit beide Theile sich selbst überlassen will.

Ich für mein Theil bekenne mich zur ersteren Ansicht, ja ich gehe in mancher Beziehung weiter wie Dechselhäuser und glaube auch, daß sich solche Ansichten nicht nur mit der nationalliberalen, sondern mit jeder liberalen Gesinnung schon deshalb vertragen, weil ja doch unser ganzes gewerbliches und soziales Leben auf gesetzlicher Grundlage be-

ruht, weil Freiheit niemals mit Gesetzlosigkeit, weil eine gesetzliche Regelung der Arbeiterfrage durchaus nicht mit einer Polizeiwirtschaft identisch zu sein braucht, weil die gesetzliche Regelung des öffentlichen, des kommunalen und des Familienlebens auch eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zulässig erscheinen lassen muß.

Es handelt sich nach meiner Meinung überhaupt nicht um ein Novum, sondern nur um ein Plus des bereits geltenden Rechts. Wenn der Staat berechtigt und berufen ist, das Eigenthum der besitzenden Klassen, das Kapital der Unternehmer durch Gesetz und Polizei zu schützen, so sehe ich nicht ein, warum er nicht auch verpflichtet sein soll, die Arbeitskraft der Arbeiter, das einzige Eigenthum der Besitzlosen, zu schützen. In einem Lande, wo der Schulzwang besteht, kann man es doch unmöglich als etwas Ungewöhnliches hinstellen, wenn man die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den Fabriken verbieten will. In einem Staate, dem man das Recht zugesteht, die Frauenarbeit auf gewisse Gewerbe zu beschränken, kann es doch nur als eine weitere Konsequenz dieses Grundsatzes erscheinen, wenn man die Frauen- und Mädchenarbeit während der Nachtzeit überhaupt verbieten will. Wenn es den Kommunen gestattet ist, alle Hauseigenthümer zur Versicherung ihrer Gebäude gegen Feuergefahr, sie zur Hergabe von Terrain für gemeinnützige Zwecke, zum Anschluß an die Kanalisation zc. zu zwingen, warum soll es dann dem Staate verweigert werden, die Arbeitgeber zu zwingen, zur Unterstützung invalider und altersschwacher Arbeiter beizutragen. Wenn dem Staate, beziehungsweise den Kreisen das Recht zusteht, Steuern zu erheben nicht nur zur Bestreitung nothwendiger Verwaltungskosten, sondern auch zur Erbauung von Armen- und Siechenhäusern, so sehe ich nicht ein, warum der Staat nicht berechtigt sein soll, den einzelnen Arbeiter zu zwingen, durch Versicherung sich selbst gegen Verarmung und die Folgen des Siechthums zu schützen und seine Familie im Fall seiner Invalidität vor Elend zu bewahren. Aber wäre auch der Eingriff des Staates, wäre auch der Erlass eines Arbeiterschutzes, wäre auch eine, die Verhältnisse der Industrie regelnde Fabrikgesetzgebung in der That ein Novum, so würde ich ein solches dennoch für völlig berechtigt halten, denn unsere gesammten industriellen Verhältnisse sind ein Novum! Müssen nicht für neue Gebilde auch neue Grundsätze Platz greifen? Sollen nur die

Pflichten des Staates stets dieselben bleiben, wo alles Andere sich ändert und fortschreitet?

Es mag ja theoretisch falsch sein, über gewisse Lohntheile des Arbeiters zum Zweck der Versicherung gegen Krankheit und Invalidität zu verfügen, weil man, wie der Abgeordnete Barth in einer kleinen Schrift vom Jahre 1884 ausführt, „in konsequenter Ausbildung desselben Gedankens über andere Lohntheile zum Zweck der Beschaffung einer gesunden Wohnung und für den Rest zum Zweck der Beschaffung gesunder Nahrung, Kleider zc. verfügen könnte, damit aber zu dem Zustande der Naturalwirtschaft zurückkehren würde, welcher mehr als alles Andere dazu beigetragen, die arbeitenden Klassen an die Scholle zu fesseln und im Zustande der Unfreiheit zu belassen.“

Ich sage: theoretisch mag das richtig sein, praktisch aber nicht. Man wird eben nicht so weit gehen, wie Herr Barth meint, und man wird um so weniger weit zu gehen brauchen, je mehr man gleichzeitig die Arbeitgeber zwingt, einen Theil und zwar einen erheblichen Theil zu all diesen Leistungen beizutragen. Wenn alles das tadelnswerth wäre, was bei konsequenter Durchführung oder, sagen wir, in der Uebertreibung sich als nachtheilig erweist, so hätte vieles unterbleiben müssen, was z. B. gerade mit Hilfe der liberalen Parteien gesetzlich eingeführt worden ist und sich seitdem als nützlich und vortheilhaft bewährt hat.

Herr Barth ist aber leider nicht der einzige unter den Freisinnigen, welcher noch heute Gegner des durch die neuere Gesetzgebung konstruirten Versicherungszwanges ist und sich gegen jede Ausdehnung desselben sträubt. Für diejenigen, welche über dem Durchschnittsniveau der Menschen stehen, möchte es ja genügen, einfach den Grundsatz aufzustellen, der zum Theil auch dem Haftpflichtgesetz zu Grunde lag, daß jeder für die Schäden, die anderen aus seinem Betriebe resp. durch denselben erwachsen, aufkommen müsse. Für die große Masse genügt das nicht! Abgesehen davon, daß viele nur gezwungen ihrer Verpflichtung nachkommen würden, würden andere im gegebenen Falle gar nicht dazu in der Lage sein. Wo nichts ist, hat eben der Kaiser sein Recht verloren. Deshalb meine ich, daß, wenn man auch an der Organisation des Unfallversicherungsgesetzes mit Recht manches aussetzen kann, man doch den bedeutenden Werth desselben für die Arbeiterklassen nicht bestreiten sollte.

Daß aber nicht nur der Werth des Unfallgesetzes, sondern auch der des Krankenversicherungsgesetzes noch heute bezweifelt werden könnte,

werden die davon Betroffenen gewiß am wenigsten begreifen. Es scheint der Zeitpunkt noch nicht gekommen zu sein, den ein Liberaler von zweifellosem Werth, der verstorbene Abgeordnete Lasker im Auge hatte, als er den Ausspruch that: „Lange Zeit wird hingehen, ehe wir den Segen dieses Gesetzes sehen werden. Für mich ist ganz zweifellos, daß diejenigen, welche gegen das Gesetz sprechen, die nächste Zukunft für sich haben werden; denn dieses Gesetz wird, wie ich nicht leugnen will, Unzufriedenheiten in vielen Theilen des Landes hervorrufen. — — Aber, fügte er hinzu, ich halte es für ein Gesetz, das, wenn es angenommen und durch die Mitthätigkeit der Betheiligten weiter ausgebildet sein wird, eine historische Bedeutung erlangen wird, gerade die historische Bedeutung, wie die Einführung des Schulzwanges, die Einführung der anderen Zwangsverhältnisse, die wohlthätig jetzt wirken und allgemein anerkannt werden.“ — Und weil Lasker überzeugt war, daß das deutsche Volk in Zukunft auf die Wohlthaten des Krankenversicherungsgesetzes anerkennend zurückblicken werde, so hielt er es schon damals für nothwendig, Zeugniß abzulegen, daß auch von liberaler Seite begeisterte und wahre Anhänger für das Gesetz eintreten, damit es nicht erscheine, als ob bei der Grundlage, die durch dasselbe für die weitere Zukunft gelegt werde, nach Parteistandpunkten entschieden worden sei. Nun, in ähnlicher Weise, wie sich Lasker über das Krankenkassengesetz ausgesprochen hat, würde er sich wohl, falls er es erlebt hätte — unbeschadet seiner Opposition gegen einzelne Bestimmungen — auch über das Unfallversicherungsgesetz ausgesprochen haben. — Ja, man darf annehmen, daß er auch dem dritten, von der Reichsregierung zum Schutze der Arbeiter gegen Arbeitsunfähigkeit in Aussicht gestellten Gesetze einer Alters- und Invalidenversicherung seine Sympathie entgegengebracht und statt durch prinzipielle Opposition das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern, vielmehr durch rege Mitarbeit dasselbe zu fördern und liberalen Anschauungen anzupassen versucht hätte. Dafür bietet der zu seinen Lebzeiten bewiesene unermüdlche Eifer im Interesse des Zustandekommens der Kranken- und Unfallversicherungsgesetze, dafür bieten seine Grundsätze und Reden volle Garantie.

Auch ich bin kein Freund des Staatssozialismus, insoweit, als ich darunter verstehe den staatlichen Gewerbebetrieb und die materielle Unterstützung einzelner, namentlich besser situirter Klassen, sei es durch Abnahme gewisser ihnen obliegender Verpflichtungen, sei es durch Ge-

währung von Schutzzöllen, Prämien und sonstigen Vortheilen. Dagegen halte ich den Staat für vollkommen berechtigt, gesetzlich festzustellen, welche Leistungen dem Einen zu Gunsten des Anderen obliegen und ob resp. was der Einzelne für sich selbst zu leisten hat, damit er demnächst nicht dem Staat oder der Kommune zur Last falle. Ja, ich gehe noch weiter, ich halte den Staat auch für berechtigt und — je mehr durch die Ausdehnung und Erleichterung des Verkehrs die Uebersicht des einzelnen Unternehmers über die thatsächlichen Verhältnisse verringert wird, je mehr Ueberproduktionen und plötzliche Handelskrisen unvermeidlich werden, welche die Existenz eines großen Theils der Bevölkerung bedrohen — auch für verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter durch solche Ereignisse und Krisen nicht dem Elend preisgegeben werden. Ein Eintreten des Staates zum Schutze der Arbeiter gegen die Folgen von Handels- und Verkehrsstockungen erscheint mir um so gerechtfertigter, als die Arbeiter selbst weder zum Entstehen, noch zur Beseitigung solcher Krisen irgend etwas beitragen können, ihnen vielmehr vollkommen hilf- und schuldlos gegenüberstehen. Wenn der Staat — und zwar von allen Parteien — für berechtigt und verpflichtet gehalten wird, den Bewohnern von Gegenden, welche von Naturereignissen, Mißernten, Epidemien zc. betroffen werden, nicht nur Schutz, sondern auch materielle Hilfe zu leisten, so wird er auch für verpflichtet gelten müssen, die industriellen Arbeiter vor den äußersten Folgen jener von ihnen ebenso wenig verschuldeten Krisen zu schützen. Diesen Schutz kann der Staat insofern gewähren, als er die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Zeiten zu Rücklagen zwingt, die geeignet sind, den letzteren über derartige Krisen hinwegzuhelfen.

Auch gegen eine solche Versicherung, deren Durchführbarkeit durch private Vereinigungen zum Theil erwiesen erscheint, werden voraussichtlich dieselben Einwände erhoben werden, wie sie gegen die Kranken- und Unfallversicherungsgesetze erhoben worden sind, und wie sie auch heute noch gegen das projektirte Altersversorgungsgesetz erhoben werden. Da aber die ersteren beiden Gesetze trotzdem zu Stande gekommen sind und auch das letztere voraussichtlich zu Stande kommen wird, so hoffe ich, daß damit zugleich einem vierten Gesetze, nämlich der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die Wege gebahnt werden.

Bereits im Jahre 1884 bei Gelegenheit der damaligen Wahlen bezeichnete ich solche Grundsätze als mit dem Wesen des wahren Libe-

ralismus für vollkommen vereinbar. Schon damals sagte ich: Wer im praktischen Leben steht und mit eigenen Augen sieht, wie wenig durch die freiwillige Thätigkeit der Einen, wie wenig durch die freiwillige Hilfe der Anderen im allgemeinen geschieht, der muß zugeben, daß, wenn den Arbeitern wirklich geholfen werden soll, es ohne Zwang nicht abgehen kann.

Das bekannte Wort „Hilf Dir selbst, so ist Dir geholfen“ hat gewiß in vielen Fällen seine Berechtigung, und wer sollte dieselbe mehr anzuerkennen Gelegenheit haben, als die Vertreter des Handels und der Industrie, die es häufig genug mit erleben, daß Dieser durch eigene Kraft sich zur Selbständigkeit emporarbeitet und Jener durch eigene Schuld zu Grunde geht. Und doch giebt es Fälle, unzählige Fälle, wo es dem Einzelnen unmöglich ist, sich selbst zu helfen, sei es, weil die Verhältnisse ihm hindernd im Wege stehen, sei es, weil er die Kraft nicht besitzt und die Mittel nicht hat oder kennt, um sich selbst zu helfen. Um sich ohne Kapital und ohne fremde Hilfe über die Masse zu erheben, dazu gehört doch zunächst, daß die eigene Kraft die des Durchschnitts der Menschen übersteigt. — Der Abgeordnete Baumbach, ein Gegner fast aller der Forderungen, welche Herr Dechelhäuser an den Staat stellt, sagt in seiner Brochüre „Der Normal-Arbeitstag“: „Wenn aber seine Kraft — nämlich die Kraft des Arbeiters, sich gegen Ausbeutung zu schützen — sich als unzureichend erweist, wenn auch die genossenschaftliche Zusammenfassung der Einzelkräfte nicht genügt, da kann und muß der Staat mit seiner Gesetzgebung eingreifen.“ In einer vor kurzem gehaltenen Rede ergänzte derselbe Abgeordnete diesen Grundsatz dahin, daß man nicht vergessen sollte, daß der Gesetzgeber nichts anderes zu thun habe, als die menschlichen Lebensverhältnisse zu regeln, daß er die Lebensverhältnisse nicht schaffen, sondern sie bloß normiren solle.

Nun, nicht mehr und nicht weniger verlangt Herr Dechelhäuser und mit ihm alle diejenigen, welche in der Beschäftigung von Kindern in den Fabriken, in der Nachtarbeit von Frauen und Mädchen einen Nachtheil für die Betreffenden in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung erkennen, welche in einer übermäßigen Arbeitszeit der Erwachsenen eine Ausbeutung menschlicher Kräfte erblicken, welche nicht glauben, daß die eigene Kraft ausreicht, um die Kinder, die Mädchen, die Frauen und Arbeiter hiergegen zu schützen und deshalb eine Regelung der Verhältnisse durch den Gesetzgeber, deren gesetzliche Normirung verlangen. Und

beweist nicht gerade die Statistik, welchen zweifelhaften Werth das „Gilt Dir selbst“ für die Beseitigung gewisser Mißstände hat? Statt einer Abnahme der Beschäftigung von Kindern innerhalb der deutschen Industrie hat seit dem Jahre 1880 eine Zunahme stattgefunden! Ist dies etwa die Folge des freien Willens der betreffenden Eltern oder Kinder gewesen? Sind es nicht vielmehr besondere unhaltbare Verhältnisse, welche die Kinder in die Fabriken treiben und welche dringend einer gesetzlichen Regelung bedürfen?

Wie soll sich denn der Einzelne, wie soll sich die genossenschaftliche Zusammenfassung der Einzelkräfte gegen derartige Ausnutzung schützen in Gegenden, wo der Arbeitslohn kaum ausreicht zum nothdürftigsten Lebensunterhalt? Die Freizügigkeit gewährt doch nur denen Schutz, die die Mittel besitzen, um fortzuziehen; die Koalitionsfreiheit nur denen ein Recht, die die Mittel besitzen, auf ihren Forderungen zu bestehen. — Gewiß wird man zugeben müssen, daß durch gewisse Beschränkungen auch einzelne Industriezweige für den Augenblick hart betroffen werden können, aber wie ich dem freihändlerischen Grundsatz hulbige, daß keine Industrie ein Recht darauf hat, durch den Staat, durch hohe Schutzzölle, Exportprämien zc., kurz nur auf Kosten der Anderen erhalten zu werden, so hat auch diejenige Industrie an sich kein Recht auf Existenz, kein Recht auf gesetzlichen Schutz, welche nur durch Kinderarbeit, welche nur durch übermäßige Arbeitszeit zu bestehen vermag. Und sind es denn etwa immer ganze Industriezweige resp. alle Betriebe gewisser Branchen, welche so ungünstige Verhältnisse für die Arbeiter aufweisen? Sind es nicht vielmehr einzelne Betriebe, oder gewisse Gegenden mit den verschiedenartigsten Industriezweigen, in denen derartige Uebelstände vorherrschend sind, während gleichartige Betriebe an demselben Ort beziehungsweise in anderen Gegenden unter weit günstigeren Bedingungen für die Arbeiter bestehen und die Konkurrenz sowohl auf dem nationalen wie auf dem Weltmarkt erfolgreich aushalten? Mit Recht hat der freisinnige Abgeordnete für den Regierungsbezirk Düsseldorf, der Fabrikbesitzer Schmidt, diesen Umstand gegenüber den sächsischen und schlesischen Fabriken hervorgehoben, indem er sagte, daß, wenn die Textilfabriken im Westen ohne Kinderarbeit bestehen können, dann können auch die sächsischen Berufsgenossen durch ein solches Verbot nicht zu Grunde gehen. Ich will sogar zugeben, daß — wie der Abgeordnete Baumbach in einer früheren Rede hervorhob — für einzelne Arbeiterfamilien der-

artige Schutzgesetze im Augenblick Noth und Elend bedeuten können, dennoch kann und darf aber der Staat vor einem solchen Eingriff nicht zurückschrecken, sobald er die Nothwendigkeit desselben erkannt hat. Auch der Schulzwang greift störend in manche Verhältnisse ein; auch die allgemeine Dienstpflicht lastet schwer auf den ärmeren Massen; auch die deutsche Gewerbeordnung stellt einen Eingriff des Staates in das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen dar; ja, es giebt kaum ein Gesetz, welches in das wirthschaftliche Leben der Nation eingreift und nicht neben dem Nutzen, den es schafft, Diesen und Jenen schädigt. Und doch wird kein Liberaler daran denken, diese Gesetze und Bestimmungen abschaffen zu wollen. Nicht liberal, sondern illiberal, nicht konsequent, sondern inkonsequent nenne ich es, wenn man alle oder doch ein gut Theil der bisherigen Eingriffe in das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gutheißt und nun sagen wollte: „Bis hierher und nicht weiter!“

Ebenso wenig sollte uns von entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen der Umstand abhalten, daß wir nicht alle Uebelstände auf einmal aus der Welt zu schaffen vermögen, daß wir z. B. mit dem Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken, mit dem Verbot der Nachtarbeit von Frauen und Mädchen nicht die Hausindustrie treffen, nicht verhindern können, daß im eigenen Heim die Kinder, die Frauen und Mädchen zu noch größerer Anstrengung herangezogen werden. Nun, auch hier gilt der Grundsatz: besser etwas als nichts. Auch in anderen Verhältnissen hat sich nicht alles auf einmal erreichen lassen. Wenn man auch nicht immer verhindern kann, daß jemand sich selbst ein Leid anthut, wenn man auch dagegen nicht einschreiten will, daß ein Familienvater seine Angehörigen körperlich zu Grunde richtet, so wird man doch dem Staat das Recht und die Pflicht zuertheilen dürfen, daß er einen Dritten, also den Arbeitgeber, verhindert, die Kräfte des Arbeitnehmers zu Grunde zu richten.

Im übrigen sind aber diejenigen, welche ein Eingreifen der Gesetzgebung in die Arbeitsverhältnisse befürworten, welche eine gesetzliche Regelung der Arbeit verlangen, durchaus nicht der Meinung, daß der Staat vor den Thüren der Hausindustrie Halt machen müsse, daß er z. B. nicht das Recht haben sollte, den Begriff der Hausindustrie in einschränkendem Sinne festzustellen. Wenn wir Gesetze machen, welche die Eltern zwingen, ihre Kinder zur Schule zu schicken, wenn wir sie

verhindern dürfen, ihre Kinder körperlich zu mißhandeln, sie sittlich zu Grunde zu richten, warum sollen wir nicht auch eine Ausnutzung der Kinder bei der Arbeit in der Hausindustrie gesetzlich beschränken können?

Obgleich ich also Dechselhäuser's Forderungen bezüglich der Kinder-, Frauen- und Nachtarbeit im Prinzip zustimme, so halte ich es doch für eine offene Frage, ob die betreffenden Maßnahmen — wie er am Schlusse des Kapitels „Aufgaben des Staates“ sagt — rasch und von allen Seiten gleichzeitig in Angriff genommen werden sollen. Gewiß wird niemand dagegen etwas einzuwenden haben, daß ein großer Theil der aufgeworfenen Fragen in einem Arbeiterschutzesgesetz zusammengefaßt wird, aber man wird im Interesse der beteiligten Kreise es vermeiden können, zu plötzlich und zu schnell vorzugehen, man wird für die Durchführung wichtiger und einschneidender Bestimmungen eine Karenzzeit gewähren können, die es den Betroffenen gestattet, sich auf die neuen Verhältnisse vorzubereiten und einzurichten; man könnte sich sogar bezüglich einzelner Bestimmungen zunächst damit begnügen, Ausbreitungen und auffallende Uebelstände zu beseitigen.

Es ist nicht unbedingt nothwendig, die Fabrikarbeit der Kinder noch in diesem oder im nächsten Jahre gänzlich zu beseitigen, man könnte die jetzige Grenze von 12 Jahren zunächst auf 13 und erst nach Ablauf einiger Jahre auf 14 erhöhen.*) Man braucht die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter nicht auf einmal auf das als zulässig erachtete Maß zu beschränken, man könnte dieselbe zunächst von 10 auf 9, und nach Verlauf einiger Jahre von 9 auf 8 Stunden ermäßigen. Man kann ferner die Nachtarbeit der Frauen und Mädchen und die Beschäftigung weiblicher Arbeiter zunächst für einzelne Betriebe oder gewisse Arbeiten verbieten; man kann die Arbeit verheiratheter Frauen beschränken, ehe man zur Beschränkung der Frauenarbeit im allgemeinen übergeht. Diesen Grundsatz des allmäligen Fortschritts hat auch die Arbeiterschuttkommission des Reichstags sich zur Richtschnur genommen und der Reichstag selbst bei seinen Beschlüssen vom 8., 11. und 17. Juni d. J.

*) Wenn als Argument gegen eine weitere Beschränkung der Kinderarbeit angeführt wird, daß in Bayern das schulpflichtige Alter schon mit 13 Jahren aufhört, so kann man wohl mit Recht fragen: warum scheut man denn beim Branntwein, beim Militair zc. die besonderen Eigenthümlichkeiten Bayerns nicht, warum nur da, wo es sich um die Schulpflicht und um die Arbeitsverhältnisse handelt? So gut wie durch Gesetz die Münzeinheit, die Rechtseinheit zc. eingeführt sind, könnte auch für ganz Deutschland eine gleichmäßige Schulpflicht eingeführt werden. —

im großen und ganzen befolgt. Durch letztere ist denn auch ein erheblicher Theil der Dechselhäuser'schen Forderungen bereits zur Annahme gelangt und es wird nur von der Regierung beziehungsweise vom Bundesrath abhängen, ob sie geltendes Recht werden sollen oder nicht.

Was an den Beschlüssen des Reichstages den Beifall der Arbeiter und mancher Arbeitgeber nicht finden dürfte, ist das dem Bundesrath eingeräumte weitgehende Recht in Bezug auf die Zulassung von Ausnahmen. Wie der Abgeordnete Baumbach mit Recht hervorhob, ist in Bezug auf einzelne Bestimmungen durch dieses Ausnahmerecht an den bestehenden Verhältnissen nicht viel geändert worden; denn während z. B. der Bundesrath früher eine Beschränkung der Frauenarbeit für gewisse Zeiten und Betriebe verordnen konnte, so kann er auf Grund der Reichstagsbeschlüsse nunmehr das Verbot für gewisse Zeiten und Betriebe aufheben; ja, er soll sogar berechtigt sein, eine Arbeitszeit bis zu 14 Stunden zu gestatten und eine solche, fast könnte man sagen, durch Verordnung zu sanktioniren. Lediglich aus diesem Grunde, lediglich um die Ausnahmen fast ganz entbehren zu können, hätte ich gewünscht, daß man in Bezug auf einzelne Fragen noch langsamer, noch allmäliger vorgegangen wäre, während bei anderen, die ganz unbeachtet geblieben sind, wenigstens eine Regelung hätte angebahnt werden können. Denn, daß auch mit den erwähnten Beschlüssen des Reichstags noch kein befriedigender Zustand für die betreffenden Arbeitnehmer hergestellt ist, werden sowohl diejenigen, welche sie beschlossen, als auch diejenigen, welche sie bekämpft haben, zugeben. Der Arbeiterschutz wird kommen entweder mit den Industriellen oder gegen die Industriellen, sagte der Abgeordnete Hige in der Reichstagsitzung vom 8. Juni d. J. mit Recht, und somit bedeuten auch jene Beschlüsse nicht mehr und nicht weniger, als eine Abschlagszahlung von Seiten der Arbeitgeber, die entweder freiwillig oder gezwungen gezahlt werden muß.

Gern werden die Freunde der Sozialreform dem Abgeordneten Singer zugeben, daß es wünschenswerth sei, die Mütter der Kinder, die Pflegerinnen und Erzieherinnen der künftigen Generation gänzlich von der Fabrikarbeit zu befreien. Dies würde aber doch erst dann ohne Schaden für die betreffenden Familien geschehen können, wenn man sicher wäre, daß die durch Beseitigung des Arbeitsangebots der Frauen sich ergebende Lohnerhöhung gerade den Ehegatten oder Söhnen dieser Frauen zu Gute käme. Daß ein Ausgleich nach dieser Richtung hin auf gesetz-

lichem Wege mit Sicherheit zu erreichen ist, wird auch der Abgeordnete Singer nicht behaupten wollen.

Möge man daher sowohl in dieser wie in den anderen Fragen des Arbeiterschutzes langsam und vorsichtig zu Werke gehen! Das schließt nicht aus, daß man geht und daß man energisch weitergeht. Ist einmal der erste, wenn auch bescheidene Schritt zur Besserung der jetzt bestehenden Verhältnisse gethan, so werden und müssen die anderen folgen.

Daß solche allmäligen Beschränkungen weder für die Industriellen, noch für die Arbeiter gefahrbringend sind, ergibt sich u. A. aus der Thatfache, daß mancher Fortschritt in dieser Beziehung nur unterbleibt, weil ein großer Theil der Fabrikanten aus Hang an dem Althergebrachten oder aus Furcht vor der Konkurrenz jeder Neuerung widerstreitet. Die Behauptung, daß die Existenz der deutschen Industrie durch eine allmälige Einführung solcher Maßnahmen in Frage gestellt, daß deren Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande gefährdet werde, gehört zu den Uebertreibungen, die wir genugsam kennen zu lernen Gelegenheit hatten, als es sich um die Aufhebung der Eisenzölle, als es sich später um die Einführung neuer Schutzzölle handelte. Dieselbe Uebertreibung, die heut zu Gunsten der Brauntweinbrenner, morgen zu Gunsten der Zuckerfabrikanten und übermorgen zu Gunsten der Agrarier ausgenutzt wird, wird eben auch gegen die Arbeiterschutz-Gesetzgebung in's Feld geführt.

Hat man nicht auch die Existenz der deutschen Industrie für bedroht bezeichnet, als die jetzt zum Gesetz erhobene Forderung ventilirt wurde, daß die Kosten der Unfallversicherung von den Arbeitgebern allein zu tragen seien?! Ist etwa die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in Frage gestellt worden, als durch die Novelle zur Gewerbeordnung von 1878 die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, welche bis dahin noch zeitweise gestattet war, schlechtweg verboten wurde? Wenn zugegeben wird, daß die Beschäftigung von Kindern in Deutschland überhaupt eine geringe ist, und die Statistik beweist es, wie kann man dann in Bezug auf das Verbot der Kinderarbeit von einer Bedrohung der Industrie im allgemeinen sprechen!

Auf das gewerbreiche Sachsen kommt nahezu die Hälfte aller in der deutschen Industrie beschäftigten Kinder, nämlich 8293 von 18895. *) Es gehört in der That ein großes Vertrauen zur Aufrichtigkeit der be-

*) Siehe Amtliche Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken beauftragten Beamten. IX. Jahrgang 1884.

treffenden Fabrikanten, wenn man ihrer Behauptung Glauben schenken wollte, daß durch den gänzlichen Ausschluß dieser 8293 Kinder aus ihren Fabriken ihre Konkurrenzfähigkeit England oder Belgien gegenüber bedroht würde. Angenommen, daß jene Kinder nur den sechsten Theil, also bei gleicher Stundenzahl ungefähr den dritten Theil des Lohnes erwachsener Arbeiter erhalten, so wird man doch auch im besten Falle nur annehmen können, daß sie durchschnittlich halb so viel leisten wie jene. Darnach würde also der pekuniäre Vortheil für die Fabrikanten — und auf diesen kommt es doch lediglich an — $\frac{1}{6}$ des Tageslohnes der erwachsenen Arbeiter ausmachen. Der Durchschnittslohn für letztere dürfte sich in Sachsen kaum auf 600 Mark belaufen und würde sich somit die durch ein Verbot der Kinderarbeit hervorgerufene Mehrausgabe per Kind auf 100 Mark oder für 8294 Kinder auf 829400 Mark stellen. Berücksichtigt man, daß sich jene 8294 Kinder in Sachsen auf 4187 Fabriken vertheilen, so stellt ein solches Verbot für jede derselben durchschnittlich einen Verlust von ca. 200 Mark jährlich dar.

Diejenige Industrie, in welcher bekanntlich die Kinderarbeit am meisten zu Hause ist, ist die Textilindustrie. Letztere umfaßt im Königreich Sachsen im ganzen 2384 Betriebe, darunter 1414 Betriebe, in welchen 4651 Kinder beschäftigt werden. Der Verlust für einen Betrieb dieser Gattung würde sich somit auf 330 Mark p. a. stellen. Ja, für die Textilindustrie in ganz Deutschland, welche im Jahre 1884 6908 Kinder beschäftigt hat, würde sich aus einem solchen Verbot höchstens ein Verlust von 690,000 Mk. in Summa ergeben. Dagegen haben die zur deutschen Textilindustrie gehörigen Berufsgenossenschaften im Jahre 1886 allein 250—280 Millionen Mark für Löhne verausgabt und entspricht somit der Ausfall der Kinderarbeit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von höchstens $\frac{1}{3}\%$. Durch eine solche Mehrausgabe soll nun die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie in Frage gestellt sein!

Wenn in der Denkschrift des „Central-Verbandes deutscher Industrieller“ gegen die Arbeiterschut-Kommission des Reichstages der Beweis vermist wird, daß die Beschäftigung von Kindern aus gesundheitlichen und erziehlichen Rücksichten zu verbieten sei, so kann man jenen Großindustriellen mit Recht erwidern, daß sie ihrerseits den Beweis dafür schuldig geblieben sind, daß durch ein solches Verbot für die Industrie ein anderer Schaden hervorgerufen wird, als der, daß die be-

treffenden Arbeitgeber jährlich einen winzigen Bruchtheil ihres Gewinnes einbüßen würden. Der Central-Verband ist der Meinung, daß eines der hauptsächlichsten Bedenken gegen eine weitere Einschränkung der Kinderarbeit von jeher und auch jetzt noch die Rücksicht auf die Eltern sein müsse; diese könnten bei einer größeren Anzahl von Familienmitgliedern den Verdienst der Kinder nicht entbehren. Ist es aber in der That dem Central-Verbande, wie er sagt, lediglich um die Fürsorge für das Wohl der Arbeiterfamilien zu thun, ist bei seinem Eintreten für Kinderarbeit nur die Rücksicht auf jene maßgebend, so sollten die Mitglieder des Verbandes, deren jährliches Einkommen nach Millionen zählt, sich doch zur Entschädigung der betreffenden Kinder resp. Familien bereit erklären!

Nur als einen Beweis für viele will ich anführen, daß, wie mir neulich von einem mir befreundeten Mitgliede des Reichstages mitgetheilt wurde, in den Streichholzfabriken einer hessischen Stadt noch in den siebenziger Jahren nahezu 200 Kinder beschäftigt wurden, heute dagegen kaum dreißig. Der Grund für diese freiwillige Einschränkung soll in dem Umstande zu suchen sein, daß die betreffenden Fabrikanten infolge von Einstellung neuer Maschinen nunmehr glauben, mit erwachsenen Arbeitern besser fortzukommen zu können. Mit Recht hebt mein Gewährsmann hervor, daß auch diese Fabrikanten vor kurzem noch zu denen gehört haben würden, welche das Verbot der Kinderarbeit als einen Ruin für ihre Geschäfte bezeichneten.

Der Schaden aber, der den betreffenden Arbeiterfamilien aus einer Einschränkung der Kinderarbeit erwächst, wird nur ein vorübergehender sein und ausgeglichen werden zum Theil durch den Vortheil, den die Kinder von einer größeren Schonung ihrer jugendlichen Kräfte und von der Möglichkeit haben, dieselben in späteren Jahren desto besser auszunutzen, andererseits durch die Steigerung des Arbeitswerthes der Erwachsenen; ganz abgesehen davon, daß in vielen Fällen die Arbeit der Kinder sich lediglich als eine Ausnutzung durch deren Eltern resp. deren gesetzliche Ernährer darstellt. Eine gewisse Dreistigkeit gehört aber dazu, wenn die Interessenten behaupten, die Arbeit in den Fabriken wäre nicht nur nicht schädlich für die Kinder, sondern hätte so gar einen erziehlischen und moralischen oder gesundheitlichen Werth. Natürlich mag es einzelne Fabriken geben, wo die Kinder, getrennt von den Erwachsenen, unter besonderer Beaufsichtigung arbeiten, wo die Räume

hell und rein sind und deshalb ein direkter Schaden für die Gesundheit und Moral derselben nicht zu befürchten ist. Das sind aber Ausnahmen, und Ausnahmen beweisen bekanntlich nichts. Wer einmal Fabriken kennen gelernt hat, wo die Kinderarbeit eingeführt ist, wer auch nur Kinder kennt, die in Fabriken mit Erwachsenen zusammen arbeiten, wer die Arbeitsräume namentlich der älteren Fabriken kennt, der wird für die Hinfälligkeit solcher Behauptungen keines Beweises weiter bedürfen. Nein, es liegt Wahrheit in dem, was der sozialdemokratische Abgeordnete Meister sagt, daß die ganze Sittlichkeit bei den Kindern in den Fabriken dadurch, daß sie so eng mit Erwachsenen zusammensitzen, im frühesten Alter begraben und — wird man hinzufügen können — daß ihr Vertrieb für die Schule durch die Arbeit in der Fabrik untergraben wird. — Schulzwang und Fabrikarbeit, das sind nicht Begriffe, die nebeneinander bestehen können, sondern die sich gegenseitig ausschließen. —

Eine merkwürdige Art der Beweisführung ist es ferner, wenn sich der „Central-Verband deutscher Industrieller“ für seine Ansicht, man brauche die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter, welche nach § 135 der Gewerbeordnung auf 10 Stunden festgesetzt ist, nicht zu verkürzen, auf die Ausführungen der „Neuen Züricher Zeitung“ beruft, welche auf den weit verbreiteten Stand der Kellner und Kellnerinnen hinweist, die angeblich 15 bis 17 Stunden hintereinander arbeiten müssen. Gewiß wird man es bedauern müssen, daß derartige Fälle vorkommen, wenngleich sie, wenigstens im Norden von Deutschland, nicht als Regel gelten können. Daß aber die Großindustriellen des Central-Verbandes sich zur Rechtfertigung ihrer Ansichten auf Gewohnheiten in den Gastwirthschaften berufen, ist jedenfalls neu! Würde es sich nicht um Abwendung unbequemer Klendungen und Leistungen handeln, so würde man es in jenen Kreisen wohl schwerlich für angemessen halten, die z. Th. unvermeidlichen Uebelstände des Gastwirthsgewerbes als Vorbilder hinzustellen.

Einfach als eine nothwendige Folge des Verbots der Kinderarbeit erscheint mir die Herabsetzung der Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter, die, wenn nicht gleich, so doch bald eintreten muß und eintreten wird. Auch in Bezug auf diese Frage ist es die Textilindustrie, welche am meisten interessiert ist, denn von den im deutschen Reich im ganzen beschäftigten 134472 jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen kommen auf die Textilindustrie allein 37545, also mehr als ein Viertel. Ebensonenig wie beim Verbot der Kinderarbeit, wird diese Industrie im Stande sein,

den Beweis dafür zu erbringen, daß die Reduktion der täglichen Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter von 10 auf 8 Stunden ihre Existenz gefährden oder ihre Exportfähigkeit in Frage stellen könnte. Es ergibt sich dies mit ziemlicher Sicherheit aus nachfolgender Berechnung: nimmt man an, daß sich der Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiter auf 400 Mark per Jahr stellt — in den Gegenden, wo hauptsächlich die Kinderarbeit und die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter zu Hause ist, dürfte er noch erheblich geringer sein — und nimmt man ferner an, daß der Lohnsatz trotz der Verringerung der Arbeitszeit derselbe bleibt, so würde der Arbeitsverlust von 2 Stunden täglich für die gesamte Textilindustrie selbst für den Fall nur 3,000,000 Mark jährlich ausmachen, daß ein Ausgleich durch größere Arbeitsleistung während der übrig bleibenden 8 Stunden in keiner Weise stattfindet. Da der Export der deutschen Textilindustrie sich auf ca. 1 Milliarde per annum beläuft, so bedeutet jener Ausfall, selbst wenn man die Produktion für das Inland nur mit einem gleichen Betrage in Anrechnung bringt, im schlimmsten Falle eine durchschnittliche Vertheuerung der Fabrikate um 0,3 %. Durch eine solche Differenz kann doch unmöglich der ganze Export dieses Industriezweiges oder gar dieser selbst in Frage gestellt werden!

Als einen nicht minder unglücklichen Beweis für die Undurchführbarkeit humaner und einschränkender Bestimmungen kann man es ferner ansehen, wenn der „Central-Verband deutscher Industrieller“ zum Beweis dafür, daß die Nachtarbeit von Frauen und Mädchen nicht entbehrt werden kann, in jener Denkschrift die Gewohnheiten der Zuckfabriken, also derjenigen Industrie anführt, welche ihre großen Einnahmen doch hauptsächlich den aus dem Staatsfädel entnommenen Exportprämien verdankt. Es heißt in jener Denkschrift: „Man könne nicht für die am Tage arbeitenden Frauen noch Männer in Bereitschaft halten, welche erstere während der Nachtschicht ersetzen.“ Warum nicht? Warum nicht, wird man fragen dürfen, wenn die Exportprämien einer Zuckfabrik durchschnittlich im Jahre 60,000 Mark einbringen und auch nach dem neuen Zuckersteuergesetz mindestens 30,000 Mark betragen werden.

Wie in Bezug auf die Frauen- und Kinderarbeit rede ich auch dem langsamen, aber energischen Einschreiten in Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter das Wort. Jedoch dürfte es sich in dieser Beziehung empfehlen, zunächst nur das Uebermaß zu beseitigen, dies umsomehr, als ich im Gegensatz zu Dechselhäuser die Einführung

eines Normalarbeitstages ohne beschränkende Bestimmungen in Bezug auf die Ueberstunden für nutzlos halte. Gerade in den Ueberstunden erkenne ich eine gefügige Handhabe zur Ausnutzung menschlicher Arbeitskräfte, indem sie den Arbeitgebern gestatten, sich für gewöhnlich mit einer möglichst knappen Zahl von Arbeitern zu begnügen und jede Arbeitshäufung durch eine willkürliche Zahl von Ueberstunden zu überwinden. Ich würde daher statt einem Normalarbeitstag, eine gesetzliche Beschränkung der Maximalarbeitszeit, also z. B. eine Bestimmung vorziehen, durch welche — abgesehen von außergewöhnlichen Verhältnissen, von Zeiten der Gefahr, bei Schichtwechsel oder dergleichen — verboten wird, die wirkliche Arbeitszeit innerhalb 24 Stunden auf mehr als 12 Stunden auszu dehnen.

Ich halte es auch nicht für ganz korrekt, wenn Herr Dechelhäuser das, was er befürwortet, mit „Maximal-Arbeitszeit“ bezeichnet, er würde — sofern er die Ueberarbeit außer Acht läßt — in der That nur einen Normal-Arbeitstag einführen und zwar einen Normal-Arbeitstag, der leicht seinen Zweck dadurch verfehlen könnte, daß die bestehenden Ausschreitungen in Form von Ueberarbeit beibehalten werden. Herr Dechelhäuser bringt übrigens das stärkste Argument für die Beschränkung der Ueberstunden selbst bei, indem er sagt, daß „insbesondere in den ärmsten Arbeitsbezirken die Neigung besteht, dem geringen Arbeitsverdienst durch Ueberstunden aufzuhelfen“.

Das ist gerade, was vermieden werden sollte, denn in den Gegenden, wo die Löhne für den gewöhnlichen Arbeitstag so gering sind, daß die Arbeiterfamilien davon nicht leben können, sind sie eben gezwungen, ihr Einkommen durch Ueberstunden zu erhöhen; nur das ist der Grund, weshalb in jenen Gegenden, von denen Herr Dechelhäuser spricht, eine „Neigung“ für Ueberarbeit besteht. Deshalb ist es auch nicht richtig, wenn Herr Dechelhäuser ferner behauptet, „daß es heutzutage bei den in der Arbeiterwelt herrschenden Strömungen geradezu unmöglich wäre, die Arbeiter wirklich zu Ueberstunden zu zwingen“. Diejenigen Arbeitgeber, welche die Löhne auf einer möglichst niedrigen Stufe erhalten, sind um so sicherer, daß die Arbeiter zur Ueberarbeit stets bereit sein werden. —

Die in Deutschland so vielfach übliche, in einer großen Zahl von Betrieben regelmäßig wiederkehrende, ja in manchen Betrieben zur Regel gewordene Ueberarbeit ist auch der Grund, weshalb die Zusammenstellungen

über die täglichen Arbeitszeiten, welche sich in den Berichten der Fabrikinspektoren vorfinden, kein getreues Bild von den thatsächlichen Verhältnissen geben, denn die Ueberstunden sind dabei meistens außer Acht gelassen.

Das, was die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse „Hoffnung“ zu Groß Sternheim bei Beantwortung der Enquête über die Sonntagsarbeit*) sagt, trifft auch für die Ueberstunden zu, daß nämlich, „wenn das Geschäft ein wenig nachlasse, die Arbeitszeit gekürzt werde, und wenn dann Bestellungen einkämen, auch die Sonntage zur Arbeit benützt würden“.

Während Herr Dechelhäuser in seiner ersten Schrift „die Arbeiterfrage“ eine Besserung dieser Verhältnisse von der Einsicht und den humanen Ansichten der Arbeitgeber erhofft, spricht er in seiner zweiten „Die Aufgaben der Arbeitgeber“ seinen Zweifel darüber aus, ob dieser „Prozeß der Freiwilligkeit“ sich nicht länger hinziehen würde, als unsere Zeit es gestattet. Ich theile diese Zweifel vollkommen und halte daher die Festsetzung einer Grenze für geboten, einer Grenze, die, wie gesagt, zunächst das Uebermaß beseitigen soll. Hiervon kann mich auch Dechelhäuser's Erwägung nicht abbringen, „daß auch der Unternehmer nicht unabhängig ist; daß er die Menge und Ablieferungszeit seiner Erzeugnisse nicht beliebig reguliren kann; daß die Bedingungen der Besteller, der ungleiche Einlauf der Bestellungen, Betriebsstörungen, Jahreszeit, Konjunkturen, Erntethwendigkeiten u. s. w., all diese und hundert andere Einwirkungen verschiedenster Art den Gang seines Geschäfts und also auch die damit zusammenhängende Inanspruchnahme der ihm zu Gebote stehenden Arbeitskräfte beeinflussen“. Mit solchen Gründen kann man jede Arbeitszeit, nicht nur die 12- und 13-, sondern auch die 14- und 15-stündige, ja noch längere Arbeitszeiten rechtfertigen. Alles hat und muß eben seine Grenzen haben, also auch die Arbeitszeit. Jetzt wird diese Grenze gebildet einerseits durch die Interessen der Arbeitgeber, andererseits durch die Ausdauer der Arbeitnehmer. Warum sollte nicht durch Gesetz eine vermittelnde Grenze gezogen werden können? Ist eine solche erst vorhanden, so wird auch die Industrie sich damit zurechtfinden und darauf einrichten können, wie dies in Bezug auf manche andere gesetzliche Maßregel der Fall gewesen ist.

*) Siehe Band 3 der „Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen“. Seite 140.

Daß bei einer Fixirung der Maximalarbeitszeit jede lästige polizeiliche Kontrolle vermieden werde, halte ich für ebenso nothwendig als möglich, wie ja auch die bereits bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsarbeit zu keiner Belästigung geführt haben. — Ist einmal festgesetzt, daß die effektive Arbeitszeit innerhalb 24 Stunden nur 12 Stunden betragen darf, so sehe ich nicht ein, daß außer von Seiten der Arbeiter selbst und der mit der Beaufsichtigung der industriellen Betriebe bereits betrauten Beamten noch eine weitere Kontrolle für die Innehaltung dieser Bestimmung nothwendig wäre. Auch würde eine Bestimmung, wie die vorgeschlagene, die von Herrn Dechelhäuser mit Recht als nothwendig bezeichnete freie Bewegung der Arbeitgeber besser gewährleisten, als ein Normalarbeitstag. —

Gegen eine solche, zunächst nur die unliebsamen Ausschreitungen beseitigende Bestimmung würden auch die Einwendungen nicht in's Feld geführt werden können, welche darauf basiren, daß die zu bewilligenden Ausnahmen so vielseitige und häufige sein müßten, daß diese statt dem gesetzlichen Maß die Regel bilden würden. Allerdings beruhen derartige Einwendungen, nicht nur den obigen, sondern auch viel weitergehenden Forderungen gegenüber, meist auf Uebertreibung und würden nur dann berechtigt sein, wenn die gesetzlichen Einschränkungen zu rapide zur Durchführung gelangen sollten. — Aber wären sie auch berechtigt, so sollten sie uns doch nicht abschrecken, auch in Bezug auf die Arbeitszeit regeln einzugreifen; besser ist es immerhin, daß ein gesetzlicher Zustand mit Ausnahmen besteht, als daß eine willkürliche Ausbeutung der Freiheit noch fernerhin geduldet wird. Daß die Ausnahmen nach und nach eingeschränkt werden können, daß sie nach und nach von selbst fortfallen werden, ergeben die Berichte der schweizer Fabrikinspektoren.*)

Gewiß werden mit solchen Forderungen sozialdemokratische Ansprüche nicht erfüllt, das dürfte aber auch weder die Absicht des Herrn Dechelhäuser, noch anderer Arbeiterfreunde sein. Daß aber durch solche

*) In den „Berichten über die Fabrikinspektion in der Schweiz 1884 und 1885“ heißt es auf Seite 113 wörtlich: „Wiederholt äußern sich die Fabrikbesitzer dahin, daß sie nur in ganz dringenden Fällen von den Ueberzeitbewilligungen Gebrauch machen, da es sich immer mehr herausstelle, daß damit weder für den Arbeitgeber, noch für den Arbeiter ein erheblicher Vortheil erzielt werde“.

Auch die „Berichte der Kantonsregierungen über die Ausführung des Bundesgesetzes betreffend die Arbeit in den Fabriken, 1885 und 1886“ ergeben, daß in fast allen Kantonen die Gesuche um Ausnahmebewilligungen sowohl der Zahl nach, als in Bezug auf die Dauer zurückgegangen sind.

Bestimmungen höchst beklagenswerthe Ausschreitungen beseitigt werden würden, Ausschreitungen, die selbst der „Central-Verband deutscher Industrieller“ in seiner Denkschrift als vorhanden zugiebt, ist zweifellos. Ein Irrthum wäre es nur, wenn man glauben wollte, daß die Zahl derjenigen Industriellen, welche theils aus egoistischem Interesse, theils aus Gewohnheit, theils aus Furcht vor der Konkurrenz solche Ausschreitungen gutheissen, so gering ist, als jene Denkschrift glauben machen will. Wäre das wirklich der Fall, gehörte eine derartige Ausnutzung der Arbeiter in Deutschland in der That zu den Seltenheiten, warum dann der Eifer so vieler Industrieller gegen irgend welche Schutzmassregeln zu Gunsten der Arbeiter? Wenn z. B. der „Central-Verband deutscher Industrieller“ zur Bekämpfung des vom Abgeordneten Hitze befürworteten Normalarbeitstages für die Textilindustrie hervorhebt, daß „im Durchschnitt ein Mißbrauch der Arbeitskräfte nicht stattfindet“, so könnte man versucht sein, daraus den Schluß zu ziehen, daß nahezu die Hälfte aller Textilindustriellen sich solchen Mißbrauchs schuldig macht.

Um nicht den Vorwurf zu verdienen, daß ich den Splitter in den Augen Anderer, nicht aber den Balken in den eigenen sehe, will ich mich, als Beweis für die thatsächlich vorhandenen Mißbräuche, zunächst auf dasjenige Gewerbe berufen, zu dem ich selbst gehöre. Im Braugewerbe, wo die Arbeit — wie auch in manchen anderen Gewerben — nicht nach Stunden bemessen und bezahlt wird, wo wöchentliche und monatliche Löhnung üblich ist, kommt es leider vor, daß eine 14-, ja 15stündige Arbeitszeit (excl. Mahlzeiten) per Tag verlangt wird; daß einzelnen Arbeitern kaum Zeit zum Schlafen, geschweige denn zur Erholung übrig bleibt. Eine 12- bis 13stündige Arbeitszeit ist, wenn nicht in der Mehrzahl, so doch in einer sehr großen Zahl von Betrieben üblich und dürfte nicht nur wegen der schweren Arbeit im Braugewerbe, sondern auch deswegen als zu lang betrachtet werden, weil auch diese an sich schon ausgedehnte Arbeitszeit infolge häufig eintretender unberechenbarer Vorkommnisse nicht selten überschritten werden muß. Allerdings sind die Lohnsätze im Braugewerbe, abgesehen von den östlichen Provinzen, verhältnismäßig hohe, andererseits ist aber eine Ueberanstrengung der Arbeitskräfte aus Sparsamkeitsrückichten umsoweniger geboten, als die Zahl der Arbeiter in den Brauereien verhältnismäßig nicht groß ist, also auch dem einzelnen Unternehmer durch Beschränkung der Arbeitszeit keine zu großen Opfer auferlegt werden würden.

Durch gleich lange Arbeitszeiten zeichnen sich nach den Berichten der Fabrikinspektoren*) auch die Textilindustrie, die Zuckerfabrikation, das Müllereigewerbe, die Ziegeleien, viele Hüttenwerke und eine große Anzahl sonstiger Betriebe aus.

Daß die Arbeiter sich selbst gegen solche und ähnliche Mißbräuche zu schützen vermögen, muß für die Mehrzahl der Fälle entschieden bestritten werden, denn die Verhältnisse begünstigen meistens die Arbeitgeber mehr, als die Arbeitnehmer, und außerdem halten die ersteren den Kampf länger aus, als die letzteren. So z. B. fällt bei einigen Gewerben der Umstand in die Waagschale, daß in einem Theile des Jahres gar nicht oder nur mit halber Kraft gearbeitet wird und daß während dieser Zeit das übermäßige Arbeitsangebot die in einer vorhergehenden Periode für die Arbeiter etwa erreichten Vortheile wieder über den Haufen wirft. — Natürlich kommen dergleichen Uebelstände und Mißbräuche in größeren Städten und in all' den Gegenden seltener vor, wo reichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden und der Uebertritt von einem Gewerbe zum anderen ein leichter ist. Wie sollen sich aber die Arbeiter gegen die Ausnutzung ihrer Kräfte in solchen Gegenden schützen, wo in einem meilenweiten Umkreise nur ein oder einige wenige Unternehmer der resp. die alleinigen Arbeitgeber sind.

Ebenso wenig kann gegen eine Beschränkung übermäßiger Arbeitszeiten der Umstand sprechen, daß in einzelnen Orten oder Branchen schon jetzt kürzere Arbeitszeiten, als 12, 11 oder 10 Stunden üblich sind. Ein Kampf mit falschen Waffen ist es, wenn man als Argument gegen eine Maximal-Arbeitszeit anführt, daß die in einzelnen Gegenden bereits übliche geringere Arbeitszeit dadurch leicht in eine längere ausgedehnt werden könnte. Die bereits eingeführten geringeren Arbeitszeiten beruhen doch auf für die Arbeiter besonders günstigen Verhältnissen, die durch solche gesetzliche Maßregeln nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt werden würden, weil eine Beschränkung der Arbeitszeit die Nachfrage nach Arbeitern nicht verringern, sondern nur erhöhen kann. Daß durch eine gesetzliche Maximal-Arbeitszeit allerdings die Bahn gebrochen würde für weitere Beschränkungen, daß damit, wie es in jener Denkschrift heißt, „eine Schraube ohne Ende in Bewegung gesetzt werden würde“, ist nicht nur möglich, sondern nach meiner Ansicht auch gar nicht zu

*) Siehe „Amtliche Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit Aufsichtung der Fabriken betrauten Beamten“ 1884 und 1885.

bedauern, sofern diese Schraube nur langsam bewegt wird. Daß sie nicht überschraubt wird, dafür sorgen andere Faktoren, dafür sorgt schon die Konkurrenz des In- und Auslandes. Ein langsames Vorgehen in dieser Beziehung würde weder eine Beeinträchtigung unserer Exportfähigkeit, noch unserer industriellen Entwicklung überhaupt herbeiführen, es würde vielmehr lediglich ein Arbeitsausgleich innerhalb der deutschen Gebiete selbst bewirkt werden, den auch Herr Dechselhäuser für wünschenswert hält und der — wie Varnreither in seinem „Beitrag zur Geschichte der sozialen Bewegung in der Gegenwart“ sagt — für alle Fabrikanten annähernd gleiche Arbeitsbedingungen schaffen und die unredliche Konkurrenz wenigstens von einer Seite einschränken würde.

Es ist zwar behauptet, aber nicht bewiesen, daß durch jede Beschränkung der Arbeitszeit eine Vertheuerung des Fabrikats resp. der gelieferten Arbeit, oder eine Verringerung der Löhne stattfinden muß. Das erstere wird natürlich da der Fall sein, wo die betreffenden Fabrikanten tonangebend sind, wo namentlich, wie z. B. beim Baugewerbe, die Arbeiten lokaler Natur sind und auswärtige Konkurrenz so gut wie ausgeschlossen ist. In solchen Fällen können die Arbeitgeber sich die Verringerung der Arbeitszeiten um so eher gefallen lassen, als sie die event. Preiserhöhung sofort auf Andere abzuwälzen in der Lage sind. In anderen Fällen würden zunächst die Arbeitgeber die Kosten zu tragen haben, weil sie die gleiche Quantität Arbeit gebrauchen, eine Preissteigerung des Fabrikats sich aber durch die Konkurrenz von selbst verbietet, und ein Herabsetzen der Löhne, ohne daß sinkende Konjunkturen die gesamte Branche zu Lohnreduktionen veranlassen, schwerlich gelingen würde. Es kommt hinzu, daß, wie in den Verhandlungen des Reichstages bei Gelegenheit der Verathungen des Arbeiterschutzgesetzes von mehreren Seiten hervorgehoben wurde, die Lohnsätze gewöhnlich da am niedrigsten sind, wo übermäßige Arbeitszeit üblich ist. Daß es in solchen Gegenden gelingen sollte, die Beschränkung der Arbeitszeit zu einer Lohnreduktion unter das jetzige, zum nothdürftigsten Lebensunterhalt kaum genügende Niveau zu bringen, ist in der That nicht anzunehmen. Für die Arbeitgeber würde sich aber auch ohne Lohnreduktion sehr bald ein Ausgleich dadurch ergeben, daß die Arbeitsleistung der früher hinsichtlich der Arbeitszeit überbürdeten Arbeiter eine größere würde und daß durch Anschaffung neuer Maschinen oder sonstiger technischer Verbesserungen innerhalb einer kürzeren Frist das frühere Arbeitsquantum bewältigt werden würde. Aber selbst angenommen,

daß thatsächlich eine Preissteigerung gewisser Artikel durch die Beschränkung der Arbeitszeit hervorgerufen würde, so brauchte dieselbe immerhin noch nicht die Exportfähigkeit der deutschen Industrie zu gefährden, sie brauchte sich dem Auslande gegenüber überhaupt nicht geltend zu machen. Sind nicht die Schutzzölle s. B. gerade zu dem Zweck eingeführt worden, den Preis gewisser Fabrikate zu heben und sind nicht, trotz der eingetretenen Preisvertheuerung im Inlande, die Preise auf dem Weltmarkte dieselben geblieben oder sogar noch zurückgegangen? Wenn die Schutzzölle diesen Effekt zur Folge hatten, warum sollte nicht auch die Verkürzung der Arbeitszeit, eine weit weniger einschneidende Maßregel, den gleichen Effekt haben können? Und wenn eine Preisvertheuerung im Inlande zu Gunsten der Arbeitgeber zulässig erschien — denn die als Aequivalent der Schutzzölle in Aussicht gestellte Lohnerhöhung ist niemals eingetreten — warum sollte nicht auch eine Preisvertheuerung zu Gunsten der Arbeiter zulässig sein? Charakteristisch ist es, daß gerade diejenigen Arbeitgeber, welche den größten Nutzen aus der Schutzollbewegung gezogen haben, zugleich diejenigen sind, welche sich gegen jede Beschränkung ihrer Freiheit in Bezug auf den Arbeitsvertrag sträuben, welche fortwährend von ihrem Interesse für das Wohl der Arbeiter sprechen, aber niemals bereit sind, irgend welche, wären es auch nur vermeintliche Rechte, aufzugeben.

Was die Frage der Sonntagsarbeit betrifft, so sollte man allerdings glauben, daß die Neigungen und das beiderseitige Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — wie Herr Dechselhäuser dies annimmt — von selbst dahin führen müßten, die Arbeit an diesem einen Tage der Woche so viel als möglich zu beschränken; dennoch scheint es, als ob auch hier ohne Zwang kein zufriedenstellender Zustand erreicht werden könnte.

Um so mehr wird der Beschluß des Reichstages vom 17. Juni d. J., wonach Arbeiterinnen an Sonntagen überhaupt nicht mehr in Fabriken beschäftigt werden dürfen, die Freunde einer verständigen Sozialreform mit Befriedigung erfüllen; die große Mehrzahl der beteiligten Kreise wird aber mit Herrn Dechselhäuser darin übereinstimmen, daß größere Beschränkungen, als in einer Anzahl von Staaten und Orten bereits bestehen, in Bezug auf die männlichen Arbeiter weder erforderlich, noch durchführbar sind. Allerdings giebt es Gegenden, wo Bestimmungen über die Sonntagsarbeit so gut wie gar nicht existiren,

wo man die Entscheidung, ob und wie lange am Sonntag gearbeitet werden kann, lediglich den beteiligten Interessenten, also eigentlich den Arbeitgebern allein überlassen hat. Es giebt ferner Gegenden, wo strenge, ja zu strenge Bestimmungen über die Sonntagsruhe nur auf dem Papier stehen, weil deren Durchführung sich von selbst verbot, und wieder andere, wo die Durchführung der vorhandenen, durchaus angemessenen Vorschriften der Willkür von Subalternbeamten überlassen ist und somit nur theilweise bewirkt wird. Das letztere trifft namentlich da zu, wo es sich um den Verkehr nach außen resp. um Arbeiten außerhalb der Betriebsstätten handelt, also z. B. bei dem Transport von Waaren, bei Bauten zc.

Gewiß würde manchem Vertheidiger eines radikalen Verbots der Sonntagsarbeit dieses nicht mehr so nothwendig erscheinen, wenn die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen energisch und gleichmäßig durchgeführt würden. Es dürfte sich daher im wesentlichen nur darum handeln, die theilweise bestehenden Bestimmungen möglichst einheitlich zu gestalten und allgemein einzuführen resp. den § 105 der Gewerbeordnung entsprechend abzuändern. Ein radikales Verbot der Sonntagsarbeit ist schon deshalb unmöglich, weil gewisse Arbeiten nur an den Sonntagen vorgenommen werden können und andere auch an diesen Tagen vorgenommen werden müssen, wenn nicht der ganze Betrieb in's Stocken gerathen und die Gesamtheit der Arbeiter dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden soll.

Die von der Reichsregierung veranstaltete Enquête über die Sonntagsarbeit, deren Resultat jetzt wenigstens theilweis im Druck^{*)} erschienen ist, ergiebt denn auch, daß von den 42706 Antworten, welche von den befragten Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Behörden, Vereinen zc. eingelaufen sind, sich nur 11541 oder 27% für ein striktes Verbot der Sonntagsarbeit erklärt haben. Und diese gehören — soweit es sich um die Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt — zumeist solchen Gewerben (z. B. dem Handelsgewerbe) an, in denen allerdings die Sonntagsarbeit sehr leicht vermieden werden kann. Die relative Mehrzahl der Befragten, nämlich 17806 oder 41,6% hat sich für ein beschränktes Verbot ausgesprochen.

^{*)} „Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen. Zusammengestellt im Reichsamt des Innern.“ (3 Bände). Berlin 1887.

13359 oder 31,4% halten ein Verbot überhaupt für undurchführbar resp. widerstreben demselben prinzipiell.

Diese letztere Gruppe wird in der Hauptsache aus solchen Gewerbetreibenden gebildet, bei denen eine Unterbrechung der Arbeiten am Sonntage allerdings unthunlich und unwirtschaftlich erscheint, oder bei denen das Hauptgeschäft — wie z. B. beim Kleinhandel, beim Gastwirthsgewerbe etc. — gerade auf den Sonntagen basirt. — Das aus den eingelaufenen Antworten hervorgehende Resultat dürfte als ein um so zuverlässigeres Bild der Gesamtmeinung gelten, als das Verhältniß in den verschiedenen Kategorien der Befragten dem Gesamteresultat ziemlich ähnlich ist. —

So haben sich von den 21,309 Arbeitgebern

für ein radikales Verbot erklärt	5153	=	24,2%
für ein beschränktes Verbot	8387	=	39,4%
gegen jedes Verbot	7769	=	36,4%

Von den 14,703 Arbeitnehmern sprachen sich aus:

für ein radikales Verbot	4878	=	33,2%
für ein beschränktes Verbot	5867	=	39,9%
gegen jedes Verbot	3958	=	26,9%

Es hat sich also von beiden Kategorien verhältnißmäßig eine gleich große Zahl für ein beschränktes Verbot, dagegen von den Arbeitgebern ein etwas größerer Prozentsatz prinzipiell gegen jedes Verbot, und von den Arbeitnehmern ein größerer Prozentsatz für ein radikales Verbot ausgesprochen; ein Unterschied, der leicht erklärlich ist.

Von den Behörden, Handelskammern, Vereinen und sonstigen Personen, deren Gesamtzahl sich auf 6694 beläuft, erklärten sich:

für ein radikales Verbot	1510	=	22,5%
für ein beschränktes Verbot	3552	=	53,1%
gegen jedes Verbot	1632	=	24,4%

Die Zahl derer, die sich für ein radikales Verbot erklärt haben, ist also im Verhältniß ebenso groß, wie bei den Arbeitgebern, nur die Zahl der prinzipiellen Gegner des Verbots ist kleiner und dafür die der Befürworter eines beschränkten Verbots um soviel größer. Auch dieser Unterschied dürfte sich leicht dadurch erklären lassen, daß die relative Mehrheit der Arbeitgeber, welche sich für ein beschränktes Verbot ausgesprochen hat, in den befragten Handelskammern und Vereinen, in denen

das Gesamturtheil von Majoritäten abhängig ist, zu größerer Geltung bezw. die gegentheilige Ansicht nicht zum Ausdruck gelangt ist.

Die durch die Enquête festgestellten thatsächlichen Verhältnisse lassen nun aber erkennen, daß im ganzen in Deutschland noch viel, ja man kann sagen zu viel, jedenfalls erheblich mehr gearbeitet wird, als in anderen civilisirten Staaten. Auch dafür, daß ohne Schädigung der Gesamtinteressen und ohne Schädigung der Arbeiterinteressen Sonntags weniger gearbeitet werden könnte, als thatsächlich gearbeitet wird, scheint mir die Enquête genügende Beweise zu liefern. Denn es wird darin eine große Anzahl von Fällen angeführt, in denen ein stichhaltiger Grund für die Sonntagsarbeit nicht vorliegt, oder bei denen durchaus nicht nachgewiesen ist, daß irgend jemand durch den Fortfall der Sonntagsarbeit geschädigt würde. Wenn z. B. die Sonntagsarbeit nur damit begründet wird, daß auf diese Weise die vorhandenen Gebäude, Maschinen etc. mehr ausgenutzt werden können, so dürfte darin doch nur eine Ausnutzung des Anlagekapitals auf Kosten der Sonntagsruhe zu finden sein. Wenn ferner als Grund angeführt wird, daß plötzliche Aufträge und Bestellungen zur Sonntagsarbeit drängen, so kann eben mit solchen Gründen jede Ausschreitung gutgeheißen werden. Der mehrfach erwähnte „Central-Verband deutscher Industrieller“ hat in dieser Beziehung das Richtige getroffen, wenn er als Richtschnur den Satz aufstellt: „Arbeit an Sonn- und Festtagen, welche lediglich dem Zweck einer Vermehrung der regelmäßigen Produktion dient, ist für unzulässig zu erachten.“

Wenn aber von anderer Seite gar ein Mangel an Arbeitskräften als Grund für die Sonntagsarbeit geltend gemacht wird, so klingt das fast wie Ironie auf die heutige Zeit. Bei der notorisch starken Bevölkerungszunahme in Deutschland und bei der sich dadurch ergebenden fortwährenden Steigerung des Arbeitsangebots kann es vielmehr nur vortheilhaft sein, wenn die Arbeit resp. die Arbeitszeit an den Sonntagen so viel als möglich eingeschränkt wird. Daß hieraus eine Verminderung der Einnahmen der einzelnen Arbeiter oder eine Vertheuerung des Fabrikats hervorgehen müsse, ist ebensowenig bewiesen, wie in Bezug auf die Folgen einer Verminderung der täglichen Arbeitszeit.

Ein nicht unerheblicher Theil derjenigen, welche sich für ein beschränktes Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen haben, scheint dabei übrigens die Belassung des jetzigen Zustandes im Sinne gehabt zu haben. Abgesehen von den sehr verschiedenartigen Bestimmungen in den Einzel-

staaten, welche obenein häufig nur die kirchlichen Interessen berücksichtigen, kommt in dieser Beziehung lediglich der § 105 der Gewerbeordnung in Betracht. Dieser giebt aber den Arbeitern eigentlich nur das Recht, sich der Sonntagsarbeit zu enthalten, verweist sie also den Arbeitgebern gegenüber auf die Selbsthilfe. Wenn nämlich den letzteren auch verboten ist, ihre Arbeiter zur Sonntagsarbeit zu verpflichten, so ist ihnen doch der Betrieb selbst und die event. Entlassung der Arbeiter wegen einer diesbezüglichen Weigerung erlaubt. Daher kommt es, daß jeder Arbeitnehmer, welcher in einen Betrieb eintritt, in welchem Sonntagsarbeit üblich ist, sich von vornherein bewußt ist, daß er sich dieser Gewohnheit zu fügen hat. Für ihn bildet daher die Sonntagsarbeit eine stillschweigende Verpflichtung, gegen die er sich nur durch Niederlegung der Arbeit zu schützen vermag. Gerade die Enquête liefert einen neuen Beweis dafür, daß mit dem bloßen Recht der Selbsthilfe für die Arbeitnehmer nicht viel zu erreichen ist, denn trotz des § 105 der Gewerbeordnung ist die Sonntagsarbeit in einer so großen Zahl von Betrieben so regelmäßig und so ununterbrochen üblich, daß eine Wirkung dieser negativen Bestimmung kaum zu erkennen ist. Da ein solches Resultat aber schwerlich in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben kann, da andererseits in einigen Kategorien von Betrieben die Sonntagsarbeit in der That nicht zu umgehen ist, so bedarf die bezügliche Bestimmung des Gesetzes vom 17. Juli 1878 sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer der Abänderung. Auch für die Sonntagsarbeit trifft übrigens das zu, was oben von anderen Beschränkungen zu Gunsten der Arbeiter gesagt ist, daß nämlich manche Besserung, mancher Fortschritt nur aus alter Gewohnheit, aus Mangel an nothwendigen Einrichtungen, Maschinen etc. und aus Sorge vor der Konkurrenz unterbleibt.*)

Zur Durchführung der dem Staate überwiesenen Aufgaben und zur wirksamen Kontrolle der den Arbeitgebern aufzuerlegenden Verpflichtungen bedarf es natürlich auch einer regelmäßigen und sach-

*) So heißt es z. B. auf Seite 26 des 2. Bandes der „Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen“. Nach einer Angabe aus Köln liegt der Grund der Sonntagsarbeit lediglich darin, daß auch die Konkurrenz Sonntags arbeiten läßt. Ferner auf Seite 63: Anderen Angaben zufolge würde ein Verbot nur die Anschaffung weiterer Hilfsmaschinen und Reservetheile zur Folge haben. Seite 81: Ebenso sehen in Sachsen viele der Befragten den Grund der Sonntagsarbeit in der unrichtigen Vertheilung der Arbeit, insbesondere darin, daß die Garne erst am Sonnabend ausgegeben werden.

verständigen Revision der industriellen Betriebe und dürfte hierzu das Institut der Fabrikinspektoren, der sogenannten Gewerberäthe, umso mehr geeignet sein, als sich dasselbe bereits in mehr als einer Beziehung vortrefflich bewährt hat. Nur war die Wirkung ihrer Thätigkeit bis jetzt deshalb eine beschränkte, weil ihre Zahl zu klein ist, um eine Ueberwachung aller Betriebe resp. deren regelmäßige Revision zu ermöglichen. Man braucht nur einen Blick in die Zusammenstellung ihrer Berichte geworfen zu haben, um sich zu überzeugen, welche Summe von Aufgaben ihnen gestellt ist und um zu begreifen, daß trotz ihrer umfassenden Thätigkeit noch heute eine so häufige Ueberschreitung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften stattfindet. *)

Wenn neuerdings die Ansicht aufgetreten ist, daß die Thätigkeit der Fabrikinspektoren auf die Berufsgenossenschaften resp. auf die von denselben angestellten und abhängigen „Beauftragten“ übergehen könne, so möchte ich mich — wie dies auch schon andere Arbeitgeber gethan haben — dagegen mit Entschiedenheit aussprechen. Abgesehen davon, daß die Berufsgenossenschaften und ihre Beauftragten schon durch die ihnen im Unfallversicherungsgesetz überwiesenen Aufgaben vollauf in Anspruch genommen werden, so liegt die Ueberwachung der Betriebe in Rücksicht auf die Innehaltung allgemeiner gesetzlicher Bestimmungen ganz außerhalb ihrer Sphäre, wie sie ja auch wegen der Nichtbetheiligung der Arbeiter nur einseitige Interessentengruppen darstellen. Daß sie in Bezug auf die Verhütung der Unfälle, auf die Durchführung diesbezüglicher Vorschriften hinwirken und zwar segensreich wirken können, beweist nicht, daß sie nun auch für alle möglichen anderen Aufgaben geeignet sind. Die Verhütung von Unfällen liegt nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch in dem der Arbeitgeber, denn nur dadurch können die Unfallentschädigungen verringert werden; die Erfüllung sonstiger gesetzlicher Vorschriften und Verpflichtungen von Seiten der letzteren liegt aber mehr, gewöhnlich sogar ganz im Interesse der Arbeiter, und hieße es daher den Vock zum Gärtner stellen, wenn man den Berufsgenossenschaften und deren Organen eine Aufsicht in dieser Beziehung übertragen wollte. — Nein, die Fabrikinspektoren sind trotz der Berufsgenossenschaften

*) So geben z. B. fast alle mir zugegangenen Berichte über Kinderarbeit ganz offen eine gewohnheitsmäßige Ueberschreitung der gesetzlichen Bestimmungen sowohl in Bezug auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit, wie in Bezug auf das Alter der Kinder zu.

nicht zu entbehren, sondern deren Vermehrung dringend geboten! Auch würde sich eine Verbreitung ihrer Berichte durch öffentliche Blätter oder dergleichen umsomehr empfehlen, als sie sich den Ruf von unparteiischen Kritikern vollauf zu erwerben gewußt und deshalb manchem Uebelstand auch ohne behördliches Eingreifen abgeholfen haben. *)

Von den weiteren Aufgaben auf sozialem Gebiete, die Herr Dechselhäuser dem Staate zuweist, hat mich besonders sympathisch berührt die auch schon von anderer Seite angeregte und befürwortete Errichtung sogenannter „Arbeitskammern“, welche zur Hälfte aus Arbeitgebern und zur Hälfte aus Arbeitnehmern bestehen sollen. Alle diejenigen, welche schon mit Arbeitern in Kommissionen, in Vorstandssitzungen und dergleichen getagt und berathen haben, werden die ausgleichende und versöhnende Wirkung eines solchen gemeinsamen Arbeitens auf dem Boden völliger Gleichberechtigung nach beiden Seiten hin erkannt haben; sie werden bestätigen, daß in solchen Sitzungen, weit entfernt von einem unüberwindlichen Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sich mit wenigen Ausnahmen Alles glatt und ruhig abwickelt. Solchen Arbeitskammern würde meiner Ansicht nach die Entscheidung aller auf das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezughabenden Streitigkeiten und Fragen zu überweisen sein; es müßten den Kammern Rechte verliehen werden, wie sie z. B. nach der preussischen Schiedsmannsordnung die Schiedsmänner besitzen. Die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die gewerblichen Schiedsgerichte gehen darin nicht weit genug und verfehlen ihren Zweck, weil deren Einführung nicht obligatorisch, sondern fakultativ ist. Daher kommt es denn auch, daß von diesem Recht bis jetzt nur ein spärlicher Gebrauch gemacht worden ist. So lange keine neuen Bestimmungen in dieser Beziehung eingeführt sind, wäre es den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern sehr zu empfehlen, auf Errichtung solcher Schiedsgerichte in den verschiedensten Orten und Städten Deutschlands zu dringen.

Jenen Arbeitskammern dürfte auch eine gewisse Einwirkung auf die von den Arbeitgebern zu erlassenden Fabrikordnungen einzuräumen sein, denn ich stimme dem Abgeordneten Hize darin bei, daß der einseitigen Festsetzung der Fabrikordnungen seitens der Arbeitgeber gesteuert, daß

*) Statt fortzuschreiten auf diesem Wege, ist man theilweise sogar zurückgegangen. So sind z. B. die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren im Jahre 1885 gar nicht mehr im Buchhandel erschienen.

Garantien geschaffen werden müssen, damit die „Fabrikordnung nicht in allzu schroffer Weise dem Mißbrauch Vorschub leistet.*)“ Wenn gegen solche Forderungen der „Central-Verband deutscher Industrieller“ mit dem Brustton der Entrüstung geltend macht, daß der Arbeiter nicht der gleichberechtigte Theilhaber des Arbeitgebers, daß er vielmehr dessen Untergebener sei, daß er ihm Gehorsam schuldig ist und dessen Anordnungen sich zu fügen hat, so lange er in Lohn und Brod steht, so sind das lediglich Ausflüsse jener Fabrikfeudalität, welche neulich Lujo Brentano in einem Feuilleton-Artikel der „National-Zeitung“ so treffend gegeißelt hat, jenes Fabrikantenadels, der nicht begreift, daß die Zeiten, in denen das Arbeitsverhältniß als ein Herrschaftsverhältniß aufzufassen war, — Gott sei Dank! — vorüber sind.

Die diesjährigen Reichstagsverhandlungen haben zur Genüge gezeigt, daß in der Vertretung des deutschen Volkes kein Boden mehr ist für solche veralteten Anschauungen, daß alle Parteien mehr oder minder bestrebt sind, dem Arbeiterstand zu seinem Rechte zu verhelfen.

Zu bedauern ist nur, daß im Gegensatz zu dieser Wandlung in den Ansichten der Parteien und Personen seit der berühmten Botschaft vom 14. April 1883, in welcher neue wichtige Gesetze zur Anbahnung des sozialen Friedens angekündigt wurden, der Staat unthätig geblieben ist; daß die Regierung trotz der Anregung von allen Seiten ein Arbeiterschutzgesetz bisher noch nicht vorgelegt, ja noch nicht einmal Stellung genommen hat zu dem von der Reichstagskommission und schließlich auch vom Reichstag selbst eingenommenen Standpunkt. Kaum denkbar erscheint es nach all den früheren Erklärungen, daß die Regierung den fast einmüthigen Beschlüssen des Reichstages in diesen Fragen ihr Veto entgegensetzen oder dieselben unberücksichtigt lassen sollte. Und doch glaubte der Abgeordnete Hise in der Sitzung vom 8. Juni d. J. mit einer solchen Möglichkeit rechnen zu sollen.**). Es ist zu hoffen, daß er sich täuscht, daß die Beschlüsse des Reichstages vom 17. Juni d. J. sehr bald in dieser oder in ähnlicher Gestalt zum Gesetz erhoben werden, und damit der erste Schritt auf dem Wege der Besserung gemacht wird.

*) Nach dem in der Schweiz giltigen Fabrikgesetz müssen die Arbeitgeber daselbst schon seit dem Jahre 1878 zu dem Erlaß einer Fabrikordnung zuvor die Genehmigung der Kantonal-Regierung nachsuchen.

**) Auch der „Central-Verband deutscher Industrieller“ hat in seiner letzten Sitzung die Ablehnung des Gesetzes von Seiten der Regierung sogar mit einer erstaunlichen Siegesgewißheit prophezeit.

Eine scheinbar nicht in das eigentliche Gebiet der Arbeiterfrage fallende, aber von dem Abgeordneten Dechselhäuser in seiner gleichnamigen Schrift doch mit Recht angeregte Frage ist die des öffentlichen Unterrichts. Dieser sollte nicht nur gänzlich in die Hände des Staates gelegt und für ganz Deutschland nach gleichmäßigen Grundsätzen geregelt werden, sondern vor allen Dingen unentgeltlich sein, damit die Söhne eines jeden Staatsbürgers, gleichviel ob derselbe Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ist, den gleichen Nutzen daraus zu ziehen vermögen. — Eine solche Forderung steht in so engem Zusammenhange mit dem allgemeinen Schulzwang, mit der allgemeinen Wehrpflicht, insbesondere auch mit dem einjährig-freiwilligen Dienst, daß es fast unerklärlich erscheint, daß sie noch nicht erfüllt ist. Alle staatlichen Einrichtungen, welche die Belehrung und Bildung ihrer Bürger resp. deren Söhne bezwecken, oder ihnen dienen, zu denen ich u. A. auch alle Museen und Bildergalerien rechne, sollten jedermann, auch dem Ärmsten, gleichmäßig zugänglich sein. Ja der Staat sollte darauf bedacht sein, daß die Gelegenheit zur unentgeltlichen Belehrung in Fortbildungs- und Fachschulen für die Arbeiter mehr und mehr eine allgemeine werde, weil nicht nur die materielle und soziale Lage der besitzlosen Klassen, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Gesamtbevölkerung von der größeren oder geringeren Bildung der Arbeiter wesentlich beeinflusst wird. — Wären die vielen indirekten Steuern, durch welche die ärmeren Klassen in den letzten Jahren so sehr belastet wurden, zur Durchführung des freien Unterrichts benutzt worden, so hätte sich die Opposition schon eher mit ihnen befremden können.

Die wichtigste von allen, die Arbeiter betreffenden Fragen ist und bleibt aber zweifellos die Lohnfrage; auf diese wird der Staat schwerlich jemals einen direkten, sondern immer nur einen indirekten Einfluß ausüben können. Daß, wenn ein solcher überhaupt ausgeübt werden kann, er nur zu Gunsten der Arbeitnehmer ausgeübt werden dürfte, daß der Staat wohl an der Erhöhung, nicht aber an der Herabsetzung der Löhne ein Interesse hat oder doch haben sollte, erscheint mir selbstverständlich und keines Beweises bedürftig. Gleichviel, ob man Herrn Dechselhäuser darin ohne weiteres beistimmen will, daß in der allmäligen Erhöhung der Arbeitslöhne „im wesentlichen der Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage liegt“ oder nicht; unbedingt wird man zugeben müssen, daß hiervon die Besserung unserer sozialen Zustände abhängt. Daß durch die allmälige Erhöhung der

Löhne allein die soziale Frage nicht gelöst werden kann, ist zweifellos, denn eine ganze Reihe anderer Faktoren, wie die Kosten des Lebensunterhalts, die Zahl der Geburten, die Anforderungen des Staates an seine Bürger, die durch Spekulation oder Ueberproduktion hervorgerufenen Arbeitsstokungen, die Konzentration der Betriebe zc. kommen dabei wesentlich in Betracht. Dies giebt auch Herr Dechselhäuser schon dadurch zu, daß er der Ansicht ist, das Lohnniveau in Deutschland sei in den letzten 40—50 Jahren um das Doppelte gestiegen, aber nicht behauptet, daß innerhalb dieses Zeitraums die soziale Frage ihrer Lösung näher gekommen sei. Immerhin will mir scheinen, daß Herr Dechselhäuser nicht genug Gewicht legt auf die anderen, neben der Höhe des Lohnes für die Lebenshaltung der Arbeiter in Betracht kommenden Faktoren. Denn selbst zugegeben, seine Annahme wäre richtig, daß das Lohnniveau in Deutschland sich in den letzten 40—50 Jahren verdoppelt habe*), so wäre doch zunächst zu untersuchen, ob diese Steigerung für alle Arbeiter eine gleichmäßige war oder etwa die sogenannten qualifizierten Arbeiter unverhältnismäßig begünstigt hat. Die jetzt in Deutschland als ortsüblich geltenden resp. von den Verwaltungsbehörden auf Grund des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes als solche festgesetzten und von J. Schmitz in Berlin zusammengestellten Arbeitslöhne**) der gewöhnlichen männlichen Tagearbeiter ergeben, daß nur in 918 von den 2328 Bezirken, für welche eine Festsetzung stattgefunden hat, der ortsübliche Lohn M. 1,50 und sogar nur in 85 M. 2,00 per Tag überschreitet, daß ferner der höchste Lohnsatz von

*) In der Schrift „Die Arbeiterfrage“ wird sogar behauptet, daß eine Verdoppelung der Lohnsätze innerhalb der letzten 30 Jahre stattgefunden habe, eine Annahme, die durchaus nicht bewiesen ist.

**) Für die einzelnen Staaten stellen sich die ortsüblichen Tagelöhne wie folgt:

	Zahl der Bezirke:				
	Im Ganzen	bis 1 M.	über 1 M. bis M. 1,50	über M. 1,50 bis M. 2,00	über M. 2,—
Preußen . . .	988	146	536	257	49
Bayern	213	13	123	75	2
Sachsen	121	1	99	21	—
Württemberg .	270	4	98	158	10
Baden	104	—	22	80	2
Hessen	165	41	77	46	1
In den übrigen Staaten u. d. freien Städten	467	14	236	196	21
zus.	2328	219	1191	833	85

M. 3,00 nur in 2 Bezirken erreicht wird, daß derselbe dagegen in 219 Bezirken auf M. 1,00 per Tag und darunter herabsinkt. Es dürfte fast als ausgeschlossen gelten, daß für diese Lohnsätze die Dechelhäuser'sche Annahme auch nur annähernd zutrifft. — Aber nicht einmal für die qualifizierten Arbeiter kann die Dechelhäuser'sche Behauptung durchweg als zutreffend gelten. So hat z. B. der Vorsteher des statistischen Amtes der Stadt Breslau, Herr Dr. Neefe, nachgewiesen, daß die Breslauer Gesellenlöhne innerhalb der letzten 45 Jahre kaum um 70%, namentlich aber „nicht im Verhältniß mit den jeweiligen Ausgaben für die Lebenshaltung“ sich erhöht haben. Nach seinen Angaben beträgt die Steigerung der Lohnsätze innerhalb der letzten 21 Jahre, für welchen Zeitraum eine größere und daher zuverlässigere Zahl von Feststellungen vorliegt, kaum 12%. So ergibt ferner die seit 1880 alljährlich erscheinende Statistik der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, daß eine wesentliche Lohnerhöhung während dieses Zeitraums nicht eingetreten ist. Wäre dies aber auch der Fall, so ließe sich aus der bloßen Lohnerhöhung noch immer nicht die Besserung der Lage der betreffenden Arbeiter beweisen. Es würde erst festzustellen sein, in welchem Verhältniß innerhalb des gleichen Zeitraums die Kosten des Lebensunterhaltes gestiegen sind und in wie weit die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen zugenommen haben. Daß die ersteren ganz erheblich gestiegen sind, beweist die Statistik und wird auch Herr Dechelhäuser nicht bestreiten. Daß aber auch die letzteren dabei wesentlich in Betracht kommen, wird jeder zugeben, der nicht etwa meint, daß die Bedürfnisse der Arbeiter sich stets gleich bleiben müssen, während die der anderen Klassen unaufhörlich steigen. Ist aber die Steigerung der Arbeitslöhne keine relative, so fallen natürlich auch alle daraus gezogenen Schlüsse.

Ähnliche Behauptungen über die angeblich günstige Lage der Arbeiter werden jetzt mit dem Hinweis auf die augenblicklich niedrigen Getreidepreise durch die Tagesblätter verbreitet. Da aber einerseits die Steigerung der Arbeitslöhne und die Dauer der jetzigen Getreidepreise nicht bewiesen sind, da andererseits die Lage der arbeitenden Klassen nicht von den Brotpreisen allein abhängig ist, so können solche Behauptungen wohl einen bequemen Vorwand abgeben, den jetzigen Zustand zu Gunsten der Unternehmer als vortrefflich zu bezeichnen; thatsächlich werden sie für den Stand der sozialen Frage so gut wie nichts bedeuten.

Nach die andere, mit der obigen in Zusammenhang stehende Behauptung Dechselhäuser's wird man nicht ohne weiteres als richtig zugeben können, daß nämlich „das Steigen der Arbeitslöhne bei stetig herabgehendem Zinsfuß unwiderleglich beweise, wie der Antheil der Arbeiter am Gewinne der gemeinsamen Arbeit im Steigen, der des Kapitalisten im Fallen begriffen ist“.

Bevor das als bewiesen angenommen werden kann, hätte bewiesen werden müssen, daß der Rückgang des Zinsfußes in der That ein stetiger ist und bleiben wird, daß er nicht vielmehr ein zufälliger oder periodischer ist. Letzteres kann aber sehr wohl der Fall sein, denn erstens haben schon häufig in Folge von Handelskrisen oder aus anderen Gründen Zinsreduktionen stattgefunden, ferner ist die jetzige Reduktion des Zinsfußes erst neueren Datums. Dieselbe läßt sich sehr leicht aus einer vorübergehenden Abneigung gegen die Spekulation, aus der Unsicherheit der politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse und dem daraus sich ergebenden Mißtrauen gegen nicht fundirte Werthe, aus der Konkurrenz der Kapitalien unter sich erklären. — Es hätte ferner bewiesen werden müssen, daß die Reduktion des Zinsfußes für verleihe Kapitalien identisch ist mit der Verringerung des Unternehmergewinnes, was durchaus nicht der Fall zu sein braucht. Und wenn es der Fall wäre, so würde es sich noch immer fragen, ob diese Gewinnverringerung in einem ursächlichen Zusammenhang steht mit der Erhöhung der Arbeitslöhne, ob sie den Arbeiterklassen wirklich zu Gute gekommen ist, ob nicht lediglich die Konzentration des arbeitenden Kapitals die Reduktion seiner Fruchtbarkeit herbeigeführt hat und die stetig zunehmende Zahl der besitzlosen Arbeiter dabei leer ausgegangen ist.

Wie die Löhne steigen können, ohne daß die Lage der Arbeiter sich bessert, wie der Zinsfuß für ausgeliehene Kapitalien sich verringern kann, ohne daß der Unternehmergewinn zurückgeht, so kann auch der letztere herabsinken, ohne daß das Lohnniveau der Arbeiter sich wesentlich verändert.

Sind aber in einer Periode für die Arbeiter in der That Vortheile erzielt, so können dieselben doch schon in der nächsten durch die Folgen der Ueberproduktion, durch Handelskrisen und dergleichen wieder beseitigt werden. Denn während die Unternehmer wenigstens zum Theil für den Absatz ihrer Waaren bessere Zeiten abwarten können, müssen die Arbeiter, um zu leben, selbst für geringere Löhne weiterarbeiten.

Um nun einer zu weitgehenden Herabsetzung der Löhne vorzubeugen, verlangen die Sozialdemokraten und selbst solche Arbeiter, welche sich nicht ausdrücklich zu ihnen rechnen, die Festsetzung eines Minimalarbeitslohnes. So sehr man auch vom humanen Standpunkt aus einer solchen Maßregel zustimmen möchte, so würde bei unseren heutigen Wirthschaftsverhältnissen eine gesetzliche Fixirung doch höchstens dann zulässig sein, wenn sie sehr niedrig, d. h. weit unter dem jetzigen Durchschnitt angenommen würde. Eine derartige Fixirung würde aber einen nennenswerthen Nutzen für die Arbeiter unter keinen Umständen herbeiführen, dagegen könnte ein gesetzlicher Minimallohn — wenn er noch so niedrig bemessen ist — sich insofern zu einem gefährlichen Experiment für die Arbeiter gestalten, als es nicht unmöglich ist, daß zu gewissen Zeiten und in gewissen Fabriken die Arbeit ganz aufhören würde, ja aufhören müßte, weil sie selbst bei dem Minimum des Lohnes für den Arbeitgeber nicht mehr profitabel ist. In solchen Fällen würden aber die Arbeiter es sicherlich vorziehen, zu einem Lohnsatz zu arbeiten, der unter dem gesetzlichen Minimum steht, als Noth zu leiden. Abgesehen hiervon würde auch ein allgemeiner Minimallohnsatz für ganz Deutschland nicht zulässig sein, ohne zu großen Ungerechtigkeiten zu führen, weil die Lebensverhältnisse in den einzelnen Theilen Deutschlands sehr verschieden sind. Es würde ferner für jede Kategorie von Arbeitern ein besonderes Fixum zu schaffen sein, weil der für die gewöhnlichen Tagearbeiter festgesetzte Minimallohn doch nicht den Maurern und Zimmerleuten, noch weniger den Buchdruckern und Mechanikern von Nutzen sein würde. Somit würde das Gesetz nicht einen Minimallohn, sondern tausende von Lohnsätzen festzustellen haben. —

Wenn nun auch eine gesetzliche Fixirung des Arbeitslohnes nicht möglich erscheint, so wird immerhin der Staat auf eine verbesserte Lebenshaltung der Arbeiter und auf eine gerechtere Vertheilung des Arbeitsgewinnes dadurch einwirken können, daß er die Arbeitgeber, wie dies bei der Unfall- und auch bei der Krankenversicherung — allerdings nicht in genügendem Maße — geschehen, zur Sicherstellung der Arbeiter gegen event. Arbeitsunfähigkeit und unverschuldete Arbeitslosigkeit mit heranzieht und ihnen somit einen Theil der Sorge für die Zukunft der Arbeiter überträgt.

In dem Drittel, welches nach Zeitungsberichten der Regierungsentwurf den Arbeitgebern als Antheil an der Alters- und Invaliden-



versorgung auferlegen will, erkenne ich einen solchen gerechten Ausgleich natürlich nicht; namentlich nicht, wenn es sich nur um eine Rente von 120 Mark jährlich handelt. Auch Dechselhäuser schlägt schon $\frac{2}{3}$ vor. Ich meine aber, daß die Gesamtheit der Arbeitgeber verpflichtet wäre, wenn auch nicht gleich, so doch nach und nach für die Invalidität der Gesamtheit der Arbeitnehmer allein aufzukommen. Mag man über die Berechtigung des Unternehmergewinnes denken, wie man will, zweifellos steht doch fest, daß derselbe zum großen Theil auf der Arbeit der Arbeiter basiert. Da nun aber die für diese Arbeit gezahlten Löhne nur in den seltensten Fällen hoch genug sind, um den betreffenden Arbeitern eine auch nur für die bescheidensten Anforderungen genügende Rücklage für ihr Alter und ihre Invalidität zu ermöglichen, so ist es nur recht und billig, wenn die Unternehmer zur Hergabe einer Quote ihres Gewinnes verpflichtet werden, die genügt, um die durch die Arbeit oder in der Arbeit invalid gewordenen Arbeiter vor wirklicher Noth zu schützen. Daß durch das dritte Drittel den Arbeitgebern — wie Dechselhäuser anzunehmen scheint — „Unbilliges, Unersehwingliches“ zugemuthet würde, kann ich nicht zugeben und dürfte schon deshalb nicht zutreffen, weil eine große Anzahl von Invaliditätsfällen, obgleich sie ebenso wie die Unfälle lediglich als Folge der Thätigkeit in gewissen Industriezweigen — wie z. B. in Brauereien, Färbereien, chemischen Fabriken etc. — zu betrachten sind, dennoch nicht durch das Unfallversicherungsgesetz sicher gestellt wird. Auch würden die Unternehmer eine solche allmähliche Belastung um so eher zu tragen im Stande sein, als durch die Unfallversicherung von Jahr zu Jahr mehr Invaliden der Altersversorgung entzogen werden.

Anders würde sich die Sache nur dann gestalten, wenn das Altersversorgungsgesetz nicht alle Arbeiter, sondern nur die industriellen umfassen würde, weil bei dem Wechsel der Arbeit nicht festgestellt werden könnte, wer resp. ob die Industrie seiner Zeit aus der Arbeit des altersversorgungsbedürftigen Arbeiters den Nutzen gezogen hat, der sie moralisch verpflichtet, demnächst für dessen Invalidität allein einzutreten.

Solche, die Arbeiter gegen Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit schützenden Bestimmungen würden nicht nur ein Mittel sein, den Arbeitern auf indirektem Wege einen größeren Gewinnantheil an der gemeinsamen Arbeit zu verschaffen, sondern auch das Arbeitsangebot erheblich zu verringern und somit geeignet sein, bessernd auf die Lohnverhältnisse zu wirken.

Daß man durch alle die erwähnten Maßregeln nicht die Sozialdemokratie befriedigen oder entwaffnen wird, ist selbstverständlich und deshalb darf man auch nicht, wie Ludwig Bamberger sehr richtig sagt, ihnen zurufen: „Ihr wollt Abhilfe für Eure Beschwerden? Hier ist sie!“ — Das, was vom Staate zu Gunsten der arbeitenden Klassen verlangt wird, muß geschehen, auch ohne Rücksicht auf die sozialdemokratischen Forderungen, lediglich aus dem Gefühl einer moralischen Pflicht, welche Staat und Gesellschaft dem wirtschaftlich schwächeren Theil des Volkes gegenüber zu erfüllen haben. Die Sozialdemokraten selbst werden wir niemals befriedigen können; aber ebensowenig werden wir ihren Einfluß und ihre Ausbreitung unter den arbeitenden Klassen einzudämmen im Stande sein durch starres Festhalten an dem Grundsatz „Hilf dir selbst!“ Da durch bloße Selbsthilfe die Arbeiter ihre Lage weder in dieser, noch in einer der nächsten Generationen wesentlich verbessern können, so werden sie den Verheißungen der Sozialdemokratie umsoweniger widerstehen, je mehr man sie auf ihre eigene Kraft verweist. Nur zwei wirksame Mittel sind es doch, über die die Arbeiter selbständig verfügen. Das eine ist die Beschränkung in der Kindererzeugung und die dadurch zu bewirkende Verringerung des Arbeitsangebotes; das andere besteht in der Erlangung der Majorität im Parlament mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts. — Während die Anwendung des ersteren Mittels eine Selbstbeherrschung voraussetzt, die sich die Arbeiter erst mit einer höheren allgemeinen Bildung erwerben müßten, wäre die rücksichtslose Ausnutzung ihres Wahlrechts zum eigenen Vortheil im Interesse des Fortschritts und der Kultur zu bedauern. Um die Anwendung des letzteren Mittels, welches auf die Dienstbarmachung des Staates zum ausschließlichen Vortheil der arbeitenden Klassen hinauslaufen würde, zu verhindern, ist es nothwendig, daß der Staat und die jetzigen Machthaber, also die besitzenden Klassen, freiwillig und energisch für den Schutz der Arbeiter eintreten. Daß diese Ueberzeugung sich auch unter den liberalen Parteien mehr und mehr Bahn bricht, beweist das Auftreten einzelner Mitglieder der freisinnigen Partei; das beweisen insbesondere gewisse Organe derselben, die heute in Bezug auf Kinder- und Frauenarbeit zum Theil das befürworten, was sie noch vor wenigen Jahren als unnütz oder gar unberechtigt zurückgewiesen hatten.

* * *

Während ich somit, wie sich aus Vorstehendem ergibt, den Ansichten des Herrn Dechselhäuser in Bezug auf die Aufgaben des Staates

im großen Ganzen zustimme, so bin ich doch in Bezug auf einige andere Fragen, insbesondere in Bezug auf das Sozialistengesetz, anderer Meinung als er. Herr Dechelhäuser betrachtet dieses Gesetz nicht nur als ein vorübergehendes, sondern als eine dauernde Institution und preist dessen segensreiche Wirkung sowohl in Bezug auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie, wie auch in Bezug auf das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ich dagegen halte es weder für zweckentsprechend nach der einen, noch für segensbringend nach der anderen Seite. Was die Bekämpfung der Sozialdemokratie betrifft, so glaube ich nicht, daß es bisher im Stande gewesen ist, einen einzigen Sozialdemokraten seiner Partei zu entfremden, noch den neuen Zugzug irgendwie aufzuhalten. Im Gegentheil, durch seine scharf eingreifenden Bestimmungen gegen eine einzelne Klasse von Menschen, durch seinen Ausnahme-Charakter und dessen strenge Handhabung sind und werden die Verteidiger der sozialdemokratischen Lehren, insbesondere die Führer der Partei, tagtäglich zu Märtyrern gestempelt und statt zu verlieren, gewinnen sie an Ruhm schon durch das rein menschliche Gefühl des Mitleids. Alsdann aber verhindert es die offene Besprechung und natürlich auch die Widerlegung der sozialdemokratischen Grundsätze und Endziele; die letzteren werden somit mehr und mehr in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllt. Geheimnißkrämerei stößt aber die Menschen nicht ab, sondern zieht sie an, das beweist nicht nur die gewaltige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, das beweist auch die Opferwilligkeit, mit der die sozialistischen Arbeiter die notwendigen Mittel für ihre Agitation zusammenbringen. Herr Dechelhäuser giebt trotz seiner Befürwortung des qu. Gesetzes diese Wirkung selbst zu, indem er die gewaltige Ausbreitung der verbotenen, aber heimlich kolportirten Blätter darauf zurückführt, daß das Verbotene für die meisten Menschen einen besonderen Reiz hat. Wenn jedoch Herr Dechelhäuser so argumentirt, daß die sozialdemokratische Partei sich ohne das Sozialistengesetz vielleicht noch weit mehr ausgedehnt hätte, so kann man ihm mit Recht erwidern, daß mit solchen Beweisen Alles zu beweisen ist. Das Gesetz vom 2. Oktober 1878 und die auf Grund desselben erfolgten Verurtheilungen und Ausweisungen haben die Erbitterung in jenen Kreisen vermehrt, ohne doch den Einfluß der betroffenen Personen selbst beeinträchtigen, ohne die Hinfälligkeit ihrer Lehren darthun zu können. Ideen kann man eben nicht durch Polizeimaßregeln bekämpfen! Man hat das früher nicht mit Hilfe der Inquisition zu Wege gebracht und wird es

auch heute mit den modernen Strafen der Freiheitsentziehung, des Versammlungsverbots, der Ausweisungen zc. nicht fertig bringen. Entweder die sozialdemokratische Lehre ist falsch, so wird sie wie alles Unwahre durch sich selbst zu Grunde gehen, oder sie ist wahr, so wird sie sich trotz Polizei und Sozialistengesetz Bahn brechen und sich weiter ausbreiten. Die sozialdemokratische Partei ist denn auch durch jenes Gesetz lediglich aus der offenen in die versteckte Offensive übergegangen und wirkt aus ihrem Versteck jetzt mehr und erfolgreicher, als sie früher zu wirken im Stande war.

Die Entstehungsgeschichte des Sozialistengesetzes wird übrigens vielfach mit dem Zweck desselben identifiziert oder verwechselt. Daher kommt es, daß theils aus Absicht, theils aus mangelndem Verständniß die Opposition gegen dasselbe so dargestellt wird, als ob man unserem Kaiser den ihm damit gewährten persönlichen Schutz entziehen wollte. Mit dem Schutz der Person des Monarchen an sich hat aber das Gesetz nicht mehr zu thun, als mit dem Schutz aller seiner auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung stehenden Unterthanen. *)

Entstanden ist es allerdings unmittelbar nach jenen ruchlosen Attentaten im Jahre 1878; auch kann man zugeben, daß diese die eigentliche Veranlassung gewesen sind, aber auch nur insofern, als sie ein Wahrzeichen bildeten für die in gewissen Kreisen durch die sozialdemokratische Propaganda hervorgerufene Erregung, die vorher nicht genügend beachtet, nun plötzlich durch Ausnahmemassregeln gewaltsam gedämpft werden sollte. — Wenn auch die Regierung die erste Anwendung des § 28, nämlich die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin, damit motivirte, daß die Person des Kaisers geschützt werden müsse, so war und konnte der eigentliche Sinn des Gesetzes selbst doch nur der sein, die überhandnehmende Aufregung der besitzlosen Klassen zu beschwichtigen, das Predigen von Theorien, die auf den gewaltsamen Umsturz der jetzigen Gesellschaftsordnung hinausliefen, unmöglich zu machen, und dem drohenden Anarchismus zu steuern. Herr Dechselhäuser rühmt denn auch dem Gesetze nach, daß es die Verbreitung des Hasses gegen die Besitzenden eingedämmt habe. Ob aber dieser Zweck in der

*) In den Motiven zu dem Gesetzentwurf, betreffend die „Abwehr sozialdemokratischer Ausbreitungen“ vom 20. Mai 1878 heißt es wörtlich: „Es bedarf kräftiger und schneller eingreifender Mittel, um den Gefahren vorzubeugen, welche aus der Verbreitung der sozialdemokratischen Lehre dem Gemeinwesen drohen“.

That erreicht ist, wird füglich bezweifelt werden dürfen, wogegen niemand bestreiten kann, daß, wie Schöffle in seiner bereits erwähnten Schrift „Die Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ sagt, „zur Erreichung der Ruhe, zur Erhaltung der Ordnung das verschärfte gemeine Straf- und Polizeirecht ausreichend und umsomehr geeignet gewesen wäre, als die Freiheit der Aufwühlung niemandem, weder den Altkonservativen, Liberalen und Antisemiten, noch den Sozialdemokraten und Anarchisten gebühre“.

Die Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes ist aber auch deshalb zu bedauern, weil die Arbeitgeber durch dasselbe in eine gewisse Sicherheit gewiegt und in dem Glauben erhalten werden, als ob sie nunmehr aller Sorge überhoben wären, als ob sie den Arbeitern gegenüber nach Belieben schalten und walten könnten und Staat und Polizei allein den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen und zu Ende zu führen hätten. Lediglich diesen Erfolg scheint mir in Bezug auf das Verhältniß der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern das Sozialistengesetz erzielt zu haben, dessen Zweck nach Dechelshäuser u. a. darin bestehen soll, die Stimmung der Arbeiter und ihr Verhältniß zu den Arbeitgebern zu bessern.^{*)} Die Thätigkeit der letzteren zu Gunsten des sozialen Friedens würde eine weit rührigere sein, sie würden sich viel eher zu Konzessionen den Arbeitern gegenüber verstehen, wenn ihnen die Sozialdemokratie nicht gefesselt erschiene, wenn deren Anhänger durch größere Freiheit im Stande wären, den ihnen einst vom Fürsten Bismarck nachgerühmten Einfluß auf den sozialen Fortschritt auszuüben.

Eine Forderung sollte aber den Arbeitern trotz Sozialistengesetz zum mindesten gewährt werden, nämlich die Freiheit der Koalition zum Zwecke der Erzielung höherer Löhne. Mit Recht sagt Dechelshäuser, daß der Staat gegen Arbeitseinstellungen, welche doch nur mit Hilfe der Koalition möglich, an sich allerdings keine erfreulichen Erscheinungen sind, auch durchaus nicht immer günstig für die Arbeiter verlaufen, nur dann einschreiten sollte, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder der persönliche Schutz des Einzelnen dies erfordern. Wenn die

^{*)} Da Herr Dechelshäuser an einer anderen Stelle die Schuld an dem guten oder schlechten Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der Regel den letzteren zuschreibt, so sollte man meinen, daß er die Verbesserung dieses Verhältnisses auch den Arbeitgebern überlassen könnte und ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie zu diesem Zweck für ungerechtfertigt erachten müßte.

Arbeitgeber sich vereinigen dürfen, um ihre Waarenpreise zu erhöhen, um die Löhne herabzusetzen, so ist es geradezu als eine Ungerechtigkeit anzusehen, wenn man die Arbeitnehmer verhindern will, durch Zusammen-
thun ihrer Kräfte bei einer passenden Gelegenheit bessere Arbeitsbedin-
gungen zu erzielen oder sich gegen Verschlechterung derselben zu wehren.
Namentlich sollte aber das Sozialistengesetz, welches doch zu ganz anderen
Zwecken erlassen ist, keinen Anlaß oder Vorwand zu einer solchen Rechts-
beschränkung bieten! Sehr zu bedauern war daher auch die Verfügung
des Ministers v. Puttkamer vom 11. April v. J., welche schließlich
dahin führte, daß Arbeiterversammlungen, die sich lediglich mit Lohn-
fragen befassen wollten, unter Berufung auf das Sozialistengesetz auf-
gelöst wurden, weil einige Sozialdemokraten an der Spitze dieser Be-
wegungen standen resp. den Vorsitz in jenen Versammlungen führten.

Die allmälige Erhöhung der Löhne ist an sich eine so berechnigte
Forderung der Arbeiter, daß der Staat ein Unrecht thut, wenn er die
Arbeitgeber in ihrem Widerstande gegen dieselbe unterstützt. — Ist es denn
etwa immer das Interesse für die Allgemeinheit, welches die Arbeitgeber
veranlaßt, erhöhte Lohnforderungen zu verweigern? Ist es nicht in
fast allen Fällen ein rein persönliches Interesse? War es etwa die
Rücksicht auf die Bauherren und auf das bauende Publikum, welches
im vergangenen Jahre die Maurer- und Baumeister Berlins veranlaßte,
so energisch Front zu machen gegen die Erhöhung der Maurerlöhne von
Mk. 4,50 auf Mk. 5,00 pro Tag? War nicht vielmehr der Umstand
maßgebend, daß die betreffenden Meister wegen der schon früher einge-
gangenen Verpflichtungen die Vertheuerung der Arbeitskosten nun nicht
mehr auf die Bauherren resp. das bauende Publikum abzuwälzen ver-
mochten? Wenn es hierfür noch eines Beweises bedurft hätte, so wäre
derselbe dadurch erbracht, daß der im vorigen Sommer so heftig be-
kämpfte Lohnsatz in diesem Frühjahr von fast allen Berliner Meistern
anstandslos bewilligt und natürlich bei ihren Anschlägen und Preisen
berücksichtigt und auf das bauende Publikum abgewälzt worden ist.

Daß wir von der Anerkennung des Rechts der Arbeiter, Arbeits-
einstellungen zu Gunsten besserer Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, noch
weit entfernt sind, dafür liefert u. A. auch einen treffenden Beweis die
im Verlag von N. v. Decker erschienene Broschüre von F. Brakenhausen.
In derselben wird allen Ernstes der Erlaß eines Gesetzes vorgeschlagen,
nach welchem jeder, der sich an einem Strike theiligt, mit Geldstrafe

von 1 bis 5 Mark pro Tag belegt, jeder, der zum Zweck einer Arbeitseinstellung Geld sammelt, andere zur Arbeitseinstellung auffordert oder dies auch nur zu thun versucht, mit Gefängniß bestraft werden soll. Die ganze Lohnbewegung soll von einer aus 2 Arbeitgebern und 2 Arbeitnehmern gebildeten Arbeitskammer unter Vorsitz des betreffenden Fabrikinspektors, und falls eine solche Kammer nicht zu Stande kommt, von letzterem allein geregelt werden. Da aber die Stimme des Fabrikinspektors (oder Gewerberaths) auch in den Kammern den Ausschlag giebt, so soll die Lohnfrage de facto immer von diesem allein geregelt werden. — Nebenbei bemerkt, eine sonderbare Aufgabe für einen technischen Beamten! — Falls nun die Arbeitgeber sich an die beschlossene resp. verfügte Lohnerhöhung nicht kehren oder falls sie selbständig die Löhne herabsetzen, so soll den Arbeitnehmern als Ersatz für das ihnen entzogene Recht der Arbeitseinstellung — ein Klagerecht zustehen!! Wenn der Autor dieser Broschüre nicht ein höherer Regierungsbeamter wäre, so könnte man glauben, er hätte eine Satyre auf die Gegner der Streikfreiheit schreiben wollen.

Den Arbeitern sollte aber das Vereinigungsrecht nicht nur zum Zweck von Strikes, sondern auch zu beliebigen anderen Zwecken gesichert sein, zum mindesten insoweit diese dem Sozialistengesetz nicht zuwiderlaufen. Geseglich ist dies ja auch der Fall, nur scheint es, daß sich übereifrige Behörden Mißgriffe insofern zu Schulden kommen lassen, als Versammlungen häufig nur deshalb aufgelöst werden, weil ein bekannter Sozialdemokrat das Wort ergreift, oder weil irgendsonst Jemand die soziale Frage nebenbei berührt. Ob dieser Umstand, ob der Mangel gesetzlicher und staatlicher Unterstützung, oder ob andere Gründe es gewesen sind, die von der Bildung von Vereinen abgehalten haben, welche allgemeinen, nicht politischen, namentlich nicht sozialdemokratischen Zwecken dienen, soll hier nicht entschieden werden. Bedauerlich bleibt es, daß die in Deutschland bestehenden Gewerksvereine seitens der Arbeiter bis jetzt verhältnismäßig wenig Betheiligung gefunden, daß die letzteren überhaupt in so geringem Maße ähnliche Vereinigungen begründet haben, wie deren unter dem Namen „Friendly Societies“ und „Trade Unions“ in England seit lange in großer Zahl bestehen; daß sie statt die Verbesserung ihrer jetzigen Lage durch regelrechte Vereinigung ihrer Kräfte zu erstreben, nur die zukünftige Gestaltung der Gesellschaftsordnung im Auge haben, daß sie ihre Ersparnisse der doch zum mindesten fraglichen und problematischen Um-

wandlung der jetzigen Gesellschaftsordnung nach sozialdemokratischen Grundsätzen zum Opfer bringen, statt sie zur Erlangung völliger Gleichberechtigung und besserer Arbeitsbedingungen in der Gegenwart zu bemühen. Die „Friendly Societies“, die „Trade Unions“ in England sind Mächte geworden, mit denen nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch der Staat zu rechnen hat, und mit denen zu rechnen jeder Staat sich bereit finden kann, weil sie sich auf den Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung stellen, weil sie nicht Gegner, sondern Theile des jetzigen Staates sein wollen. Allerdings erscheint es erklärlich, daß in einem Lande, in dem der Parlamentarismus schon jahrhundertlang besteht, in dem das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Fleisch und Blut der gesamten Nation übergegangen ist, auch die Arbeiter sich ihres Rechts und ihrer Pflicht, die eigenen Interessen in ruhiger und sachgemäßer Weise zu vertreten, besser bewußt sind als bei uns. Die durch die Fortschritte der Industrie, durch die Verwerthung der Dampfkraft und der sonstigen Erfindungen, durch die Centralisation der Betriebe herbeigeführte gewaltige Veränderung der gesamten Produktions- und Arbeitsverhältnisse hat in England einen Boden vorgefunden, auf dem sich die betreffenden Kreise sehr bald zurechtfinden konnten, uns dagegen in einem unfertigen sozialen und politischen Zustande überrascht, der es dem Staat zur Pflicht macht, mehr wie anderswo regelnd und helfend einzugreifen, durch Unterstützung auf der einen, durch Zwang auf der anderen Seite den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Dies kann er nicht nur durch die oben befürwortete gesetzliche Regelung der Arbeiterverhältnisse, sondern auch durch ein wohlwollendes Verhalten gegenüber den auf gesetzlicher Grundlage basirenden Arbeitervereinigungen.

Es ist ein guter, beherzigenswerther Rath, den Dechselhäuser den deutschen Arbeitern giebt, wenn er ihnen empfiehlt, sich selbst mit Anschluß aller sozialdemokratischen Nebenabsichten auf den Boden der englischen „Trade Unions“ zu stellen und — wird man hinzufügen können — den bestehenden deutschen Gewerksvereinen beizutreten, oder sich in ähnlicher Weise zu organisiren. — Was kann denn der einzelne Arbeiter, was kann selbst die Gesamtheit der Arbeiter zur Lösung eines Problems beitragen, über dessen Ausführbarkeit oder Unausführbarkeit die bedeutendsten Nationalökonomten sich streiten, dessen Durchführbarkeit bis heute nur wenige von ihnen behauptet haben. Die soziale Frage kann doch für die große Masse der Arbeiter nichts anderes bedeuten, als eine Besserung

ihrer gegenwärtigen Lage, die ihnen wohl eine Organisation nach Art der genannten, niemals aber die Sozialdemokratie verschaffen kann.

Sollte nicht aber gerade hierin der Grund liegen, weshalb die Führer der sozialdemokratischen Partei so sehr gegen die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine zu Felde ziehen? Halten sie nicht etwa positive Leistungen zu Gunsten der Arbeiter für den Bestand ihres Gefolges für gefährlicher als alle Gesetze und Maßregeln, welche sich gegen ihre Personen richten? Was für Nutzen hat denn die deutsche Sozialdemokratie der gegenwärtigen Arbeiterbevölkerung bisher gebracht? Wenn man selbst ihrem Einfluß die Einführung des Versicherungszwanges gegen Krankheit und Unfallgefahr zuschreiben wollte, so würde das auch nur als ein indirekter, nicht einmal als ein beabsichtigter Erfolg zu betrachten sein. Irgend etwas sonst zur Verbesserung der Lage der Arbeiter hat sie bisher absolut nicht zu Stande gebracht, trotzdem sie schon kolossale Summen für ihre Agitation verbraucht hat. Dagegen hat sie mancherlei Nachtheil, mancherlei Unheil, nicht nur für einzelne Arbeiter, sondern für ganze Familien herbeigeführt. Ist nicht das Sozialistengesetz im Grunde genommen auch nur dem zügellosen Auftreten einzelner Sozialdemokraten zuzuschreiben? Wäre der Erlass eines solchen Gesetzes möglich gewesen, wenn sich ein Theil der deutschen Sozialdemokratie nicht das Predigen des Hasses gegen die Besitzenden zur Aufgabe gemacht hätte, nicht in die Befürwortung des Anarchismus ausgeartet wäre? Sind nicht so manche, auch die Stellung der Arbeiter und ihre Verhältnisse verbessernde Einrichtungen nur deshalb unterblieben und bekämpft worden, weil die Taktik der Sozialdemokratie dieselben nicht rathsam erscheinen ließ? Was hätten die Tausende von Arbeitern mit ihren Sparpfennigen, die sie bereitwillig für Parteizwecke geopfert haben, für Vortheile erzielen können, wenn sie dieselben zu ähnlichen Zwecken verwendet hätten, zu denen die englischen „Trade Unions“ und „Friendly Societies“ sich gebildet haben!

Aber nicht nur das Sozialistengesetz und die Folgen desselben, sondern unsere ganze wirtschaftliche Politik und Verhältnisse sind der sozialdemokratischen Idee an sich günstig. Ich will auf die bedauerliche Steuergesetzgebung der letzten Jahre nicht näher eingehen, ich will nur kurz darauf hinweisen, daß man durchaus nicht alle indirekten Steuern zu verwerfen braucht und doch, wie ja auch Herr Dechselhäuser dies

thut, jede Besteuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse als verwerflich bekämpfen kann. Die Theorie, daß indirekte Steuern schon deshalb empfehlenswerther als direkte sind, weil sie von den Steuerzahlern nicht so gemerkt werden, kann sich wohl eine Zeit lang aufrecht erhalten, kann wohl zeitweise, aber nicht dauernde Erfolge erzielen. Ob die ärmeren Klassen diese Steuern merken oder nicht, ihr Lebensunterhalt wird dadurch den wohlhabenden Klassen gegenüber unverhältnißmäßig vertheuert. — Da die Leistungsfähigkeit, ja schließlich die Existenz des ganzen Staates nicht nur von den besitzenden, sondern vielmehr von den besitzlosen Klassen abhängt, so würde die Vertheuerung ihres Lebensunterhaltes auf die Dauer nur dann ohne Schaden für den Staat selbst sein, wenn ihre Einnahmen entsprechend erhöht würden. Daß aber ein solches Resultat weder durch Schutzzölle, noch durch sonstige Steuern erreicht werden kann, ist selbstverständlich und durch die Thatsachen der letzten Jahre bewiesen. — Gewiß haben die Agrarier recht, wenn sie sagen, der Staat hat und muß ein Interesse an der Erhaltung der Landwirthschaft haben, denn sie bildet die sicherste Grundlage für die gute und billige Ernährung des Volkes. Aber das Interesse braucht sich nicht dadurch zu dokumentiren, daß man die Getreidepreise künstlich erhöht, daß man den augenblicklichen Besitzern gewisse Einnahmen zu garantiren bestrebt ist. Für den Staat als solchen ist es ganz gleichgiltig, wer die Landwirthschaft betreibt, wenn sie nur betrieben wird; sind es die jetzigen Besitzer nicht, so werden es ihre Rechtsnachfolger sein. Nicht auf die Personen, sondern auf die Landwirthschaft selbst kommt es an.

Hieran kann natürlich auch der Umstand nichts ändern, daß die Getreidepreise in den letzten Jahren theilweise niedriger waren, als vor Einführung der Zölle. Einerseits ist durch Einführung des Zolles zweifellos eine noch größere Preisreduktion verhindert worden, andererseits wird die relative Belastung der ärmeren Klassen zu Gunsten der wohlhabenden durch eine, vielleicht sogar nur vorübergehende Preisreduktion nicht beseitigt. Diejenigen, welche die billigeren Getreidepreise als Beweis für den billigeren Lebensunterhalt der arbeitenden Klassen anführen, vergessen oder wollen vergessen machen, daß Brot allein auch für die Arbeiter zum Leben nicht genügt. —

Besonders ungerecht erscheinen aber solche, den nothwendigen Lebensunterhalt belastende Steuern und Zölle, wenn mit ihnen eine stärkere Heranziehung der wohlhabenden Klassen zu den Ausgaben des Staates

nicht Hand in Hand geht. Daß dies der Fall gewesen, wird niemand behaupten können, denn die inzwischen eingeführte Börsensteuer mit ihrem Ertrage von kaum 8 Millionen Mark kann doch nicht als ein Ausgleich gegenüber den Hunderten von Millionen indirekter Steuern gelten, durch welche die minderwohlhabenden Klassen hauptsächlich belastet worden sind. Im Gegentheil, so manches Steuergesetz hat neben der Belastung der letzteren sogar eine Entlastung resp. einen Gewinn für die Arbeitgeber, also für die wohlhabenden Klassen herbeigeführt. Wie eine Herausforderung des Proletariats kommt es mir vor, wenn trotzdem die Ansprüche der Agrarier und Schutzöllner noch immer steigen, wenn sie, die doch unzweifelhaft zu dem wirtschaftlich stärkeren Theil des Volkes gehören, noch weiter die Hilfe des Staates für sich in Anspruch zu nehmen versuchen. Gegen eine Erhöhung der Branntweinsteuer, oder auch gegen die Einführung einer Branntweinkonsumsteuer hätten wohl nur wenige etwas einzuwenden gehabt, wenn dieselbe nicht zugleich neue Vortheile für eine Anzahl von Arbeitgebern und eine weitere Erhöhung des bereits durch andere Steuern vertheuerten Lebensunterhalts der untersten Klassen mit sich gebracht hätte. Mag man den Branntwein mit Recht für eins der geeignetsten Steuerobjekte halten, so wird man doch die Thatsache nicht bestreiten können, daß jede Branntweinkonsumsteuer zunächst eine neue Belastung der ärmeren Klassen darstellt. Dies hat auch der Abgeordnete Dechselhäuser anerkannt, als er in seiner Rede vom 6. März 1886 vorschlug, zum Ausgleich der höheren Besteuerung des Branntweins, nämlich des „Getränks der Armen“, eine Steuer auf Wein, das „Getränk der Reichen“, einzuführen.

Inwieweit Herr Dechselhäuser noch eine weitere Belastung der ärmeren Klassen für zulässig hält, ob er von der oben angeführten Ansicht noch heute durchdrungen ist, läßt sich aus seinen kurzen Bemerkungen über die Steuerfragen nicht erkennen. Er empfiehlt allerdings für Preußen eine auf Grundlage der Selbsteinschätzung basirende Ergänzungssteuer und eine Besteuerung des fundirten Einkommens beziehungsweise eine Erbschaftsteuer „in mäßiger Progression“. Wenn man sich auch mit solchen Steuervorschlägen vom liberalen Standpunkt aus im Prinzip einverstanden erklären kann, so werden sie doch für diejenigen ungenügend erscheinen, die einen Ausgleich zwischen der Belastung der ärmeren und der der wohlhabenden Klassen für nothwendig halten; noch weniger werden sie aber diejenigen befriedigen, welche es als eine Pflicht des Staates erachten,

sogar auf Kosten der wohlhabenden Klassen eine Entlastung der ärmeren herbeizuführen. Zu diesem Zweck würde neben der Aufhebung aller, die nothwendigen Konsumartikel der ärmeren Klassen belastenden Steuern vor allen Dingen die Einführung einer progressiven Einkommensteuer und einer Erbschaftssteuer, nicht etwa in mäßiger, sondern in starker Progression erforderlich sein. Die letztere wäre um so gerechtfertigter, als man durch eine Einkommensteuer wohl die geringen, leicht kontrollirbaren Einkommen mit ziemlicher Sicherheit treffen kann, nicht aber die großen Einkommen, sofern man nicht in veratorischer Weise in die Privatverhältnisse der Betheiligten eindringen will. Kann man nun aber die großen Einkommen nicht bei Lebzeiten der Besitzer rechtmäßig besteuern, so soll man sie wenigstens nach deren Tode zur Steuer heranziehen. Natürlich ist hiermit nicht eine solche Progression gemeint, wie sie einzelne Sozialisten im Auge hatten, welche die Erbschaftssteuer als Mittel zur Lösung der sozialen Frage bezeichneten, indem sie dabei eine friedliche, aber vollkommene Expropriation des Besitzes im Auge hatten. — Auch eine Abänderung des Erbrechtes selbst — wenn auch zunächst in mäßigen Grenzen — würde mit einer sozialen Steuerpolitik Hand in Hand gehen können, ja müssen. Es erscheint sogar auffallend, daß man in Zeiten, in denen man mit Einführung neuer Rechtsgrundsätze in anderer Beziehung nicht zögert, das Erbrecht bisher immer als ein „noli me tangere“ betrachtet hat. Denn es liegt doch z. B. in der That kein Grund vor, daß große Vermögen, über welche die Besitzer bei Lebzeiten nicht verfügt haben, statt an den Staat, an weitläufige Verwandte übergehen, die den Erblasser kaum gekannt und oft erst durch die Zeitungen ausfindig gemacht werden müssen.

Eine gerechte Vertheilung der direkten und der ihnen ähnlichen Steuern findet nach meiner Ueberzeugung überhaupt nur dann statt, wenn sie progressiv sind; und zwar — abgesehen von anderen Gründen — schon deshalb, weil die wohlhabenden Klassen, insbesondere die Großgrundbesitzer, die Großindustriellen, Großhändler zc. von allen Einrichtungen des Staates, von allen Verkehrsverbesserungen, von allen Erfindungen zc. einen größeren Vortheil ziehen und ziehen können, als die Arbeiter, die Handwerker, die Altbürger zc. Natürlich haben auch sie alle das Recht, die Eisenbahnen, die Dampfschiffe, die Telegraphen, die Fernsprecheinrichtung, die Dampf-, Gas- und Wasserkraft zu benutzen und für sich zu verwerthen. Aber was kann ihnen dieses for-

melle Recht helfen, da sie weder die Mittel, noch die Gelegenheit haben, es auszunutzen. Deshalb sollten nicht nur die Einkommen- und die Erbschaftsteuern, sondern auch die Grund- und Gewerbesteuern progressiv sein, deshalb sollte auch für alle diejenigen Steuern, welche die Fabrikation direkt belasten, also die sogenannten Produktionssteuern, die Staffelbesteuerung eingeführt werden, d. h. diejenigen, welche über ein gewisses Quantum hinaus produziren, sollten für das überschießende Quantum einen erhöhten Steuersatz zahlen. — Es ist eine Thatsache, daß je höher derartige Steuern bei gleichem Steuersatz für alle Betriebe sind, desto mehr konzentriert sich die Fabrikation, desto mehr verschwinden die kleineren Geschäfte. Nun kann man allerdings einwenden: es ist ja keinem Industriellen, keinem Brenner, keinem Brauer oder Zuckerfabrikanten benommen, seine Produktion auszudehnen, es kann ja ein jeder von ihnen groß werden, aber man wird doch zugeben müssen, daß nicht alle groß werden können, daß vielmehr die große Mehrzahl klein bleiben, ja, um soviel kleiner werden muß, als die Ausdehnung einzelner Betriebe die Zunahme des Gesamtbedarfs überschreitet. Da hohe Produktionssteuern, insbesondere plötzliche und namhafte Erhöhungen derselben, den Gewinn an der Produktion zum mindesten zeitweise schmälern, so tritt das Bestreben auf, diese Schmälerung durch Massenproduktion resp. durch Vermehrung der bisherigen Produktion auszugleichen. Eine solche können aber nur diejenigen Unternehmer erzielen, deren Einrichtungen eine Mehrproduktion gestatten und die kapitalkräftig genug sind, den durch Steuern und Massenangebot hervorgerufenen zeitweisen Gewinnausfall zu ertragen. Die übrigen werden um so schneller zu Grunde gehen. Der Staat als solcher hat aber und kann gar kein Interesse daran haben, daß die Zahl der Betriebe sich stetig verkleinert, daß die selbstständigen Industriellen der Zahl nach abnehmen und die Zahl der unselbstständigen Arbeiter zunimmt, mit anderen Worten, daß der Besitz sich mehr und mehr konzentriert. Der heutige Staat muß vielmehr gerade in Rücksicht auf die sozialdemokratische Propaganda wünschen, daß viele etwas haben, anstatt daß wenige viel haben. Ist es doch gerade die Sozialdemokratie, welche einer völligen Gleichheit und der kommunistischen Kollektivproduktion um so eher zum Siege zu verhelfen hofft, je größer der Abstand zwischen den Einzelnen und der großen Masse ist. „Sicherlich wirkt dem Sozialdemokratismus Nichts so sehr entgegen, als die Gefahr, daß beim Uebergang zu einem Gesellschaftszustand, in welchem Alle

Alles zusammen und Keiner etwas für sich hätte, Alle Etwas und Jeder verhältnißmäßig viel zu verlieren hätten“, sagt Schäßle und gewiß hat er recht. Ich meine daher, daß die gewaltige Konzentration, die heutzutage sich überall geltend macht und die natürlich nicht nur durch die Art der Besteuerung, sondern auch durch andere Faktoren, durch die Fortschritte auf dem Gebiete der Technik, durch die Verkehrserleichterungen, durch unsere gesammten Wirthschafts- und Geschäftsverhältnisse herbeigeführt wird, sich mehr und mehr als ein schlimmer Feind der bestehenden Gesellschaftsordnung erweisen wird. In diesem Sinne ist auch die Einführung oder Zulassung von privaten und staatlichen Monopolen, kurz jeder Monopolbetrieb — sofern er nicht durch die Verkehrsverhältnisse bedingt ist — zu verwerfen, denn er vermehrt die Klasse der unselbständigen, verringert dagegen die der selbständigen Arbeiter und arbeitet somit der Sozialdemokratie in die Hände.

J. St. Mill hat leider nicht unrecht, wenn er sagt: „Die Gesetze haben die Waagschale zwischen den verschiedenen Klassen nicht nach Recht und Billigkeit gehalten, sondern haben einigen Hindernisse in den Weg gelegt, um anderen Vortheil zu gewähren; sie haben absichtlich Ungleichheiten begünstigt und verhindert, daß alle beim Wettlauf gleichmäßig gestellt sind.“ Wer die bestehende Gesellschaftsordnung, wer den heutigen Staat an sich erhalten will, sollte sich hüten, diese gesetzlichen Ungleichheiten noch ferner zu vermehren!

Die Frage aber, wie jenem Uebel resp. den Folgen der sich unaufhörlich vollziehenden Konzentration zu steuern oder abzuhelpen wäre, ist bisher ebensowenig gelöst, wie die soziale Frage selbst. Ihre Lösung in einem einzelnen Staate ist um so schwieriger, als gerade der Weltverkehr die Konzentration befördert, denn diese ist eher im Stande, den großen Schwankungen des Welthandels Stand zu halten. Umso mehr sollte aber der Staat es vermeiden, diese, in Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse nicht erwünschte, Entwicklung noch mehr zu fördern. Dies kann er, wenn er einerseits bei der Besteuerung den schwächeren Theil der Bevölkerung mehr als bisher berücksichtigt, wenn er andererseits weder die Massenfabrication, noch die Macht des Kapitals irgendwie begünstigt. Er kann es, indem er die Besteuerung für den Groß- und Kleinbetrieb verschiedenartig gestaltet, indem er die Tarife für alle öffentlichen Verkehrsanstalten weniger wie bisher zu Gunsten des Massenvverkehrs festsetzt, wenn er bei Arbeiten und Lieferungen für

den Staat die Kleinindustrie und das Handwerk mehr als bisher heranzieht, wenn er seine zollpolitischen Maßnahmen nicht nur in Rücksicht auf die Großindustrie, sondern auch in Rücksicht auf die Kleinindustrie trifft, kurz, wenn er seine moralische und materielle Unterstützung statt dem Großgewerbe mehr dem Kleingewerbe zu Theil werden läßt. „Möglich, vielleicht wahrscheinlich bringt wie dem Kleinhandel, so den Arbeitern der Hausindustrie das herannahende Zeitalter der Elektrotechnik Hilfe“ heißt es in Schäßle's „Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“. Derselben Ansicht bin auch ich, wenn nämlich Staat und Kommune ihre Aufgabe nicht damit für erledigt erachten, daß sie mittelst der Elektrizität die Stadtviertel und die Häuser der wohlhabenden Klassen erleuchten, sondern sich für verpflichtet halten, diese Kraft auch zum Nutzen der ärmeren Klassen zu verwerthen.

Ein wichtiger Faktor für die Konzentration der Arbeit und des Kapitals und ein mächtiger Gegner der Kleinindustrie sind die Aktiengesellschaften. Sie sind es, die durch die Vereinigung unbegrenzter Kapitalien den kleineren Betrieben eine Konkurrenz zu machen im Stande sind, der diese nicht lange Widerstand leisten können. Während der einzelne Betriebsunternehmer ohne Gewinn auf die Dauer nicht bestehen, während er durch eine einzige schlechte Konjunktur zu Grunde gerichtet werden kann, können die Aktiengesellschaften nicht nur mit Leichtigkeit Krisen überstehen, sondern auch so lange auf jeglichen Gewinn verzichten, bis die sie umgebende Privatkonkurrenz niedergedrückt ist. Sie können dies nicht nur, weil sich das Risiko gewöhnlich auf viele Schultern vertheilt und eine Haftpflicht für den einzelnen Aktionär über seine Einlage hinaus ausgeschlossen ist, sondern auch weil die Aktionäre ihre Antheile, obgleich mit Verlust, immer noch leichter und besser durch Uebertragung auf andere, als durch Auflösung der Gesellschaft verwerthen können. Auch ihre und die späteren Rechtsnachfolger werden das Gleiche thun und den Verkauf ihrer Aktien zu billigerem Kurse der Liquidation vorziehen, bis die schließlichen Inhaber derselben ihren Besitz zu einem so billigen Preise erworben haben, daß sie in Ruhe bessere Zeiten abwarten können. Die Aktiengesellschaften bieten daher nicht nur die Möglichkeit zur privaten Monopolisirung ganzer Industriezweige, sondern auch für die betreffenden Interessenten die gefahrloseste Gelegenheit zu großartigen Spekulationen und somit die häufigste Veranlassung zur Ueberproduktion, diesem ärgsten Feinde einer

ruhigen Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens einer Nation, diesem ärgsten Feinde der Arbeiterinteressen.

Wenn ich natürlich auch zugebe, daß es eine Menge von Aktiengesellschaften giebt, die wohlthätig wirken, die weder der Vernichtung der Kleinindustrie, noch einer verderblichen Spekulation dienen, wenn ich auch den Werth der durch die Aktiengesetzgebung gewährleisteten Möglichkeit der Kapitalassoziation in anderer Beziehung weder bestreite, noch dieselbe beseitigt sehen möchte, so ist und bleibt doch wahr, daß es Aktiengesellschaften giebt, resp. daß die Gründung von Aktiengesellschaften möglich ist, welche lediglich auf Kosten der Allgemeinheit sich zu bereichern trachten, welche daher mehr als alles andere die Macht des Kapitals befördern und begünstigen. Der Staat ist aber verpflichtet, diesen Uebelständen nach Kräften entgegenzuarbeiten, und auch in der Lage, ohne Beseitigung der Aktiengesellschaften einen Ausgleich gegenüber den, den letzteren gesetzlich ertheilten Rechten und Vortheilen insofern herbeizuführen, als er dieselben erheblich höher besteuert, als die sonstigen Gewerbetreibenden. Augenblicklich ist eher das Gegentheil der Fall! So werden z. B. in Preußen die Aktiengesellschaften noch heute nicht zur Staatseinkommensteuer herangezogen!

Aller Kapitalbesitz kann nur innerhalb und mit Hilfe der Gemeinschaft, d. h. also des Staates, erworben werden, deshalb ist auch der Staat berechtigt, eine erhebliche Quote davon für sich in Anspruch zu nehmen. Hierdurch wird er nicht nur im Stande sein, unliebsame Konzentrationen zu verhindern oder zu erschweren, sondern sich selbst die Einnahmen zu sichern, die ihm durch Monopolisirung einzelner Industriezweige leicht verloren gehen können. Aus demselben Grunde halte ich auch unsere neuere Patentgesetzgebung für ergänzungsbedürftig, denn es ist doch nur recht und billig, daß diejenigen, denen im Gegensatz zu dem herrschenden Prinzip der freien Konkurrenz mit Hilfe des Staates jede Konkurrenz aus dem Wege geräumt wird, denen also die Gemeinschaft zur beliebigen Ausnützung preisgegeben wird, dafür an den Staat zu Gunsten der Gemeinschaft eine Abgabe entrichten. So berechtigt die Forderung ist, daß das geistige Eigenthum und die geistige Arbeit des Einzelnen, welche sich durch Erfindungen aller Art bekunden, geschützt werden, so berechtigt ist auch die Forderung, daß die Gemeinschaft einen Antheil an denselben habe, da deren Ausnützung nur durch sie und auf ihre Kosten möglich ist. Doppelt gerechtfertigt dürfte diese Forderung

aber in dem Falle erscheinen, wo durch neue Erfindungen, wie z. B. in der Zuckerindustrie, die bisherigen Einnahmen des Staates beschränkt oder ganz beseitigt werden. Der Schutz des materiellen und geistigen Eigenthums darf ebensowenig wie die den Aktiengesellschaften gewährleisteten Vorrechte jemals zu einem Monopol, jemals zur Schädigung der allgemeinen Interessen ausarten.

* * *

Der Hauptwerth der Dechselhäuser'schen Schriften liegt nun aber, wie er selbst sagt, auf „rein menschlichem Gebiete“ und zwar, meines Erachtens, in dem, was er über die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber selbst sagt, in den Rathschlägen, die er ihnen ertheilt, und in dem Spiegel, den er ihnen vorhält, in welchem viele ein gar hässliches Bild, ein jeder aber irgend einen Fehler entdecken wird. — Derjenige Arbeitgeber, der so handelt, wie Dechselhäuser denkt und empfiehlt, wird mit seinen Arbeitern um so sicherer in Frieden leben, als solche Grundsätze zugleich ein fortwährendes Fortschreiten auf dem Wege der Verständigung, auf dem Wege der Besserung der Verhältnisse der Arbeiter in sich schließen. In den Werkstätten solcher Arbeitgeber, davon bin auch ich überzeugt, wird die Sozialdemokratie nicht festen Fuß fassen können.

Die Aufgaben, die der Verfasser den Arbeitgebern stellt, zerfallen in solche, die sie gemeinsam, und in solche, die sie einzeln zu erfüllen haben. Sie theilen sich ferner in solche, die die Bekämpfung der Sozialdemokratie direkt, und in solche, die sie indirekt bezwecken.

Aber alle Vorschläge, die Dechselhäuser macht, alle Lehren, die er den Arbeitgebern ertheilt, alle Vortheile, die er den Arbeitern zuweisen will, scheinen in der Hauptsache den Zweck zu haben, die Sozialdemokratie wirksam zu bekämpfen. Wenn nun auch dieser Zweck ein ebenso berechtigter ist, wie die vorgeschlagenen Mittel loyal sind, so wird man doch zugeben müssen, daß noch eine zweite, ebenso wesentliche Veranlassung vorliegt, um nicht nur ein besseres Verhältniß zwischen den Arbeitgebern und deren Arbeitern, sondern auch eine Verbesserung der materiellen Lage der letzteren im allgemeinen wünschenswerth und nothwendig erscheinen zu lassen; diese liegt in dem Humanitätsgefühl unserer Zeit, in dem Gefühl der Pflicht der Starken gegenüber den Schwachen, in der Anerkennung des Grundsatzes, daß Besitz nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht ist. Ja, ich möchte fast sagen, dies ist und sollte die hauptsächlichste Veranlassung sein für alles das, was Dechselhäuser

und Andere von den Arbeitgebern zu Gunsten der Arbeitnehmer verlangen. Die Mehrzahl ihrer Vorschläge würde auch ohne die Existenz der Sozialdemokratie an sich berechtigt und ihre Ausführung an sich geboten sein. Wird durch dieselben zugleich der sozialdemokratischen Partei gegenüber ein Erfolg erzielt, desto besser; ist dies nicht der Fall, so werden sich die Besitzenden mit dem Bewußtsein begnügen müssen, daß sie ihre Pflicht erfüllt haben. Wie der wahre Christ — und die Christenpflicht pflegt ja in unserer heutigen Zeit besonders stark betont zu werden — seinen Mitmenschen gegenüber nicht nur deshalb edel und menschenfreundlich ist, weil er dadurch Erfolge erzielen will, sondern weil ihm die Nächstenliebe und das Wohlthum an sich Bedürfniß sind, ihm als Pflichten gegen Gott und sich selbst erscheinen; ebenso müssen auch die Besitzenden, insbesondere die Arbeitgeber freiwillig Rechte aufgeben, freiwillig Opfer bringen zu Gunsten der arbeitenden Klassen, ohne Rücksicht auf die Beseitigung oder die Ausdehnung der Sozialdemokratie.

Die von Dechselhäuser den einzelnen Arbeitgebern gestellten Aufgaben beziehen sich erstens auf die Behandlung der Arbeiter, zweitens auf Einrichtungen, welche ihrer Gesundheit und ihrer Erholung dienen, ferner auf die Sorge für ihre Zukunft und die ihrer Familien, und endlich auf den Arbeitsvertrag resp. die Arbeitsbedingungen; kurz der Arbeitgeber soll sich stets und voll bewußt sein, daß er dem Arbeitnehmer gegenüber, abgesehen von den ihm gesetzlich obliegenden Verpflichtungen, noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Pflichten zu erfüllen hat.

In Bezug auf die Behandlung der Arbeiter stellt Dechselhäuser mit Recht die Forderung obenan, daß die Arbeitgeber versuchen oder darnach trachten müssen, menschliche Beziehungen zu ihren Arbeitern herzustellen. — Die heutigen industriellen Verhältnisse, die Ausdehnung und die Konzentration der industriellen Thätigkeit, die Größe der einzelnen Unternehmungen erschweren es, ja machen es in der That vielen Arbeitgebern geradezu unmöglich, für ihre Person diese Beziehungen zu den Arbeitern zu unterhalten und zu fördern. Aber sie können darauf hinwirken, daß ihre Vertreter dies thun. Zeigen sie den Arbeitern nur, daß sie Werth darauf legen, die letzteren nicht wie Knechte eines weit über ihnen stehenden Herrn, sondern wie Mitarbeiter in ihren Geschäften betrachtet zu sehen, so werden die Arbeiter auch ohne direkten Verkehr dies herausfühlen und dankbar anerkennen.

Herr Dechselhäuser hat allerdings recht, wenn er sagt, daß diese guten Absichten der Arbeitgeber häufig dadurch vereitelt werden, daß die

vorgesetzten Beamten, die Meister in den Fabriken, die Vorarbeiter zc. den Arbeitern schroff gegenüberreten und die Grundsätze ihrer Chefs nicht zur Ausführung bringen. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß gerade diejenigen Vorgesetzten, welche selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, die Interessen der Arbeiter häufig am schlechtesten vertreten und in der guten Behandlung der Arbeiter am meisten zu wünschen übrig lassen, welche in dem Bewußtsein, daß die an sie gestellten Forderungen früher noch größere gewesen waren, oft nur durch ausdrücklichen Befehl dazu gebracht werden, den Arbeitern die ihnen zugebachten Vortheile zu theil werden zu lassen. Der Pflicht aber, darauf zu sehen, daß letzteres geschieht, daß seine Absichten thatsächlich ausgeführt werden, ist kein Arbeitgeber, auch der bedeutendste nicht, überhoben.

Zu jenen menschlichen Beziehungen gehört nach meiner Ansicht in allererster Reihe, daß der Arbeitgeber — oder zum mindesten sein Stellvertreter — für jeden seiner Arbeiter in besonderen Fällen zu sprechen ist, daß jeder weiß, er könne sich Rath und Recht bei ihm holen, sobald er dessen bedarf. Ferner muß der Arbeitgeber nicht nur den einzelnen Arbeiter selbst, sondern auch dessen Familie soweit als möglich berücksichtigen, sich um sie kümmern, sei es, daß er ihr in Krankheitsfällen Hilfe leistet, sei es, daß er in irgend einer anderen Weise dem Arbeiter die Ueberzeugung verschafft, seine Frau und Kinder haben in ihm einen Freund und Verrather, falls sie in Fällen der Noth deren bedürfen.

Es gehört ferner dazu, daß der Arbeitgeber seine Arbeiter außerhalb des Geschäfts nicht als seine Untergebenen, sondern als gleichberechtigte Mitmenschen betrachtet, die zwar in der Fabrik seinen Anordnungen Folge zu leisten haben, die aber in allen anderen Verhältnissen ihm gleichberechtigt gegenüberstehen. Er muß ihnen, wie Herr Dechelhäuser mit Recht hervorhebt, vor allen Dingen in politischer Beziehung völlige Freiheit einräumen. Gewiß braucht er nicht zu dulden, daß innerhalb der Fabrikräume resp. während der Arbeitszeiten Politik getrieben oder gar für irgend welche politische Partei Propaganda gemacht wird, er sollte aber niemals zu Maßregeln gegen diejenigen Arbeiter greifen, welche lediglich ihre politischen Rechte in einer, seiner Ansicht nicht entsprechenden Richtung ausüben.

Wer wollte aber bestreiten, daß dies leider noch häufig geschieht! Wie oft sind Arbeiter nur deshalb entlassen worden, weil sie sozialdemokratische Versammlungen besucht oder in sozialdemokratischem Sinne ge-

wählt haben. Erst neulich noch ist mir ein Fall bekannt geworden, daß ein Arbeiter nach zehnjähriger, durchaus befriedigender Thätigkeit aus seiner Stellung nur deshalb entlassen wurde, weil er dem Abgeordneten Bebel seine Stimme gegeben und diese seine Absicht vorher anderen Genossen mitgetheilt hatte. Wer wollte bestreiten, daß Arbeiter und auch Beamte von ihren Chefs geradezu gezwungen werden, bei den Wahlen denjenigen Kandidaten ihre Stimmen zu geben, die den Wünschen der Arbeitgeber entsprechen; daß sie gezwungen werden, Petitionen, Wahlaufrufe und dergl. zu unterzeichnen, die ihren eigenen Anschauungen zuwiderlaufen! Es ist mir eine Reihe von Fällen bekannt, wo eine Weigerung in dieser Beziehung die Entlassung der Betreffenden zur Folge gehabt hat.

Daß durch die Freiheit der Ansichten und Ueberzeugungen, wie sie Dechselhäuser und mit ihm jeder wahrhaft liberale Mann für den Arbeiter verlangt, die Ordnung im Geschäft nicht untergraben wird, dafür bedarf es wohl keines Beweises. Im Gegentheil werden diejenigen Arbeiter, welche einsehen, daß man an sie über die geschäftlichen und sittlichen Verpflichtungen hinaus keine ihnen widerstrebenden Anforderungen stellt, um so eher bereit sein, sich jenen vollkommen zu fügen.

Zu der gleichen Kategorie von Aufgaben gehört es auch, daß die Arbeitgeber trotz Strenge und eventl. energischem Einschreiten Gerechtigkeit üben, daß sie die einen den anderen gegenüber nicht aus anderen Gründen vorziehen, als sich aus ihrer Arbeit und ihren Fähigkeiten ergibt. Der Deutsche hat einen ausgeprägten Rechtsinn und verträgt Bevorzugungen sehr schlecht. Deshalb kann ich auch die Forderung Dechselhäuser's nicht als berechtigt und segensbringend anerkennen, daß man diejenigen Arbeiter, welche sich „um die Bewahrung des Friedens und um die Besserung der Anschauungen in der Arbeiterwelt“ — natürlich doch im Sinne der Arbeitgeber! — verdient gemacht haben, bevorzugen soll, daß man einen anderen Maßstab, als ihre Leistungen und ihr Interesse für das Geschäft, gelten lassen soll.

Zu einer menschlichen und gerechten Behandlung gehört schließlich auch, daß beim Abschluß des Arbeitsvertrages die beiderseitigen Rechte gleichmäßig vertheilt werden, daß man die Arbeiter nicht durch zu harte oder gar ungerechte Fabrik- und Strafordnungen peinigt und es vermeidet, daß die Höhe der zu zahlenden Strafen ihr Einkommen in nennenswerther Weise beeinträchtigt. Insbesondere sollten die auf Grund einer Strafordnung

eingehenden Strafgebelde immer nur zu Gunsten der Arbeiter selbst verwendet werden. Wie sehr und wie häufig in dieser Weise gefehlt wird, ersieht man u. a. aus den Berichten der Fabrikinspektoren vom Jahre 1885. Darnach kommt es nicht selten vor, daß Arbeitgeber sich das Recht vorbehalten, ihre Arbeiter sofort zu entlassen, während die letzteren an eine 14tägige oder gar an eine sechswöchentliche Kündigungsfrist gebunden sind; daß Arbeitgeber von dem Lohne ihrer Arbeiter erhebliche Theile als Kaution innebehalten, um alle angeblichen Rechte gegen sie sogleich wirksam geltend machen zu können, während die Arbeiter zur Geltendmachung ihrer Rechte den Arbeitgebern gegenüber lediglich auf ihr Klagerecht angewiesen sind. Darnach kommt es vor, daß Arbeiter und auch Arbeiterinnen sich jederzeit, auch ohne begründeten Verdacht des Diebstahls, eine persönliche Visitation durch untergeordnete Beamte gefallen lassen müssen, daß ihnen Strafen auferlegt werden, die geeignet sind, einen erheblichen Theil ihres Lohnes zu absorbiren, daß deren Ertrag entweder in die Kasse des Arbeitgebers fließt, oder daß die Zahler über dessen Verbleib nichts erfahren. Noch unberechtigter, noch tadelnswerther sind aber Bestimmungen, durch welche den Arbeitern — wie dies bekanntlich in letzter Zeit mehrfach vorgekommen — verboten wird, außerhalb der Fabriken gewisse Zeitungen zu halten, gewisse Gasthäuser zu besuchen, gewissen politischen Parteien anzugehören &c. &c.

Solange die vom Abgeordneten Hitz empfohlenen Arbeitskammern zur Begutachtung und Genehmigung der Straf- und Fabrikordnungen noch nicht existiren, ist die Befolgung des Dechselhäuser'schen Rathes, die Arbeiter zur Begutachtung der zu erlassenden Bestimmungen zuzuziehen, sehr empfehlenswerth. Gewiß wird dies auch ohne Dechselhäuser's Rath schon mancher Arbeitgeber gethan haben; für die meisten bedeutet die Befolgung desselben aber ein Aufgeben von Hoheitsrechten, die sie thatsächlich nie besaßen, aber sich um so fester eingeredet haben. Dieses Widerstreben der Arbeitgeber, ihre Arbeiter als eine gleichberechtigte Klasse von Menschen zu betrachten, mit denen man verhandeln könne, denen man nicht Verpflichtungen auferzulegen dürfe, tritt in der bereits mehrfach erwähnten Denkschrift des „Central-Verbandes deutscher Industrieller“ sehr kraß hervor. In derselben wird allen Ernstes ein Vergleich gemacht zwischen den Fabriken und der deutschen Armee. Es wird fast für ein ebenso großes Unrecht bezeichnet, wenn der Staat oder sonst jemand etwas unternimmt, was geeignet erscheint, „die Zucht, die Disziplin, die

Autorität“ in dieser oder jener Fabrik zu lockern, als wenn jemand derartige Absichten dem deutschen Heere gegenüber kundgibt. Diese sonderbare Ansicht wird damit motivirt, daß nicht alle Menschen den gleichen Grad sittlicher Erkenntniß, der Selbstbeherrschung und des Rechtsgefühls besitzen. Der Referent des Verbandes, welcher diese Ansichten in einer Versammlung in Nürnberg aufgestellt haben soll, dürfte übersehen haben, daß jener Vergleich schon deshalb nicht zutrifft, weil das Heer und seine Einrichtungen dem Schutze und der Sicherheit des gesamten Vaterlandes dienen, während die Fabriken nur zum Vortheil Einzelner errichtet oder betrieben werden. Man wird zwar zugeben können, daß ihre Existenz heutzutage zur Existenz der arbeitenden Klassen nothwendig ist, daß ihre Errichtung und ihr Betrieb aber zum Vortheil der Arbeiter oder gar zum Besten des Vaterlandes stattzufinden pflegt, wird doch in der That niemand behaupten können. Man nenne doch auch nur eine Fabrik, deren Erhaltung oder Begründung lediglich der Rücksicht für die arbeitenden Klassen zu danken ist! Der Referent hat ferner übersehen, daß seine Bemerkung über die Ungleichheit der Menschen ebenso für die Arbeitgeber, wie für die Arbeitnehmer zutrifft; daß es daher nur recht und billig ist, wenn man beide Theile darauf hinweist, daß sie auf einander angewiesen sind, daß also keiner von beiden etwas unternehmen sollte, was dem einen nur Nutzen und dem anderen nur Schaden bringt, daß vielmehr der beste Weg in der gegenseitigen Verständigung zu suchen ist. Das Recht des Arbeitgebers, seine Arbeiter, insbesondere einzelne widerwillige Arbeiter jederzeit zu entlassen, welches Recht ihm ja unbenommen ist und bleiben soll, ist eine so mächtige Waffe, daß er anderer gar nicht bedarf, um sich gegen Mißbrauch gewährter Rechte und Freiheiten zu schützen.

Dadurch, daß man die Arbeiter in dieser oder jener Frage um ihre Ansicht fragt, daß man einer Anzahl von Vertrauensmännern, einem „Ältesten-Kollegium“, gewisse Rechte einräumt, von ihrer Entscheidung gewisse Folgen abhängig macht, dadurch braucht die nothwendige Ordnung im Geschäfte noch nicht verloren zu gehen, dadurch büßt man seine Autorität als Arbeitgeber nicht nur nicht ein, sondern befestigt sie nur. Der Referent, der jene Behauptungen aufgestellt hat, muß bisher keine Fabriken kennen gelernt haben, in denen Einrichtungen bestehen, wie sie von den Arbeitern gewünscht und von Arbeiterfreunden empfohlen werden. Er würde sich sonst überzeugt haben, daß in solchen Fabriken häufig

bessere Ordnung herrscht und die Vorgesetzten eine größere Autorität genießen, als bei den Arbeitgebern, welche ihren Arbeitern das Recht der freien Meinung bestreiten, welche die früheren feudalen Zustände noch heute als bestehend erachten, welche den Arbeitern nicht nur vorschreiben wollen, was sie in der Werkstatt, sondern auch, was sie außerhalb derselben zu thun haben, und welche weder selbst, noch durch ihre Beamten oder Familien irgend welche Beziehungen zu ihren Arbeitern herzustellen oder zu erhalten suchen.

Das Befragen der Arbeiter oder ihrer Vertrauensmänner ist aber nicht nur rathsam in Bezug auf diejenigen Bestimmungen und Einrichtungen, welche von den Arbeitgebern zum eigenen Vortheil resp. zum Vortheil ihrer Unternehmungen beabsichtigt werden, sondern auch in Bezug auf diejenigen Einrichtungen, welche den Arbeitern allein zu Gute kommen sollen, also die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen. Das hat nicht nur Dechelhäuser, sondern neuerdings auch Hertner an den elsässischen Industrie-Verhältnissen, das hat auch Brentano an der Hand der englischen Verhältnisse überzeugend nachgewiesen.

Die Arbeiter so gut wie andere Menschen betrachten aufopfernde Wohltthaten überhaupt nicht als solche, insbesondere aber dann nicht, wenn mit solchen Wohltthaten der Neben Zweck verbunden ist, sie an die Fabrik zu fesseln, ihnen die Freiheit der Wahl ihrer Thätigkeit zu erschweren. Wenn Dr. Hertner in seiner neuerdings vielgenannten Schrift sagt, daß die Wohltthat, welche den Mühlhäusener Arbeitern durch den Besitz eines Häuschens in der Cité ouvrière zu Theil werden sollte, für sie zu einer Schuldfnechtschaft geworden ist, so hat er damit, wenn auch nicht in allen, so doch zweifellos in vielen Fällen recht. *) Aehnliches

*) Die Ausführungen Hertner's sind vielfach abfällig kritisiert worden, wie z. B. in dem „offenen Brief“ von Mosmann in Colmar, von Dr. Weigert in der „Nation“. Die Kritiker haben aber die von Hertner angeführten Thatsachen im großen Ganzen nicht zu widerlegen, sondern sie nur zu erklären vermocht, sie haben namentlich und auch wohl mit Erfolg die Ansicht zu bekämpfen versucht, als ob all' das, was im Elsaß zum Vortheil der Arbeiter unternommen ist, sich aber, wenn nicht zu ihrem Schaden, so doch zum größeren Vortheil für die Arbeitgeber erwiesen hat, von letzteren nur in dieser Absicht eingeführt worden sei. Insofern mögen jene Kritiker recht haben und insofern hat namentlich Dr. Weigert recht, wenn er den Verfasser tadelt, daß er fast jede „Initiative der elsässischen Industrie an nützlichen Leistungen für die Arbeiter“ in ein ungünstiges Licht stellt. Wenn man aber glaubt eine Lanze für die elsässer Fabrikanten dadurch einlegen zu können, daß man darauf hinweist, daß in anderen Textilfabriken geringere Löhne als im Elsaß gezahlt werden, so heißt das doch weiter nichts, als schlechte Verhältnisse durch noch schlechtere begründen wollen. Es ist allerdings bekannt, daß die Löhne in der Textil-

sagt Brentano über die unter Disraeli's Auspizien den Arbeitern erwiesenen Wohlthaten. Auch er bezeichnet die zu Saltaire bei Bradford entstandene Arbeiterwohnungsstadt, trotz ihrer technischen Zweckmäßigkeit, als ein Mittel, die sie bewohnenden Arbeiter in strengster Abhängigkeit zu erhalten; er vergleicht die Wohlfahrtseinrichtungen, welche für die Arbeiter, aber nicht durch sie geschaffen sind, mit der Rücksicht, die man Maschinen zu theil werden läßt und stellt solchen Arbeitgebern mit Recht jene gegenüber, welche, wie Dechelhäuser es empfiehlt, die Arbeiter in allen sie betreffenden Fragen als freie Kontrahenten behandeln.

Zu jener Art von zweifelhaften Wohlfahrtseinrichtungen gehören nicht nur die Bestimmungen, auf Grund deren der Arbeiter sich mit geringen Anzahlungen ein von der Fabrik erbautes Wohnhaus kaufen kann, dessen eigentlicher Kaufpreis auf demselben als Hypothek stehen bleibt und gekündigt wird, sobald er seine Stellung in der betreffenden Fabrik aufgibt, sondern auch die Altersversorgungs- und Invalidenkassen einzelner Fabriken, zu denen die Arbeiter selbst Beiträge zahlen müssen, welche für sie verloren sind, sobald sie die Fabrik freiwillig oder gezwungen verlassen; es gehören ferner dazu die Miethswohnungen in den Häusern der Arbeitgeber, wenn sie auch noch so schön und geräumig sind, sofern der Arbeiter sie mit seiner Stellung zugleich aufgeben muß. —

industrie an sich sehr niedrig, ja, leider zu niedrig sind; das ist aber noch kein Grund, um die Textilindustrie von Elsaß-Lothringen, welche in Bezug auf die durchschnittliche Lohnhöhe doch nur die 36. Stufe aller deutschen Berufsgenossenschaften einnimmt, in Schutz zu nehmen. Wenn Dr. Weigert ferner hervorhebt, daß bessere Verhältnisse auch in anderen Etablissements nicht obwalten, so giebt das doch immerhin den Mühlhausener Fabrikanten noch kein Recht, sich über alle übrigen Fabrikanten zu erheben und sich zu rühmen, als hätten sie die soziale Frage bereits gelöst. Ist es etwa nicht Ueberhebung, wenn Johann Dollfuß — mögen die Hertner'schen Mittheilungen auch nur zum geringsten Theil auf Thatfachen beruhen — ausruft: „Bei uns giebt es keine Sozialdemokratie. Die Humanität der oberelsässer Arbeitgeber hat die Arbeiter zufriedengestellt. Die wirksamste Bekämpfung des Sozialismus liegt in der Nachahmung der Mühlhausener Institutionen.“ Zur Illustration dieser Institutionen dient es, wenn nach den *ouvriers de Mulhouse*“ (3me édition 1882) es schon als etwas Großmüthiges (*systeme généreux*) gilt, daß die „*Société mulhousienne*“ diejenigen, welche aus irgend welchem unverfälschten Grunde den Preis eines übernommenen Hauses nicht voll bezahlen können, sondern die Auflösung des Vertrages beantragen müssen, aus ihren Verpflichtungen entläßt und die geleisteten Zahlungen zurückerstattet, nachdem für die Zeit der Benutzung des Hauses 192—288 Fres. als Miethz, d. h. 8 $\frac{1}{2}$ % des Kaufpreises per Jahr in Abzug gebracht sind, die inzwischen erfolgte Werthsteigerung aber unberücksichtigt gelassen ist! Zur Illustration dieser Institutionen dient es ferner, wenn ihnen der elsaßische Abgeordnete Grad bei Gelegenheit der Enquête über die Baumwollenindustrie Deutschlands nachrühmt: „Diese Philantropie ist seitens der Industriellen unserer Gegend ein ganz gutes Geschäft.“

Zu derselben Kategorie gehören sogar die von Dechselhäuser empfohlenen und an sich sehr nützlichen Konsumvereine und Speiseanstalten, sofern ihre Benutzung nicht von dem Belieben der Arbeiter abhängig, sondern mit irgend welchem Zwang verbunden ist.

Dagegen sind schöne und gut ventilirte Betriebsräume, geräumige Speisezimmer, gute Badeanstalten, Lesezimmer, sogenannte Familienhäuser für den Aufenthalt der Kinder der in den Fabriken beschäftigten Frauen unter allen Umständen wohlthätige Einrichtungen, weil die Arbeiter sie ohne Nachtheil für ihre Zukunft benutzen können, so lange sie eben in der betreffenden Fabrik thätig sind, resp. so lange sie dieselben benutzen wollen. Doch auch alle Wohlfahrtseinrichtungen dieser Art werden von den Arbeitern um so lieber als solche anerkannt werden, wenn der Arbeitgeber bei resp. vor ihrer Einführung ihren Rath erbeten, wenn er vor Abänderung bestehender Bestimmungen sie um ihre Ansicht gefragt hat. Es wird wohl den meisten Arbeitgebern schon begegnet sein, daß sie Einrichtungen zu Gunsten der Arbeiter getroffen haben, die von diesen weder benutzt, noch als Vortheile anerkannt worden sind, und die entweder ganz unterblieben oder anders zur Ausführung gebracht worden wären, wenn man die Arbeiter vorher befragt hätte. Diejenigen Arbeitgeber, welche erst einmal das Mitberathen und Mitthaten der Arbeiter — wie Schrader es nennt — versucht haben, werden nicht wieder davon zurückkommen, denn sie stehen sich sehr gut dabei. Alles, was mit Zustimmung der Arbeiter selbst oder ihrer Vertrauensmänner geschieht und eingeführt wird, verspricht weit größeren Erfolg, als was ohne sie durchgesetzt werden soll. Daß aber die Arbeiter bei solchem Mitberathen und Mitthaten den Wünschen des Arbeitgebers eine unberechtigte Opposition entgegenstellen, ihn an der Ausführung von wirklichen Wohlfahrtseinrichtungen, an Bestimmungen für Ordnung und Sitte behindern sollten, wird denen undenkbar erscheinen, die statt mit Phrasen und Redensarten den Verlust der nothwendigen Autorität des Arbeitgebers zu prophezeien, die Vorschläge von Dechselhäuser und Genossen wenigstens einmal probirt haben.

Wenn oben die Beschaffung guter Wohnungen in den Häusern der Arbeitgeber zu denjenigen Einrichtungen gezählt wurde, die von den Arbeitern unter Umständen nicht als Wohlthaten empfunden werden, so nehme ich natürlich diejenigen Wohnungen aus, deren Ueberlassung auf freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beruht, welche den Arbeitern für eine bestimmte Zeit unter günstigen Bedingungen ver-

miethet werden und deren Verlassen nicht, von dem Austritt aus der Fabrik abhängig ist. Ueberhaupt ist die Sorge für gute und billige Wohnungen der Arbeiter an sich eine höchst empfehlenswerthe und auch dankbare Aufgabe der Arbeitgeber. Sie kann in der verschiedensten Art zur Geltung kommen; entweder indem der Arbeitgeber selbst als Vermiether unter humanen Bedingungen auftritt, indem er andere Vermiether zu günstigeren Vertragsbestimmungen dadurch veranlaßt, daß er ihnen sonstige Vortheile bietet, daß er die Renovirung, Reparatur oder Verbesserung der Wohnungen resp. einzelner Räume übernimmt,*) oder indem er denjenigen Arbeitern, welche starke Familien haben, einen Wohnungszuschuß gewährt, damit sie größere und bessere Wohnungen beziehen können u. s. w. Doch alle diese Vortheile müssen den Arbeitern so geboten werden, daß sie frei von jedem Zwang erscheinen und daß ein plötzliches Entziehen ausgeschlossen ist. Als ich vor einiger Zeit einem bei mir beschäftigten Arbeiter einen Wohnungszuschuß anbot, weil mir in Anbetracht der starken Familie die bewohnten Räume ungenügend erschienen, wurde mein Anerbieten mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß ein Zuschuß zu diesem Zweck möglicherweise nachtheilig für ihn und seine Familie werden könne; denn wenn er aus der Arbeit entlassen würde, so hätte er eine zu kostspielige Wohnung auf dem Halbe; erst als ich ihn bedeutete, daß ich den Zuschuß immer für ein ganzes Jahr im voraus bewilligen wollte, nahm er das Anerbieten dankend an.

Am leichtesten läßt sich natürlich die Fürsorge für gute Wohnungen der Arbeiter in denjenigen Fabriken bekunden, in welchen dieselben, wie z. B. in den Brauereien, Schlafstellen erhalten. Für große, lustige Räume, gute Betten, gute Wasch- und Badeeinrichtungen werden die meisten Arbeiter sicherlich erkenntlich sein. Leider giebt es noch viele Betriebe, die darauf so gut wie keinen Werth legen. So kenne ich Brauereien, in denen den Arbeitern Schlafräume und Betten zur Verfügung gestellt werden, die man eigentlich niemandem anbieten sollte.

*) Der „Allgemeine Verein gegen Verarmung und Bettelei“ in Darmstadt hat in dieser Beziehung Vortreffliches geleistet und durch sein Vorbild den Arbeitgebern den Weg gezeigt und die Mittel an die Hand gegeben, um ohne zu große Kosten die Wohnungsverhältnisse ihrer Arbeiter zu verbessern. Seiner Anregung verdanke auch ich manchen Vortheil, den ich meinen Arbeitern und somit mir selbst geschaffen habe. (Siehe „Die Herstellung der Reinlichkeit in den Wohnungen der Armen. Ein Beitrag zur sozialen Verbesserung“. 1886. Darmstadt, Verlag der Wittich'schen Hofbuchdruckerei.)

Sehr wohlthätig und von größter Wichtigkeit für die Arbeiter ist das Anhalten derselben zum Sparen. Natürlich wird vom Sparen nur in den Fabriken und bei den Arbeitern die Rede sein können, deren Lohnsätze resp. Einkommen dies gestatten. Daß ein sehr großer Theil der deutschen Arbeiter von seinem Einkommen nichts erübrigen kann, dasselbe sogar nur nothdürftig zum nothwendigen Lebensunterhalt genügt, wird man zugeben müssen, wenn man in Betracht zieht, daß von den in Deutschland gebildeten 57 Berufsgenossenschaften es nur 21 sind, bei denen die Durchschnittslöhne mehr als 720 Mk. im Jahr oder 2 Mk. per Tag ausmachen!*) Immerhin giebt es aber auch solche Arbeiter, die mehr verdienen, als sie zum Leben bedürfen und bei denen daher das Anhalten zum Sparen sehr angebracht ist. Für diese wird es hauptsächlich darauf ankommen, ihnen eine bequeme Spargelegenheit zu bieten.

Wenn auch der Staat und die Kommunen in dieser Beziehung vorangehen sollten, wenn ich auch bedauere, daß die verschiedenen Versuche, die Spargelegenheiten in Deutschland zu vermehren, noch zu keinem Resultat geführt haben, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß auch der einzelne Arbeitgeber nach dieser Richtung erfolgreich wirken kann. Auch vom Sparen kann es mit Recht heißen: *ce n'est que le premier pas qui coûte*. Hat ein Arbeiter erst einmal eine kleine Summe zurückgelegt, so wird ihm die weitere Ansammlung viel leichter, so spornt der bereits vorhandene Besitz zum Sparen mehr an, als alle Ermahnungen dies vermögen. — Es sollten daher die Arbeitgeber nicht nur bestrebt sein, die Gelegenheit zum Sparen zu bieten, indem sie für sich oder mit Anderen Sparkassen errichten, indem sie die Uebermittlung der Spargelder an öffentliche Kassen übernehmen, sondern sie sollten ihren Arbeitern besonders dabei behilflich sein, den Anfang mit dem Sparen zu machen. Das können sie z. B., wenn sie bei irgend einer Gelegenheit ihren Arbeitern oder einem Theil derselben eine kleine Summe als erste Spareinlage überweisen oder gutschreiben. Die betreffenden Arbeiter werden diesen Betrag, wenngleich sie darüber freie Verfügung behalten, nicht leicht angreifen, sondern er wird ihnen ein Sporn sein, mehr und mehr zurückzulegen. Es kommt so häufig vor, daß Industrielle bei feierlichen Gelegenheiten selbst große Summen zur Gründung von Pensions- und Invalidenkassen hergeben. Wie leicht wäre es, mit diesen Beträgen oder

*) „Die Berufsgenossenschaft“ II. Jahrgang Nr. 6 u. 7 Seite 49.

einem Theil derselben den einzelnen Arbeitern den Sinn für Sparsamkeit einzufloßen, indem sie als erste Spareinlagen für die betreffenden Arbeiter verwendet werden. Ja, ich glaube, daß den Arbeitern hierdurch eine größere Wohlthat erwiesen wird, als durch die Bildung solcher Kassen für einzelne Betriebe. — Einen sehr großen Anreiz zum Sparen bieten auch die in einigen sächsischen Fabriken eingeführten Prämiiungen der Sparer, die darin bestehen, daß die Arbeitgeber den einzelnen Spareinlagen der Arbeiter 5—20% auf ihre Kosten zulegen. —

Es sei hier noch einer anderen, in Sachsen — nach den Berichten der dortigen Fabrikinspektoren — gleichfalls üblichen, sehr wohlthätigen Einrichtung gedacht, welche in einer zeitweisen Beurlaubung, in einem sogenannten Reiseurlaub besteht, d. h. es wird einer Anzahl von Arbeitern alljährlich ein 8 oder 14-tägiger Urlaub unter Beihilfe eines Reisegeldes gewährt, „um eine Abwechslung in das fortwährende Einerlei der Fabrikarbeit zu bringen“. Eine solche Einrichtung dürfte sich namentlich für diejenigen Fabriken besonders empfehlen, in denen die Arbeiten, wie in den Spinnereien, Webereien etc. so gut wie keine Abwechslung bieten, oder in denen die schlechte und schädliche Luft der Fabrikräume und der Lärm der Maschinen, wie Herkner wohl nicht mit Unrecht bemerkt, eine nachtheilige Einwirkung auf Körper und Geist ausüben.

Mit den genannten ist selbstverständlich die Zahl der empfehlenswerthen Wohlfahrtseinrichtungen noch lange nicht abgeschlossen. Gewiß giebt es Fabriken, die nicht nur diese, sondern noch manche anderen Einrichtungen bereits eingeführt haben, es giebt aber auch andere, die in dieser Beziehung sehr im Rückstande sind und sich in keiner Weise verpflichtet fühlen, irgend etwas zu thun. Diese aufzurütteln und zu Thaten zu bewegen, hat Dechelhäuser als seine Absicht bezeichnet.

Natürlich lassen sich solche Einrichtungen nicht bei allen Fabriken gleichmäßig einführen und ebenso wenig wird man billiger Weise verlangen können, daß alle diese Wohlfahrtseinrichtungen mit einem Male eingeführt werden. Nur wird man von jedem Arbeitgeber verlangen können, daß so gut wie er sich fortwährend mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise seine Fabrikate noch billiger, noch besser herzustellen sind, er sich auch die Frage angelegen sein lassen sollte: was kannst du zum Besten deiner Arbeiter thun?

Eine wichtige, aber viel schwierigere Aufgabe für die Arbeitgeber liegt, wie auch Dechelhäuser mit Recht hervorhebt, in der jetzt auf der Tages-

ordnung stehenden Bekämpfung der Trunksucht. Diese Frage ist sowohl für den Arbeitgeber wie für den Arbeitnehmer von größter Wichtigkeit; denn während die letzteren durch zu vieles Trinken ihre Gesundheit ruiniren, ihren Familien nach und nach den Ernährer entziehen, so werden die Arbeitgeber durch schlechte Arbeit, Unfrieden u. geschädigt. Die Bekämpfung der Trunksucht ist aber, soweit die arbeitenden Klassen in Betracht kommen, gleichbedeutend mit der Bekämpfung des Schnapstrinkens, weil die übrigen Getränke zu theuer sind, um einen übermäßigen Genuß derselben seitens der Arbeiter befürchten zu lassen. Daß eine wesentliche Verminderung des Schnapstrinkens durch eine bloße Vertheuerung des Branntweins namentlich bei denjenigen zu erreichen sein sollte, die zu der Klasse der Trinker oder Säufer gehören und sich an einen übermäßigen Alkoholgenuß gewöhnt haben, erscheint mir schon deshalb sehr zweifelhaft, weil die Branntweinpreise die Preise anderer weniger schädlicher alkoholischer Getränke doch schwerlich erreichen werden.

Man wird zugeben müssen, daß der Schnapsgenuß nicht in allen Verhältnissen und bei jeder Arbeit durch andere Getränke ersetzt werden kann, doch dürften diese Fälle zu den Ausnahmen gehören. Wie dem aber auch sei, daß der Schnaps in den Fabriken entbehrlich ist, werden selbst die Vertheidiger des Branntweingenußes nicht bestreiten können. Das beste Mittel sowohl gegen den übermäßigen, wie gegen den unnöthigen Branntweinkonsum ist und bleibt — neben guter Nahrung — der Ersatz desselben durch andere Getränke. Um einen solchen zu ermöglichen, ist es entweder nothwendig, daß das Einkommen der Arbeiter hoch genug ist, um ihnen den Genuß anderer Getränke zu gestatten, oder daß ihnen die Gelegenheit des Schnapstrinkens entzogen und dafür der Genuß anderer Getränke zugänglich gemacht werde.*) Daß das Einkommen der Arbeiter auf den Schnapsgenuß von großem Einfluß ist, ergiebt sich u. a. auch daraus, daß in denjenigen preussischen Provinzen, wo der Arbeitslohn sehr niedrig ist, z. B. in Preußen, Schlesiern, Pommern und Posen, auch der Branntweinkonsum ein großer ist, daß dagegen in Gegenden, wo der Branntweinkonsum am geringsten ist, wie z. B. in Hessen, Rheinland und Westfalen, zugleich auch der durchschnittliche Arbeitslohn — soweit man dies aus den

*) Eine von Dr. Böhmert angestellte Erhebung über die Verbreitung des Branntweins in den Fabriken hat ergeben, daß 1. ungenügende Ernährung zum Branntweingenuße reizt und daß 2. mangelnde Gelegenheit zum Genuße unbedenklicher Erfrischungen zum Branntweingenuße veranlaßt.

Mittheilungen der betreffenden Berufsgenossenschaften und aus der Feststellung der ortsüblichen Tagelöhne ersehen kann — ein verhältnißmäßig hoher ist. In Berlin, wo sich der durchschnittliche Arbeitslohn noch höher stellen dürfte, als in den letzteren Gegenden, ist es nichts Seltenes mehr, daß die Arbeiter einer Fabrik selbst den Schnaps dadurch vertreiben, daß sie gemeinschaftlich Bier beziehen und dasselbe zum Selbstkostenpreise unter sich vertheilen. Wo das nicht der Fall ist, sollten die Arbeitgeber diesen Kampf aufnehmen, indem sie ihren Arbeitern einen Ersatz für den Schnaps bieten, indem sie ihnen Bier, Kaffee, Thee oder dergl. theils gratis, theils zum Selbstkostenpreise verabfolgen lassen. Diejenigen Arbeitgeber, die eine derartige Praxis schon üben, werden zugeben, daß es kaum noch eines Verbots des Schnapstrinkens bedarf. Natürlich kann des Guten auch in anderen Getränken zu viel geschehen, so z. B. im Biergenuß. Hierfür liefert die Mehrzahl der deutschen Brauereien einen Beweis, in denen es vielfach üblich ist, Bier nach Belieben gratis zu verabfolgen und der Konsum somit häufig eine bedenkliche Höhe erreicht. Daß die Verlegungen, welche sich die im Brauereigewerbe beschäftigten Personen zuziehen, in den meisten Fällen einen ungünstigeren Verlauf nehmen, als dies in anderen Gewerben der Fall zu sein pflegt, wird von sachverständiger Seite ebenso auf den starken resp. zu starken Biergenuß zurückgeführt, wie ein erheblicher Theil der Verlegungen selbst.

Gerade in der Bekämpfung der Trunksucht kann der einzelne Arbeitgeber durch sachgemäßes Vorgehen von Fall zu Fall viel, ja mehr ausrichten, als der Staat oder große Vereine mit allgemeinen Vorschriften und Empfehlungen.

Eine andere, von Dechelhäuser zwar nicht erwähnte, immerhin aber wichtige Aufgabe der einzelnen Arbeitgeber erkenne ich in der Anhaltung und Gewöhnung der Arbeiter und ihrer Familien an Reinlichkeit und Ordnung. Diese Aufgabe läßt sich erfüllen, indem man nicht nur für peinliche Sauberkeit in den Fabrikräumen Sorge trägt, sondern indem man dieselbe auch in den Ess- und Aufenthaltsräumen der Arbeiter, soweit solche vorhanden sind, walten läßt. Wo derartige Räume noch nicht existiren, sollte man sie herstellen, denn nichts beeinträchtigt den Sinn für Ordnung und Reinlichkeit so sehr, als wenn man den Arbeitern gestattet, ihre Mahlzeiten in den Betriebsräumen einzunehmen.

Daß solche Bestrebungen von denjenigen Arbeitern, welche selbst Sinn für Ordnung und Sauberkeit haben, und es dürfte dies doch wohl

die Mehrzahl sein, bereitwilligst unterstützt werden, wird wohl mancher Arbeitgeber bereits erfahren haben. Die übrigen Arbeiter aber müssen hierzu erzogen und angehalten werden. Ja, zu solchem Zweck halte ich Straf-ordnungen, selbst strenge Strafordinungen sehr am Plage, weil reinlich und ordentlich zu sein in Jedermanns Macht und weil es zugleich im Interesse der Arbeiter selbst liegt, diese Eigenschaften zu erwerben und zu pflegen.*) Von der Fabrik wird alsdann auch der Sinn für Ordnung und Reinlichkeit in die Häuslichkeit der Arbeiter getragen werden und wo dies nicht von selbst geschieht, würde es eine dankenswerthe Aufgabe

*) Leider giebt es aber auch Arbeiter, denen Ordnung und Reinlichkeit geradezu zuwider sind und angebliche Vertreter der Arbeiterinteressen, für welche Freiheit und zügellose Unordnung identisch zu sein scheinen, welche meinen, man sollte in den industriellen Betrieben einen Jeden thun und machen lassen, was er will. Auch werden die Arbeitgeber gegen Verdächtigungen von Seiten gewisser Agitatoren selbst dann nicht geschützt sein, wenn sie in diesen und anderen Fragen ihre Arbeiter in loyalster Weise zu Rathe ziehen. Das wird natürlich diejenigen, die den Werth der Ordnung für beide Theile zu schätzen wissen und die den Weg der Verständigung mit ihren Arbeitern erst einmal betreten haben, nicht abschrecken, denn es kommt ja für sie nicht darauf an, was irgend ein Außenstehender denkt und sagt, sondern was ihre Arbeiter sagen und empfinden. So hat z. B. die Redaktion eines vor kurzem neu erschienenen sozialdemokratischen Blattes es für gut befunden, in ihrer Probenummer die für eine bestimmte Kategorie meiner Arbeiter vor längerer Zeit festgestellte (inzwischen übrigens mehrfach abgeänderte) Haus- und Strafordnung ihren Lesern als eine Art von „Büchthausordnung“ zu benutziren, weil die betreffenden Arbeiter nach ihrer Meinung thun könnten, was sie wollten, „ein Verstoß gegen die hohe Fabrik- und Haus-Polizei“ müsse allemal dabei herauskommen. Diese ehrenwerthe Redaktion, die mit den Verhältnissen eines Fabrikwesens kaum vertraut sein dürfte, hat natürlich auch nicht bedacht, daß die Arbeiter in den Brauereien nicht nur arbeiten, sondern auch essen, trinken und schlafen und daß aus diesem Grunde, namentlich aber wegen der Verabfolgung von Freibier, besondere Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Ordnung nothwendig sind. Auch scheint sie es für ausgeschlossen gehalten zu haben, daß die Mehrzahl der Arbeiter selbst den Wunsch haben könnte, gegen unordentliche und unsaubere Kollegen und Stubengenossen geschützt zu sein. Letzteres ist aber der Fall und so verdankt denn die von ihr verpönte Strafordnung ihre Existenz der Initiative der bei mir beschäftigten Braugehilfen, ja sie ist im wesentlichen nichts als eine Abschrift der von diesen unter sich verabredeten Bestimmungen. Wenn sich die ehrenwerthe Redaktion der Mühe unterzogen hätte, vor der Veröffentlichung ihrer Polemik bei den betreffenden Arbeitern Erkundigungen einzuziehen, so hätte sie auch erfahren, daß trotz der Unterschrift der Direktion die „hohe Hauspolizei“ in den unter meiner Leitung stehenden Betrieben lediglich durch die von den Arbeitern gewählten Kollegen ausgeübt wird und daß durch die zu zahlenden Strafgelder, über welche die Arbeiter selbst zu verfügen haben, der einzelne im Durchschnitt höchstens mit M. 1,50 per Jahr belastet wird, was bei einem jährlichen Einkommen von M. 1000 bis 2000 wohl erträglich erscheinen dürfte. Zur Charakterisirung der kampfesweise sozialdemokratischen Blätter sei noch hinzugefügt, daß die Redaktion die bezügliche Hausordnung zwar abgedruckt, aber alle die Bestimmungen fortgelassen hat, welche nicht Lasten, sondern Vortheile, welche nicht Verpflichtungen, sondern Rechte der Arbeitnehmer darstellen!

der Arbeitgeber sein, mit Hilfe der bereits erwähnten und sonstiger Mittel darauf hinzuwirken.

In dem oben angezogenen Bericht des „Vereins gegen Verarmung und Bettelei in Darmstadt“ heißt es in dieser Beziehung sehr richtig: „Dem beobachtenden Auge des Menschenfreundes stellt sich die überhandnehmende Unreinlichkeit meist als die unterste Stufe wirthschaftlichen Elends dar, welches theils durch eigene Schuld, theils durch Unglücksfälle herbeigeführt, den Armen jeden Lebensmuth genommen hat. Sie achten es nicht der Mühe werth, sich und ihre Kinder zu waschen oder ihre Kleider zu reinigen, die Zimmer und die Betten zu lüften; die Wände, Decken und Fußböden nehmen alle die gleiche dunkle Farbe an, und sehr bald gewöhnen sich solche Familien so an den Schmutz, daß sie ihn gar nicht mehr wahrnehmen. In der That, ein beklagenswerther Zustand, welcher nothwendig einen verderblichen Einfluß üben muß auf die Sitten solcher Familien, welchen er außerdem die Wege zu gutem Verdienst und zum Emporkommen verschließt. Vergeblich sind die Versuche, durch gute Lehren und sanfte wie ernste Ermahnungen, oder durch Geschenke von Kleidern den Sinn für Reinlichkeit wieder zu wecken; Alles versinkt alsbald wieder in die Unreinlichkeit der ganzen Umgebung. Es muß offenbar, um eine sichere Grundlage für Reinlichkeit und Ordnung in solchen Familien zu schaffen und sie bei ihnen einzugewöhnen, der Hebel angelegt werden durch Neuherstellung der Wohnungen“.

Daß die Besserung unserer sozialen Zustände in der Hauptsache aber davon abhängig ist, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben, daß vor allem ihre Einnahmen erhöht werden, darf wohl als zweifellos gelten. Deshalb hat auch Herr Dechelhäuser recht, wenn er, in Bezug auf die Aufgaben der Arbeitgeber, die für die Arbeiter günstige Gestaltung des Arbeitsvertrages sowohl hinsichtlich der Höhe des Lohnes, als der Dauer der Arbeitszeit obenanstellt; dies um so mehr, als auf den größten Theil der übrigen, die Lebenshaltung der Arbeiter beeinflussenden Faktoren, z. B. auf die Preise der Lebensmittel, auf die Bedürfnisse der Arbeiter, auf die Zahl der Geburten, weder die einzelnen, noch die Gesamtheit der Arbeitgeber irgendwelchen Einfluß haben. Umso mehr wird man aber von ihnen verlangen können, daß sie sich mit der Lohnfrage selbst ernstlich befassen, daß sie die Lohnsätze nicht lediglich nach dem Angebot der Arbeit, sondern zugleich nach ihren eigenen Verhältnissen, die Frage der Arbeitszeit nicht lediglich mit Rücksicht auf ihren Vortheil, sondern auch mit Rück-

sicht auf die Arbeiter zu reguliren streben. Derjenige, der — ohne daß seine Verhältnisse es bedingen — jede Gelegenheit ergreift, billigere Arbeitskräfte als bisher zu beschaffen, handelt nach der Theorie des Manchesterthums, wonach alle Preise lediglich durch Nachfrage und Angebot regulirt werden sollen, klug und weise, nach Ansicht derjenigen aber, welche das jetzige Verhältniß zwischen Arbeit und Kapital nicht für recht und gerecht halten, nicht besser als ein Wucherer. Darin liegt der Fehler unserer heutigen Zeit, daß man die Arbeit als eine Waare betrachtet, die man im Preise beliebig herabzudrücken bestrebt sein dürfe oder gar müsse.

Was die jetzigen, weit unter dem Durchschnitt stehenden Lohnsätze eines großen Theils der industriellen Arbeiter betrifft, so sind dieselben allerdings nicht immer auf ein absichtliches Herabdrücken, sondern auch, wie vieles Andere, auf langjährige Gewohnheit, auf eine gewisse Indolenz von beiden Seiten, oder auch darauf zurückzuführen, daß die Lebenshaltung und die Lebensgewohnheit der Arbeiter in gewissen Gegenden auf einem so niedrigen Niveau stehen, daß jener karge Lohn für die bisherige Art zu leben gerade zureicht.

Mit Recht ruft Dechselhäuser diesen und den übrigen Arbeitgebern zu: wollt ihr den sozialen Frieden wenigstens in eurem eigenen Haus erhalten oder herbeiführen, so erhöht eure Löhne freiwillig! Wartet nicht ab, bis euch eine solche Erhöhung abgezwungen wird!

Gewiß wird es Unternehmer, wird es ganze Branchen geben, denen eine Lohnerhöhung für jetzt unmöglich ist; aber eben so sicher giebt es andere, die hierzu wohl in der Lage gewesen sind und noch sind und die dennoch, sei es aus Eigennutz, sei es aus Lässigkeit oder aus Rücksicht auf die Konkurrenz seit Jahren jegliche Lohnerhöhung unterlassen haben. Als unwiderleglicher Beweis dafür, daß niedrige Lohnsätze nicht immer mit schlechten Konjunkturen oder mit dem Darniederliegen gewisser Branchen zusammenhängen, darf die schon oben angeführte Thatfache gelten, daß die Lohnsätze in den verschiedenartigsten Betrieben gewisser Gegenden überaus niedrige sind und daß auch gleichartige Betriebe in ein und derselben Gegend verschiedene Lohnsätze aufweisen. So ist z. B. der Durchschnittslohn*) in der schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft nur 580 Mk., der der nordwestlichen

*) Siehe „Die Berufsgenossenschaft“ II. Jahrgang Nr. 6 und 7 Seite 49.
Roefide, Arbeiterschutz.

Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft dagegen 808 Mk. per Jahr. So ist der Durchschnittslohn der ost- und westpreussischen Brauereien nur 534 bez. 588 Mk., der ihrer nord- und süddeutschen Berufsgenossen dagegen 900 bis 1000 Mk. per Jahr. Noch drastischer tritt das Mißverhältniß bei der Textilindustrie hervor, deren Fabrikate doch nur zum geringsten Theil an den Produktionsplätzen selbst Absatz finden. So beträgt der Durchschnittslohn der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft Mk. 624, der der süddeutschen Textilberufsgenossenschaft Mk. 540 und der der schlesischen nur Mk. 388; und doch müssen alle diese Fabriken im In- und Auslande zu gleichen Verkaufspreisen mit einander konkurriren! Werden etwa die geringen Lohnsätze in den Provinzen Schlesien und Preußen, im Königreich Sachsen zc. durch billigere Preise für Lebensmittel, Miethe und Kleidung, durch geringere Steuern und dergl. auch nur im Entferntesten ausgeglichen? Sicherlich nicht! Wie viel, wie unendlich viel wäre schon erreicht, wenn nur ein dem jetzigen Durchschnitt entsprechender Lohnsatz überall in Deutschland eingeführt würde! Wie viel wäre schon erreicht, wenn jeder Arbeitgeber sich von Zeit zu Zeit gewissenhaft fragte, ob er unter Berücksichtigung seiner Einnahmen und seines eigenen Verdienstes eine Lohnsteigerung eintreten lassen kann und zur That schritte, sobald er sich diese Frage bejahen muß. Und in vielen Fällen würde eine Lohnerhöhung die betreffenden Arbeitgeber nicht einmal schädigen, indem ihre Konkurrenten gezwungen würden, ein Gleiches zu thun und die gesammte Branche durch theilweise Erhöhung ihrer Waarenpreise nicht nur die Mehrkosten ausgleichen könnte, sondern möglicherweise vor einer verderblichen Ueberproduktion bewahrt werden würde. „Leben und leben lassen“, dieser Grundsatz sollte mit goldenen Lettern über allen Thüren der deutschen Fabriken stehen und jedem Arbeitgeber zur Richtschnur dienen.

Daß dieser Grundsatz heute bei uns noch nicht gilt, daß es noch Lohnsätze giebt, die thatsächlich zum Leben nicht genügen,*) daß es Arbeit-

*) Nach einer von Dr. Böhmert veranstalteten Ermittlung kommen auf 100 Arbeiter nur 65 und auf 100 Arbeiterinnen sogar nur 51, die sich genügend ernähren. — Hierzu wird in den Jahresberichten der Königl. Sächsischen Gewerbe- und Berginspektoren (Seite 63 und folgende) bemerkt, daß, „wenn die Arbeiter nicht immer die rechten, ihren körperlichen Leistungen entsprechenden Speisen genießen und namentlich die animalen Nährstoffe nicht in den Mengen zur Verwendung bringen, in welchen dies zur Fräftigung des Körpers nach der Arbeit erwünscht ist, so liegt dies, leider auch nicht selten daran, daß das Verhältniß der Einnahmen zu den nöthigen Ausgaben ein unbefriedigendes ist.“

geber giebt, denen es selbst an nichts fehlt und die sich trotzdem nicht scheuen, Löhne zu zahlen, welche kaum für die Erhaltung des Einzelnen, geschweige denn einer ganzen Familie genügen, bedarf wohl keines Beweises!

Der Abgeordnete Henning, welcher sich so energisch gegen die Beschränkung der Frauenarbeit in der Textilindustrie aussprach und als Argument dagegen u. a. anführte, daß der Durchschnittslohn der erwachsenen Arbeiter in der schlesischen Textilindustrie ohne Mithilfe der Frauen nicht zum Leben für eine Familie ausreiche, wird nicht leugnen können, daß es in Schlesien Spinnereien giebt, die ausschließlich Frauen beschäftigen — und wahrlich nicht aus bloßem Interesse für diese — daß es Fabrikanten giebt, welche selbst bei einer erheblichen Lohnsteigerung noch nicht zu Grunde gehen, noch nicht die Fabrikation einzustellen brauchen. Ein Lohnsatz von durchschnittlich 1 Mk. per Arbeitstag ist so unerhört gering, daß eine Enquête zu empfehlen wäre, um zu untersuchen, durch welche Mittel es gelingen ist, in heutiger Zeit einen solchen Lohnsatz aufrecht zu erhalten resp. die Löhne auf ein so niedriges Niveau herabzudrücken.

Es gilt heutzutage als ein strafwürdiges Vergehen, wenn jemand die Gesundheit seiner Mitmenschen durch Herstellung oder Zerkleinerung von Nahrungsmitteln bewußt oder unbewußt schädigt, es wird aber als vollkommen statthaft angesehen, wenn Arbeitgeber unter Ausnutzung der sich darbietenden Verhältnisse die Löhne soweit herabdrücken, daß die betreffenden Arbeiter und deren Familien dabei nicht bestehen können, sondern langsam zu Grunde gehen müssen. Ein wehmüthiges Gefühl muß alle wahren Menschenfreunde beschleichen, wenn sie sich sagen müssen, daß es in Deutschland noch Orte giebt, in denen ein Tagelohn von 75—90 Pf. als ortsüblich gilt, daß von einem so winzigen Lohn ganze Familien ihr Leben fristen müssen.

Aber nicht nur der einzelne Arbeitgeber, sondern auch — wie Dechselhäuser sehr richtig sagt — der Staat, die Kommunen müßten die gleichen Grundsätze acceptiren, ja, mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist in der That ein Widerspruch, wenn die Regierung ihre Arbeiterfreundlichkeit betont und nicht die wichtigste Pflicht den eigenen Arbeitern gegenüber erfüllt, d. h. ihnen Löhne gewährt, welche ein auskömmliches Leben gestatten. Daß letzteres nicht immer der Fall ist, dafür bieten die Lohnverhältnisse der preussischen Staatsbahnen einen vollgiltigen Beweis.

Auf den meisten in Berlin einmündenden Eisenbahnen wird den Tagelöhnern, d. h. also den nicht fest angestellten und nicht pensionsberechtigten Arbeitern, auf den Strecken ein Lohn von Mk. 1,50—1,80 im Sommer, und von Mk. 1,40—1,70 im Winter, auf den Bahnhöfen ein solcher von Mk. 1,60—2,00 per Tag gewährt. Diese Sätze beziehen sich auf Strecken und Stationen, die nicht weit von der Reichshauptstadt entfernt liegen, also durchaus nicht auf Gegenden, wo etwa der Lebensunterhalt ein außergewöhnlich billiger ist. Ja, selbst auf den Berliner Bahnhöfen kommen Löhne vor, die erheblich unter dem ortsüblichen Durchschnittsatz stehen. Auf entfernteren Stationen geht der Lohnsatz sogar bis auf Mark 1,20 für eine 10stündige Arbeitszeit herunter. Das sind denn doch Lohnsätze, von denen nur diejenigen behaupten können, daß sie zum Leben genügen, die überhaupt nicht wissen, was das Leben kostet, oder aber diese Frage noch niemals erwogen haben. Ich glaube kaum, daß in irgend welchen industriellen Betrieben der betreffenden Gegenden so niedrige Lohnsätze gezahlt werden. Der Staat, der doch immer nur Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck ist und sein kann, der selbst vom geringsten Arbeiter in Form der indirekten Steuern seinen Tribut fordert, sollte sich scheuen, so geringe Löhne zu zahlen. Mit Hilfe geringer Arbeitslöhne sind billige Fracht- und Fahrtarife in der That zu theuer erkauft, umsomehr, als den Nutzen daraus doch nur diejenigen ziehen, die im Vergleich mit jenen Arbeitern zu den Wohlhabenden gezählt werden müssen.

Auch alle diejenigen, welche nicht zur eigentlichen Klasse der Arbeitgeber gehören, aber dennoch in der Lage oder gezwungen sind, Arbeiter zu beschäftigen, sollten eingedenk sein, daß noblesse oblige auch für ihr Verhältniß zu diesen Arbeitern gelten muß. Leider ist auch hier sehr häufig das Gegentheil der Fall. Gehört es doch nicht zu den Seltenheiten, daß in den Gärten und Forsten fürstlicher und solcher Personen, die über Millionen zu verfügen haben, Arbeiter mit einem selbst für die bescheidensten Verhältnisse ungenügenden Lohn beschäftigt werden. Wenn auch hierin Gesetze schwerlich etwas zu ändern vermögen, so sollte wenigstens die öffentliche Meinung, so sollte die Presse, welche dieselbe vertritt, Wandlung zu schaffen suchen, indem sie rücksichtslos jeden einzelnen Fall aufdeckt und namhaft macht, wo jemand — gleichviel ob er zur Zahl der Fabrikanten oder zu irgend einem anderen Kreise gehört — ohne durch die Verhältnisse gezwungen zu sein, Löhne zahlt,

die erheblich unter dem Durchschnittsniveau stehen, die kaum für die Erhaltung des Einzelnen, sicherlich aber nicht für eine Familie genügen. Wenn es richtig ist, daß „das Steigen des Arbeitslohnes gleichen Schritt hält mit dem moralischen Fortschritt eines Volkes“, so hätten die gebildeten Klassen von ganz Deutschland alle Ursache, die Erhöhung der Arbeitslöhne zu befürworten.

Leider gehört aber die freiwillige Lohnerhöhung noch zu den Seltenheiten und deshalb können die Sozialdemokraten mit Recht darauf hinweisen, daß die Arbeiter sich jede Aufbesserung ihres Einkommens erst erkämpfen müssen. Ein Arbeiter, der mir gegenüber seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei damit begründete, daß die Löhne in seinem Gewerbe zu niedrige seien und auch ein Strike wegen des zu großen Arbeitsangebots keine Besserung verspreche, war ganz erstaunt, als ich ihm sagte, daß doch durch freiwillige Lohnerhöhung seitens der Arbeitgeber, auch ohne Umwandlung der jetzigen Gesellschaftsordnung nach sozialdemokratischem Muster, eine Besserung herbeigeführt werden könnte. Er hatte eine solche Möglichkeit für ausgeschlossen gehalten, denn die arbeitenden Klassen glauben so wenig an eine Besserung ihrer Verhältnisse durch die Hilfe der Arbeitgeber, daß sie dieselbe bei ihren Kombinationen gar nicht in Betracht ziehen. Um so vorteilhafter, um so versöhnlicher würde und müßte ein derartiges Vorgehen seitens der Arbeitgeber wirken.

Während von Dechselhäuser und allen denen, welche eine baldige Besserung der Arbeiterverhältnisse erstreben, eine freiwillige Erhöhung der Löhne befürwortet wird, findet in Deutschland nicht selten durch das unvernünftige gegenseitige Unterbieten der Arbeitgeber bei Submissionen und sonstigen Offerten eine zwangsweise Lohnherabsetzung statt, wodurch nicht nur die Arbeitnehmer, sondern die Gesamtheit der Arbeitgeber auf die Dauer geschädigt werden muß, wenngleich auch der Eine oder Andere einen zeitweisen Vortheil damit erzielen kann. Die Regierungen und sonstigen Behörden könnten übrigens insofern sehr leicht zu einer Besserung in dieser Beziehung beitragen, als sie bei Submissionen nicht danach fragen sollten, wer ist der objektiv, sondern wer ist der relativ billigste, d. h. wer zahlt im Verhältniß zu seinen Preisen die höchsten Arbeitslöhne.

Der freisinnige Abg. Schmidt war es, welcher am 8. Juni d. J. im Reichstage u. a. folgende zutreffende Kritik übte: „Das Unglück bezüglich der niedrigen Preise ist das, daß viele deutsche Fabrikanten die Berechtigung ihrer

Nachbarn nicht anerkennen, daß sie das Leben und Lebenslassen nicht kennen, daß sie eine Bestellung ohne genügenden Gewinn annehmen, nur damit sie der andere nicht bekommt, oder daß sie sich unter den Druck von Großhändlern und Exporteuren fügen und es nicht über's Herz bringen können, eine Bestellung abzulehnen, die ihnen keinen genügenden Gewinn bringt. Diese rücksichtslose Konkurrenz, die wesentlich mit hervorgerufen worden ist durch unser jetziges Wirtschaftssystem, drückt die Waarenpreise herunter und muß natürlich auch die Löhne drücken und daraus werden dann die Gründe gesucht, um zeitgemäße Reformen in Bezug auf die Frauen- und Kinderarbeit zu vereiteln. Meine Herren, wenn das anders wird, wird es auch möglich sein, höhere Preise zu erzielen und höhere Löhne zu zahlen."

Das gegenseitige Unterbieten und der daraus resultierende ungenügende Gewinn der Unternehmer hat es z. B. in Dessau dahin gebracht, daß im dortigen Baugewerbe, welches von auswärtiger Konkurrenz doch nur wenig oder gar nichts zu leiden hat, die Löhne noch heute um 40% niedriger als in Berlin, und um 25% niedriger als in Leipzig sind, ein Verhältniß, welches um so weniger gerechtfertigt erscheint, als die Bauhätigkeit in Dessau eine sehr rege ist. Ist aber durch solche Verhältnisse ein derartiger Zustand einmal geschaffen, so wird es natürlich dem einzelnen Arbeitgeber schwer, sich von dessen Einfluß zu befreien und für seine Person Löhne einzuführen, welche die ortsüblichen Sätze übersteigen. Gewiß wären Zustände wie die geschilderten in einzelnen Theilen Deutschlands nicht möglich, wenn die Arbeiter immer die Mittel besäßen, von der Freizügigkeit Gebrauch zu machen, wenn der Deutsche nicht so sehr an der Scholle klebte und ein besserer Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage bewirkt werden könnte.

Darin kann ich aber Herrn Dechelhäuser nicht zustimmen, „daß in der allgemeinen Krisis, die seit Jahren auf uns lastet, dreiviertel aller Arbeitgeber außer Stande waren, selbst beim besten Willen die Arbeitslöhne oder Akkorde nur im mindesten zu erhöhen.“ Wäre das wirklich wahr, so würde damit einerseits bewiesen sein, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse noch schlechtere sind, als sie selbst von den entschiedensten Gegnern des jetzigen Systems geschildert werden, andererseits würde die Befolgung der Dechelhäuser'schen Rathschläge, soweit sie auf der Initiative der Arbeitgeber beruhen, geradezu unmöglich sein. Nein, für so traurig halte ich die deutsche Geschäftslage doch nicht. Ich glaube

vielmehr umgekehrt, daß kaum ein Viertel aller Arbeitgeber mit gutem Gewissen behaupten kann, daß ihnen eine Steigerung der Arbeitslöhne in den letzten Jahren unmöglich gewesen ist. Für diese Annahme bieten die Resultate der industriellen Aktiengesellschaften um so eher einen Anhalt, als doch die Besitzer privater Unternehmungen noch wohlfeiler zu arbeiten im Stande sind, als jene.

Die Durchschnitts-Dividende der industriellen Gesellschaften, deren Aktien an den Börsen Berlin, Dresden und Leipzig gehandelt werden und deren Resultate in Saling's Börsenbuch resp. in dem Handbuch für die sächsischen Börsen näher angegeben sind, betrug für die beiden letzten Jahre 6,39 % resp. 6,08 % (im Mittel also 6,23 %) des sich auf 440541000 resp. 449903000 Mark belaufenden Aktienkapitals. Die effektiv gezahlten Löhne sind bei 32 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 69902000 Mark angegeben; sie betrugen bei diesen in Summa 4580823 Mark, also 6,5 % des Aktienkapitals.

Nimmt man nun an, daß die Lohnsumme bei den übrigen Gesellschaften im gleichen Verhältniß zum Aktienkapital steht, so würde eine Erhöhung der Löhne um 10 % innerhalb der letzten beiden Jahre bei obigen 218 Gesellschaften nur den zehnten Theil der vertheilten Dividende ausgemacht, diese also nur um 0,65 % oder von 6,23 % auf 5,58 % reduziert haben; eine Reduktion, die noch nicht einmal der Herabsetzung des Zinsfußes bei den meisten Staatspapieren innerhalb dieses Zeitraumes gleichkommt. Wollte man aber auch annehmen, daß nur diejenigen Industriezweige, deren Dividenden den Durchschnittssatz von 6,23 % übersteigen, eine Erhöhung ihrer Löhne bewirken konnten, so würden von den 13 in Betracht gezogenen Industriegruppen immerhin 7, also mehr als die Hälfte hierzu in der Lage gewesen sein.^{*)}

Die Dechselhäuser'sche Behauptung würde daher, meines Erachtens, nur dann zutreffen, wenn man den industriellen Unternehmern — wie es die Agrarier allerdings für sich in Anspruch nehmen — ein Recht auf einen gewissen Gewinn resp. auf einen gewissen Preis ihrer Arbeit zusprechen wollte, ein Recht, das man den Arbeitern selbst verweigert!

Aber gleichviel, wie die augenblicklichen Verhältnisse liegen, so kommen doch in jeder Industrie gute und schlechte Zeiten, gute und schlechte Konjunkturen vor. — Es heißt in der That nicht zu viel von den Be-

^{*)} Bei der obigen Berechnung sind die Bergwerks- und Hütten-, sowie die Terrain-Gesellschaften außer Betracht gelassen, weil die Rentabilität dieser Unter-

triebsunternehmern verlangt, wenn man sie für verpflichtet hält, wenigstens die guten Zeiten zu einer freiwilligen Aufbesserung der Löhne ihrer Arbeiter zu benutzen. Eine solche freiwillige, den eigenen Verhältnissen entsprechende Verbesserung der Lage der Arbeiter wird man allerdings nicht von denen erwarten können, die da meinen, daß der Gewinn der Unternehmer noch lange nicht groß genug sei, daß die Verhältnisse der arbeitenden Klassen im Vergleich zu früher schon jetzt ganz vortreffliche seien, die nicht müde werden über die gesteigerten Ansprüche ihrer Arbeiter zu klagen, ohne darüber nachzudenken, wie ihre eigenen Bedürfnisse gestiegen sind, die sich nicht scheuen nach staatlicher Hilfe zu rufen, sobald ihre eigene Lage durch äußere Verhältnisse bedroht erscheint, dagegen den Schutz des Staates zu Gunsten der Arbeiter mit Entrüstung verwerfen. — Während man es heute allgemein für berechtigt hält, durch Herabsetzung der Löhne und entsprechende Verringerung der Waarenpreise die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, gilt es fast für ein Vergehen derselben Konkurrenz gegenüber, wenn jemand die Löhne seiner Arbeiter, ohne Rücksicht auf seine Berufsgenossen, über den ortsüblichen Satz erhöht. Während die aus günstigen Konjunkturen, aus Schutzzöllen, Exportprämien zc. für die Arbeitgeber sich

nehmungen in vielen Fällen unabhängig ist von der allgemeinen Geschäftslage, vielmehr von zufälligen Faktoren bedingt wird.

Für die übrigen in 13 Gruppen getheilten Unternehmungen stellt sich der Ertrag während der letzten beiden Jahre folgendermaßen:

Laufende Nr.	Anzahl	Industrie-Gruppen	1885 resp. 1884/85			1886 resp. 1885/86			Durchschn.-Zins- heber-Jahre: pCt.
			Aktien- Kapital M.	Dividende M.	Durchschn.- Zins in pCt.	Aktien- Kapital M.	Dividende M.	Durchschn.- Zins in pCt.	
1	9	Brennmaterial	13565000	9932257,32	14015000	7406755,28	6,28		
2	9	Metallverarbeitung . .	22364800	10920424,88	22294800	8138943,65	4,27		
3	37	Maschinenbau-Anstalten	73047100	48581386,65	76569100	45691305,97	6,30		
4	12	Chemische Fabriken und Färbereien	36810000	19215405,22	36810000	22157406,02	5,62		
5	8	Beleuchtung	32240000	27842008,64	33440000	24480007,32	7,97		
6	18	Webereien u. Spinnereien	39302500	23595256,00	37602500	15551004,13	5,09		
7	18	Papier- u. Leber-Fabriken	23786600	17304407,27	23786600	12842415,40	6,34		
8	45	Brauereien	58519300	43386607,41	63229300	53588118,48	7,97		
9	1	Brennerei	750000	375005,00	750000	487506,50	5,75		
11	6	Zucker-Fabriken	16200000	7905004,88	16200000	4290002,65	3,76		
10	6	Gummi-Waaren	6530000	75370011,54	6530000	6164009,44	10,49		
12	22	Verkehrs-Anstalten . .	81190300	50272086,18	82490300	56865766,89	6,54		
13	27	Verschiedene	36235400	14819174,09	36185400	15740394,35	4,22		
218			440541000	281685956,39	449903000	273403566,08	6,23		

ergebenden Vortheile meist eingestrichen werden, ohne daß die Arbeiter irgend welchen Antheil daran haben, werden die Gesuche um staatliche Hilfe und staatlichen Schutz von Seiten der Arbeitgeber u. a. auch damit begründet, daß die Steigerung der Lohnsätze die Produktionskosten vermehrt und somit den Unternehmergewinn geschnälert habe. Die öffentliche Meinung ist es, die hier allein Abhilfe schaffen, durch deren Einfluß eine Wendung zum Besseren herbeigeführt werden kann und muß.

Was die behufs Besserung der Lage der arbeitenden Klassen vielfach befürwortete Betheiligung der Arbeiter am Gewinn der Unternehmer betrifft, so kann eine solche als bloßer Ersatz für die bisherige Lohnhöhe wohl überhaupt nicht, vielmehr immer nur als Ersatz für eine Erhöhung der Löhne in Frage kommen. — In einzelnen Betrieben ist eine Gewinnbetheiligung bereits eingeführt und somit allerdings der Beweis geliefert, daß das System an sich nicht unmöglich ist. Es fragt sich nur, ob eine Betheiligung der Arbeiter am Gewinn für alle Betriebsarten zulässig und für beide Theile empfehlenswerth, namentlich aber für die Arbeitnehmer vortheilhaft ist. Dechelhäuser bezweifelt, daß eine solche Organisation jemals in größerem Umfange Platz greifen wird u. a. deshalb, weil eine Betheiligung am Gewinn ohne Betheiligung am Verlust nicht durchführbar sei.

Zunächst wird man die Frage der Gewinnbetheiligung mit der der Kollektivproduktion resp. mit der der Produktivgenossenschaften, deren Zweckmäßigkeit ich hier ebenso dahingestellt sein lasse, wie die Möglichkeit ihrer allgemeinen Einführung, weder vergleichen noch verwechseln dürfen. In diesen letzteren muß allerdings der einzelne Genosse nicht nur am Gewinn, sondern auch am Verlust theilhaft sein; in diesen gehört aber auch das Anlagekapital nicht einem Einzelnen, sondern Allen gemeinsam. Daß die jetzigen Betriebsunternehmer aus ihren Betrieben, soweit dieselben auf solider Grundlage basiren und überhaupt einen Gewinn abwerfen, Produktivgenossenschaften machen und quasi ihr Eigenthum freiwillig unter ihre Arbeiter vertheilen sollten, ist weder zu verlangen, noch jemals zu erwarten. Ganz etwas Anderes ist die, in Wirklichkeit nur eine andere Art der Löhnung darstellende Gewinnbetheiligung der Arbeiter. Bei dieser braucht eine Betheiligung am Verlust ebensowenig stattzufinden, wie bei der Löhnung nach festen Lohnsätzen. Im Gegentheil, da auch die bisherige Lohnzahlung erfolgen muß ohne Rücksicht, ob sich für den Unternehmer später ein Verlust ergibt, so würde es fast

als unlogisch bezeichnet werden müssen, wenn man eine als Ersatz für die Erhöhung fester Lohnsätze eingeführte Gewinnbetheiligung der Arbeiter mit einer Betheiligung am Verlust verbinden wollte. Eine Betheiligung am Verlust würde nicht nur einen gewissen Kapitalbesitz voraussetzen, sondern auch ein Einflußrecht der Arbeiter auf die Leitung des Unternehmens zur Folge haben müssen; ein Recht, welches die einheitliche Leitung zu schädigen geeignet und weder vortheilhaft für den industriellen Betrieb selbst, noch nützlich für die Anbahnung des sozialen Friedens sein würde. — Auch die Direktoren von Aktiengesellschaften, von deren Thätigkeit obenein die Rentabilität der betreffenden Unternehmungen sehr häufig abhängt, partizipiren, zuweilen sogar in erheblichem Maße, am Gewinn, ohne am Verlust irgendwie theilhaftig zu sein. —

Aber auch ohne Rücksicht auf eine Betheiligung am Verlust wird man die Frage der Gewinnbetheiligung, soweit sie die Arbeiter betrifft, in zwei Theile theilen und erstens fragen müssen: ist eine Gewinnbetheiligung nützlich, wenn sie den Lohn völlig in Gewinnanteile umwandelt, gleichviel ob dadurch im Durchschnitt eine größere oder geringere Einkommenserhöhung bewirkt wird, und zweitens: ist eine Gewinnbetheiligung für die Arbeiter wünschenswerth, wenn sie ihnen außer dem bisherigen festen Lohn einen gewissen Antheil am Gewinn, also eine variable Lohnsteigerung, resp. Prämie zusichert?

Im ersteren Falle muß die Frage entschieden verneint werden, denn selbst bei einem im Durchschnitt erheblich höheren Einkommen, als es die meisten Arbeiter in Deutschland jetzt haben, erscheint es vom wirtschaftlichen Standpunkte aus verwerblich, dasselbe durch die Gewinnbetheiligung auf ein unbestimmtes, veränderliches Niveau zu bringen. Die Arbeiter würden sich in dem einen Jahr, wo das Einkommen höher ist, an ein besseres Leben gewöhnen und im nächsten Jahr, wo das Einkommen geringer ist, eine Minderung nicht sogleich herbeiführen können. Da sie außerdem gegen falsche Dispositionen oder Spekulationen der Betriebsunternehmer, die bei den jetzigen Verhältnissen trotz redlichstem Willen kaum zu vermeiden sind, nicht geschützt werden könnten, so würde auch ohne Betheiligung am Verlust ihr Einkommen plötzlich auf Null herabsinken und sie somit in große Noth veretzt werden können. Unsere Staatsbeamten z. B., deren Gehälter, wenn auch nicht hoch, so doch auskömmlich sind, würden schwerlich dabei bestehen können, wenn ihr Einkommen nicht absolut stabil wäre.

Auch die zweite Frage ist nicht zu bejahen; denn selbst wenn ein fester Lohnsatz die Grundlage bildete und die Gewinnbetheiligung nur ein Plus darstellte, so würde doch jede feste Lohnerhöhung für die Arbeiter vorzuziehen sein. Herr Dechelhäuser hat recht, wenn er sagt, die Arbeiter bedürfen fester Einnahmen, nach welchen sie ihr Leben zweckmäßig einrichten können. — Es kommt hinzu, daß auch für die Unternehmer bei festem Lohnsatze eine weit bessere Unterlage für deren Kalkulationen geboten ist, als bei einer Gewinnbetheiligung und daß der häufige Wechsel der Arbeiter innerhalb des Geschäftsjahres eine Gewinnberechnung und somit auch eine Gewinnbetheiligung für viele unmöglich macht.

Ich stimme daher, wenn auch aus etwas anderen Gründen, mit Herrn Dechelhäuser darin überein, daß in unserer heutigen Wirtschaftsordnung für den Arbeiter höhere Löhne werthvoller sind, als jede Art von Gewinnbetheiligung.

Daß der Antheil des Unternehmers am Gewinn aus Arbeit nach und nach verringert, daß der Antheil der Arbeiter nach und nach vermehrt werden muß und wird, das geben auch Nichtsozialisten ohne weiteres zu. Es wird sich nur darum handeln, ob dieser Prozeß auf friedlichem oder nur auf revolutionärem Wege durchgeführt werden kann und wird.

Der Gewinn der Unternehmer muß in ein gerechteres Verhältniß zu dem Lohn der Arbeiter gebracht werden. Wie dieses Verhältniß zu finden, wie dasselbe ein- und durchzuführen ist, das ist die Frage, die noch der Lösung bedarf. Darüber aber werden die Arbeitgeber sich klar sein müssen, daß eine Lösung ohne Opfer von ihrer Seite nicht möglich ist. Wir brauchen diese Opfer nicht der Summe derjenigen Lohnerhöhung zu entsprechen, die zur Aufbesserung des Lebensunterhalts der arbeitenden Klassen nothwendig ist. Dechelhäuser weist mit Recht darauf hin, daß in „Ländern des höchsten Arbeitslohnes die Unternehmungen aller Art am besten, in Ländern des niedrigsten Arbeitslohnes am schlechtesten rentiren.“ Allerdings glaube ich, daß diese Thatsache weniger auf die „gesteigerte Anwendung von Maschinen“ — denn diese würden ja auch das Arbeitsangebot wieder steigern — sondern auf den größeren Konsum der besser situirten Arbeiter zurückzuführen ist. Der gesteigerte Konsum der letzteren wird aber nicht die Produktion der Luxusartikel, sondern die Produktion der einfacheren und billigeren Artikel, also auch die Nachfrage nach Arbeitern der untersten Lohnstufen begünstigen und somit den bedürftigsten Arbeiterklassen am meisten zu Gute kommen.

Ähnlich wie bei den Lohnverhältnissen liegen die Verhältnisse in Bezug auf die Arbeitszeit. Auch hier kann der einzelne Arbeitgeber zur Besserung der Lage der Arbeiter viel thun, wenn er nur erst die Verpflichtung anerkennt, überhaupt etwas thun zu müssen. Diese Verpflichtung erkennen jedoch nur wenige an; ja die meisten Arbeitgeber, welche an einer zu langen Arbeitszeit festhalten, haben wohl die Frage noch nicht einmal ernstlich erwogen, ob sie ohne Schädigung ihrer eigenen Interessen dieselbe zu verkürzen im Stande sind. Und doch dürfte diese Frage in einer sehr großen Zahl von Fällen zu bejahen sein. Auch hier liegt es häufig nur an der alten Gewohnheit, an der Rücksicht auf die Konkurrenz, daß eine Besserung aufgehalten wird. In den „Berichten über die Fabrikinspektion in der Schweiz 1884 und 1885“ findet sich ein drastischer Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Ein in einer Kantonshauptstadt ansässiger Buchdruckereibesitzer, der wiederholt um Gewährung von Ueberarbeit (d. h. über die gesetzliche Normalarbeitszeit hinaus) eingekommen war, begründet dieses Gesuch folgendermaßen: „Was mich veranlaßt hat, an den Werktagen um je 2—3 Stunden Abends die gewohnte Arbeitszeit auszudehnen, ist die Konkurrenz, speziell diejenige mit dem andern Morgenblatt unserer Stadt, das auch Nachts gedruckt wird, mit dem ich in dem raschen Bringen von politischen Nachrichten und Annoncen möglichst rivalisiren möchte. Sofern Sie also dem Drucker der anderen Zeitung die Nachtarbeit gestatten, so möchte ich Sie höflichst bitten, mir dieselbe auch zu erlauben. Wenn Sie aber Jemem die Nachtarbeit verweigern, so bin ich bereit, in Zukunft meine Zeitung innerhalb der gestatteten 11-stündigen Arbeitszeit zu drucken. Ich bin sogar so frei, Sie höflichst zu ersuchen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob den beiden konkurrirenden Blättern die Nachtarbeit nicht ganz zu verweigern sei? Wenn dieser Faktor in der Konkurrenz für beide Blätter gleichmäßig gekürzt wird, so muß das Resultat dasselbe sein.“ — Dieses Beispiel ist typisch und findet seine Bestätigung auch in den Berichten der sächsischen und preussischen Fabrikinspektoren. So berichtet der Fabrikinspektor für den Bezirk Plauen, daß ein Unternehmer die in dortigen Fabriken theilweis noch übliche, außergewöhnlich lange Arbeitszeit damit begründet hätte, daß er eine Aenderung nicht eintreten lassen könne, „so lange andere Arbeitgeber des nämlichen Industriezweiges die von Alters her eingeführte tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden beibehalten.“

Wenn nur die betreffenden Arbeitgeber einmal den Versuch einer Aenderung wagen wollten, so würden sie bald sehen, daß diese Furcht vor der Konkurrenz in den meisten Fällen gar nicht begründet ist, daß vielmehr in 9 unter 10 Fällen bei kürzerer Arbeitszeit ebensoviel geleistet werden kann, als bei zu langer Arbeitsdauer. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß Menschen, die bereits 12 oder 13 Stunden an einem Tage gearbeitet haben, nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit und Energie weiter arbeiten können, wie die, welche erst 7 bis 8 Arbeitsstunden hinter sich haben.

In den mehrfach erwähnten Verhandlungen des Reichstages konstatierte der Abgeordnete Schmidt, daß ihm von zwei Mitgliedern des Hauses, welche Fabriken in Sachsen besitzen, ausdrücklich bestätigt worden sei, daß sie bei der von ihnen neuerdings eingeführten kürzeren Arbeitszeit keinen Schaden hätten, weil innerhalb der kürzeren Zeit ebensoviel gearbeitet würde, wie früher bei der längeren Arbeitszeit. So berichtet auch der Fabrikinspektor für die Provinz Hessen-Nassau, daß die dortigen Glasfabriken, in welchen vor 10 Jahren eine 14-stündige Arbeitszeit (einschließlich Pausen) üblich war, dieselbe in eine durchschnittlich 10-stündige (einschließlich Pausen) umgeändert haben und daß von Betriebsleitern bestätigt würde, daß nunmehr die Arbeiter in derselben Stundenzahl mehr leisten, als früher bei der langen Arbeitszeit. Nun, wenn einzelne Arbeitgeber eine so bedeutende Verbesserung ohne Schaden für ihre Betriebe vornehmen können, dann darf man wohl die Wahrheitsliebe anderer Arbeitgeber derselben Branche mit Recht bezweifeln, die behaupten, daß jede Aenderung unmöglich sei. In den Jahresberichten der Fabrikinspektoren vom Jahre 1885 heißt es ferner: „Sogar in gleichartigen, einer und derselben Industrie dienenden Betrieben bestehen in dieser Beziehung oft erhebliche Unterschiede. . . . Trotz der Gleichartigkeit der natürlichen Norm, welche die Bemessung der täglichen Arbeitszeit in der menschlichen Leistungsfähigkeit zu finden scheint, sind die Verschiedenheiten oft so weitgehend, daß dasjenige, was nach jener natürlichen Norm nur als Ausnahme möglich scheint, zur Regel wird.“ — — An einer anderen Stelle heißt es: „Während z. B. die Entlader in einem Hüttenwerk regelmäßig eine 12- bis 13-stündige Schicht haben, müssen sie in anderen ebenso regelmäßig zwei bis vier Ueberstunden machen, also täglich 14 bis 16 Stunden arbeiten, und ganz dasselbe wiederholt sich bei den Appretur- und Versandarbeiten der Hüttenwerke, bei den

Rüfern und Backern chemischer und Farbenfabriken, bei den Versandtarbeitern der Mühlen und Brauereien und bei den zahlreichen Werkstattarbeitern der größeren Werke.“

Gegenüber den vielfachen Behauptungen, daß die Arbeitszeiten im allgemeinen nicht mehr zu lang sind, daß Ueberanstrengungen der Arbeiter zu den Ausnahmen gehören,*) klingt es sonderbar, wenn amtlich nachgewiesen wird, daß in vielen Betrieben die Arbeiter nicht nur 15, 16, sondern bis 18 Stunden ununterbrochen arbeiten müssen! So wird von den Spiegelglasschleifereien in der Oberpfalz berichtet, daß die Schleifer in der Regel von früh 4 bis Abends 8 Uhr, also 16 Stunden ununterbrochen bei der Arbeit sind.

Aus dem Aufsichtsbezirk in Posen wird berichtet, daß in einigen der dortigen Stärkefabriken die Arbeitszeit 16 bis 18 Stunden währt und die Arbeiter wegen dieser großen Anstrengung und der nassen und kalten Räume, in denen sie die Arbeiten zu verrichten haben, nicht in der Lage sind, eine Reihe von Jahren in der Stärkefabrik in Arbeit zu bleiben. — In Ost- und Westpreußen soll die Arbeitszeit in den Mühlen, welche gewöhnlich 16 Stunden dauert, behufs Ausnutzung des gerade vorhandenen Wassers bis auf 18 und 19 Stunden ausgedehnt werden. — Von den Streichgarn-, Kammgarn- und Baumwollspinnereien des Regierungsbezirks Potsdam-Frankfurt a. O. wird berichtet, daß in vielen Betrieben eine wirkliche Arbeitszeit von 14 Stunden, selbst für Frauen, üblich ist.

Auch die sächsischen Fabrikinspektoren berichten fast aus allen Inspektionsbezirken, daß in gewissen Industriezweigen die 12-stündige Arbeitszeit die Regel ist, daß dieselbe aber in einer nicht unbedeutenden Zahl von Betrieben noch weit überschritten wird. So wird z. B. aus Zwickau berichtet, daß in der Textilindustrie während der Saison die Arbeitszeit auf 13 bis 14 Stunden steigt, daß dieselbe in Spinnereien, zum Theil wenigstens, dauernd 13 Stunden und darüber beträgt, daß sogar Arbeiterinnen bis zu dieser Dauer beschäftigt werden.

Der Fabrikinspektor von Baugen berichtet, daß in 12 verschiedenen Betrieben (darunter 5 städtische Gasanstalten) und in 250 Mahlmühlen über 12 Stunden gearbeitet wird. — Nach dem Bericht aus Meissen

*) Auch Dechselhäuser meint (Siehe Seite 46 „Die Arbeiterfrage“), „daß die regelmäßige Arbeitszeit in Deutschland meist nur noch 10–11, sehr selten 11 bis 12 Stunden beträgt und fast nie 12 Stunden überschreitet.“

kommt in den Ziegeleien, den Thonwaaren- und chemischen Fabriken, in Brauereien, Mälzereien, Brennereien, in den verschiedenartigen Mühlen, in den Gerbereien, Wachstuch- und Filzfabriken, in Maschinen- und Drahtstiftfabriken sowie in den Gasanstalten eine mehr als 12-stündige Arbeitszeit vor. — In Plauen wird die 12-stündige Arbeitszeit als Regel angegeben, jedoch in der Sticker- und Konfektionsbranche eine Ueberschreitung derselben hervorgehoben. — In einer Zwickauer Spinnerei betrug die Arbeitszeit der Arbeiterinnen 14 Stunden, bis dieselbe durch einen Strike auf 12 Stunden reduziert wurde. — Die Handels- und Gewerbekammer zu Plauen, welche sich s. Z. mit 25 von 26 Stimmen gegen die Einführung eines Maximalarbeitstages erklärt hat und die Angaben des dortigen Fachvereins der Weber und der Schneeberger Maschinenstickervereine, wonach die regelmäßige, tägliche Arbeitszeit 13, 14 selbst 15 Stunden betragen sollte, für unbegründet bezeichnet hatte, mußte doch zugeben, daß unregelmäßige oder periodische Ueberschreitungen in den einzelnen Industriezweigen mehr oder weniger vorkommen und zum Theil, wie z. B. in der Wäschefabrikation und Appretur in Rodewisch, eine bedenkliche Höhe erreichen.

Bei allen diesen Berichten sind aber die vorübergehend vorkommenden Ueberstunden noch nicht einmal in Betracht gezogen.

Mit Recht heben die Fabrikinspektoren als besonders schädlich für die Gesundheit der Arbeiter und auch als wenig vortheilhaft für die Arbeitgeber selbst die zu kurzen Pausen hervor. So berichtet auch Hertner über die Mühlhausener Textilfabriken, daß in einzelnen Betrieben zum Frühstück nur 10 Minuten, zum Mittag nur eine halbe Stunde Pause gewährt würde, was zweifellos als ganz ungenügend und als eine unzulässige Inanspruchnahme der Arbeitskräfte bezeichnet werden muß.

Solche Arbeitgeber sollten sich einmal der Mühe unterziehen, in anderen Fabriken Umchau zu halten; sie würden sich bald überzeugen, daß eine derartige Ueberanstrengung nicht nur inhuman, sondern für sie selbst auch unvortheilhaft ist.

Während nun in Bezug auf die Arbeitslöhne der Staat schwerlich durch Gesetze eine Besserung herbeiführen kann, so ist dies, wie oben gezeigt, in Bezug auf die Arbeitszeit, ja selbst in Bezug auf die Pausen sehr wohl möglich und müssen daher diejenigen, welche ihre Pflicht, zu bessern und zu helfen selbst nicht anerkennen, durch Gesetz dazu gezwungen werden.

Noch mehr und wohl mit mehr Recht als bei dem einzelnen Arbeitgeber erkennt Dechselhäuser in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Hauptaufgabe der Gesamtheit der Arbeitgeber. — Er räth ihnen zu diesem Zweck, durch Begründung und Verbreitung von antisozialistischen Zeitschriften und Tagesblättern den Lehren der Sozialdemokratie entgegenzutreten; er räth ihnen, Vereine, Bibliotheken, Vereinslokale und dergleichen zu Gunsten der Arbeiter zu begründen; lauter gewiß sehr empfehlenswerthe und auch für die Arbeiter zweckmäßige und vortheilhafte Einrichtungen, sofern diese bei der Begründung selbst theilhaftig sein können und sein dürfen. Darauf aber möchte ich das Hauptgewicht legen, denn, wenn überhaupt, so wird, wie Dechselhäuser selbst sagt: „nur mit Hilfe der Arbeiter der schließliche Entscheidungskampf gegen die Sozialdemokratie geführt und ein vollständiger Sieg errungen werden können.“

Allerdings wird die Begründung einer antisozialistischen Presse ebenso schwer halten, wie ihre wirksame Verbreitung; die Bibliotheken werden zuerst nur wenig benutzt werden, weil die Menschen auch zum Lesen erst erzogen werden müssen; Vereinslokale und Lesezimmer werden nur spärlich besucht werden, bis die Arbeiter die Ueberzeugung gewonnen haben, daß dieselben in der That nur für sie und zu ihrem Vortheil errichtet sind. Es gehört eben zur Durchführung solcher Maßregeln Ausdauer und vor allem der Beweis, daß keine Nebenzwecke damit verknüpft werden. Denn die Arbeiter sind, das dürfen sich die Arbeitgeber nicht verhehlen, mißtrauisch geworden oder sagen wir mißtrauisch gemacht, weil die letzteren sich, — ich nehme mich selbst natürlich nicht aus — bisher zu wenig um ihr leibliches und geistiges Wohl bekümmert haben. Das einfachste und wirksamste Mittel scheint mir daher darin zu bestehen, daß man die Arbeiter sich selbst überläßt, daß man ihnen gestattet, ihre eigenen Vereine zu gründen, daß man ihnen — ungeachtet etwaiger Befürwortung und Unterstützung — die Initiative selbst überträgt, kurz daß man ihnen das Recht und auch die Möglichkeit der freien Vereinigung gewährt. Diese Freiheit haben aber die Arbeiter in Deutschland bis jetzt thatsächlich noch nicht besessen, sei es, daß ihnen dieselbe durch Ausnahmegeetze, polizeiliche Verordnungen oder dergleichen, sei es, daß sie ihnen durch die Arbeitgeber selbst beschränkt worden ist. Daß es auch in Deutschland Arbeiter giebt, die danach streben, sich zu verbinden, die bereit sind, für ihre Fortbildung, für ihre Geselligkeit zc.

selbst etwas zu thun, wenn man ihnen nur die nöthige Freiheit hierzu gewährt, dafür liefern nicht nur die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, sondern auch andere bereits bestehende Vereinigungen unwiderlegliche Beweise. Die Aufgabe der Arbeitgeber wird daher in der Hauptsache darin zu bestehen haben, daß sie sich solchen Vereinigungen nicht feindlich gegenüberstellen, auch dann nicht, wenn dieselben zur Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder benutzt werden sollen.

Daß nicht nur der Staat, sondern auch die Arbeitgeber in Deutschland von einer allgemeinen Anerkennung des Koalitionsrechtes noch weit entfernt sind, wird nicht bestritten werden können. Die meisten Arbeitgeber erkennen eben in jeder Vereinigung ihrer Arbeiter ein unberechtigtes Vorgehen, ein feindliches Beginnen, das sie bekämpfen zu müssen glauben. So gründeten z. B. die Brauergesellen — welche vielleicht von allen Arbeiterklassen die geringste Neigung zur Sozialdemokratie besitzen, einerseits, weil sie meistens in den Betrieben selbst wohnen und daher ihren Arbeitgebern näher stehen, wie die Arbeitnehmer anderer Branchen, andererseits, weil in ihren Reihen eine Menge gebildeter und nicht unvermögender Elemente vertreten ist, — vor ein paar Jahren in Berlin eine Vereinigung, die sich bald über Norddeutschland, ja über ganz Deutschland verbreitete. Dieselbe bezweckte eine Unterstützung arbeitsloser Gesellen, einen Mittelpunkt zur Vertretung ihrer Interessen, die gesellige Unterhaltung und die Fortbildung ihrer Mitglieder. Der Verein war frei von jeder politischen oder sozialistischen Färbung und der gewählte Vorstand gab den Arbeitgebern in loyalster Weise Kenntniß von seinem Vorhaben und von den beschlossenen Statuten. — Es lag somit in der That kein Grund vor, dieser Vereinigung irgendwie feindlich gegenüberzutreten und doch geschah dies von Seiten einer größeren Zahl von Brauereibesitzern und Meistern, von denen einzelne sogar den Austritt der bei ihnen beschäftigten Gesellen verlangten. Ich, der ich dem Verein von Anfang an wohlwollend gegenübergetreten war, weil ich mit Dechselhäuser der Meinung bin, daß man derartige Vereinigungen nicht bekämpfen, sondern eher unterstützen soll, wurde deswegen von Kollegen und Berufsgenossen getadelt und angegriffen. Und doch hat der Verein bis zum heutigen Tage nichts gethan, was eine berechtigte Unzufriedenheit der Arbeitgeber hervorzurufen geeignet wäre. Daß das von ihm gegründete Organ gleich in der ersten Zeit Mißstände in einzelnen Betrieben öffentlich besprach, mag als Unflug, als nicht ganz

Recht, Arbeiterschutz.

taktvoll bezeichnet werden, ist andererseits aber doch nur ein gutes Recht der betreffenden Arbeiter. Auch die von Dechselhäuser befürwortete anti-sozialistische Presse würde ihren Zweck verfehlen, wenn sie Mißstände, wie sie leider noch in vielen Brauerei- und sonstigen Betrieben vorkommen, verschweigen oder gar bemänteln wollte.

Die Gründung von Invalidenkassen, die Dechselhäuser dem Staate allein überlassen zu wollen scheint, möchte ich als eine Hauptaufgabe nicht der einzelnen, wohl aber der vereinten Arbeitgeber bezeichnen. Alle Invalidenkassen einzelner Betriebe werden mehr oder minder einen gewissen Zwang auf die Arbeiter ausüben, werden irgendwie mit ihrem Verbleiben in resp. ihrem Austritt aus dem betreffenden Geschäft in Beziehung stehen müssen und vermögen somit dem Arbeiter keine sichere Gewähr für die Zukunft zu bieten. Anders verhält es sich mit solchen Kassen, die von allen oder doch von einer größeren Anzahl Berufsgenossen gebildet werden. Bei solchen Kassen braucht für die Arbeitnehmer eine Freiheitsbeschränkung in Bezug auf die Wahl ihrer Thätigkeit gar nicht oder doch nur in geringem Maße stattzufinden; sie werden sich daher weit eher als jene frei von Neben Zwecken halten und die Arbeiter für sich gewinnen können. Von der Bildung solcher Kassen sollten sich die Arbeitgeber nach meiner Ansicht auch nicht durch die in Aussicht stehende staatliche Altersversorgung zurückhalten oder abschrecken lassen. Diese, wenn auch noch so erwünscht, wird selbst bei dem wohlwollendsten Entgegenkommen auf allen Seiten, weder alle Fälle der Bedürftigkeit berücksichtigen, noch über ein mäßiges Maß hinausgehen können.

Es wird in den meisten Fällen sogar wünschenswerth sein, daß sich auch hier die Selbsthilfe mit der Staatshilfe verbindet, indem die erstere freiwillig die Ergänzung der zwangsweise eingeführten Mindestleistung übernimmt. Sehr zu bedauern würde es sogar sein, wenn die staatliche Altersversorgung den Erfolg hätte, daß die Privatthätigkeit auf diesem Gebiete in's Stocken gerieth oder ganz aufhörte. — Die häufigen und vielfachen Hinweise auf ihre demnächstige Einführung, lange bevor noch irgend ein greifbares Projekt vorlag, die übertriebenen Vorstellungen, welche sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer über deren Leistungen machten, haben bereits lähmend und hemmend auf die Bildung privater Unterstützungskassen gewirkt. Es ist zu hoffen, daß die bescheidenen Grenzen, welche sich nach officiösen Mittheilungen die Regierung in

Bezug auf diese Frage vorerst gesteckt hat, ernüchternd wirken und die privaten Bestrebungen von neuem ansachen werden.

Ebenso wichtig wie alle positiven Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter ist für das gute Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern das rein negative Verhalten der ersteren, d. h. die Arbeitgeber sollten sich von jedem aggressiven Vorgehen gegen die Arbeiter fernhalten. Ein aggressives Vorgehen erkenne ich z. B. in der Wiedereinführung von Arbeitsbüchern für majorenne Arbeiter, sei es, daß dieselbe durch Gesetz oder durch Vereinbarung der Arbeitgeber erstrebt werden soll. Mit einer Wiedereinführung von Arbeitsbüchern wird doch zweifellos eine Kontrolle der Arbeiter beabsichtigt, welche einer polizeilichen Beaufsichtigung gleichkommt und deshalb für freie Männer herabwürdigend und mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen ist. Es kommt hinzu, daß diese Kontrolle, gleichviel von wem sie ausgeübt wird, dazu dienen kann, die Existenz gewisser Arbeiter zu untergraben. Wenn auch die Führung von Arbeitsbüchern, welche eine Vereinigung von Arbeitgebern für gewisse Bezirke erzwingt, diesen Charakter nicht immer trägt, so liegt doch auch hierin ein aggressives Vorgehen gegen die betreffenden Arbeiter, und erscheint dasselbe nicht minder verwerflich, wenn die Arbeitsbücher dazu benutzt werden sollen, um unliebsamen Arbeitern das Fortarbeiten in der Gemeinschaft unmöglich zu machen. Man sollte es vermeiden, den Arbeiter noch mehr als es durch seine Entlassung geschieht, so zu sagen in Zukunft zu schädigen. Namentlich aber sollte man ihm die Möglichkeit der Rechtfertigung gegen ungerechte Urtheile nicht entziehen, indem man ihm dieselben vorenthält. Dies geschieht aber, wenn man z. B. durch irgend welche, den Arbeitern selbst unbekannte Mittel und Wege, die Berufsgenossen veranlaßt, gewissen Arbeitern ohne eigene Prüfung der Sachlage jede Art von Arbeit zu versagen. Gewiß giebt es Fälle, wo der Arbeitgeber das Recht, ja die Pflicht hat, seine Berufsgenossen zu warnen, sie vor der Berührung mit unwürdigen Personen zu schützen; doch diese Fälle sind selten und können sicherlich ein ungerechtes Verfahren Anderen gegenüber nicht rechtfertigen.

Leider gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß Arbeitgeber in dieser Beziehung Fehler begehen. Ja, es giebt deren, die nicht nur die eigenen Berufsgenossen, sondern auch die anderer Gewerbe aus persönlichem Interesse zum Kampf gegen die Arbeiter aufstacheln möchten. — Hierfür, sowie für das Vorhandensein einer Reihe anderer Mißstände,

die ich in vorstehenden Zeilen gekennzeichnet habe, könnte ich aus eigener Anschauung und Erfahrung Beispiele und Belege anführen. Wenn ich mich trotzdem für die einzelnen Fälle in der Hauptsache auf Andere, namentlich auf amtliche Berichte bezogen habe, so wird man — hoffe ich — daran mein Bestreben erkennen, die vorliegenden Fragen rein sachlich zu behandeln.

Mit Recht hält Herr Dechelhäuser den Arbeitgebern vor, daß sie keinen Dank verlangen, auch einen solchen nicht erwarten dürfen, d. h. sie sollen die Dienste, die sie ihren Arbeitern leisten, als sich selbst geleistet und als solche betrachten, die keines Dankes bedürfen. Trotz alledem glaube ich aber, daß demjenigen Arbeitgeber, der nicht nur von seinen Arbeitern, sondern auch mit ihnen und für sie lebt, der Dank von selbst zufällt, denn es ist einfach unwahr, wenn man sagt, die Arbeiter seien nicht erkenntlich für die Beweise freiwilliger Fürsorge, die ihnen und ihren Familien zu Theil wird. Gewiß werden auch unter den Arbeitern Elemente vorkommen, die so wenig das edle Gefühl des Dankes kennen, wie es Arbeitgeber giebt, für welche die Nächstenliebe nur ein leerer Begriff ist; gewiß werden andere, aufgehetzt durch gewissenlose Agitatoren, alle Wohlthaten, alle Rücksichten ihrer Arbeitgeber lediglich als die Erfüllung einer Verpflichtung hinnehmen, wie sich ja auch umgekehrt Arbeitgeber leider durch einzelne mißglückte Versuche von ihren humanen Bestrebungen abbringen lassen. Aber selbst Anhänger der Sozialdemokratie werden im allgemeinen nicht umhin können, solche Bestrebungen anzuerkennen, sobald ihnen daraus wirkliche Vortheile erwachsen; dies umsoweniger, als die Huldigung sozialdemokratischer Ideen doch nicht ohne weiteres Undank und Mißachtung voraussetzen läßt.

Daß die Humanität der Arbeitgeber die beste Waffe gegen die Ausbreitung sozialistischer Lehren ist und bleibt, dessen sind sich auch die Führer der sozialdemokratischen Partei bewußt. — An dieser Thatsache können auch Wuthausbrüche, wie sie in sozialdemokratischen Blättern zuweilen vorkommen, nicht nur nichts ändern, sondern dieselbe nur bekräftigen. Wenn z. B. der „Züricher Sozialdemokrat“, kurz nachdem durch meines Freundes, des Abgeordneten Goldschmidt und meine Initiative den Berliner Brauergesellen von fast sämmtlichen Brauereien eine freiwillige, nicht unbedeutende Lohnerhöhung zu Theil geworden war, mir in einer Korrespondenz aus Dessau, unter ausdrück-

licher Nennung meines Namens, vorwirft, ich sei „mit den heutigen Zuständen wohl zufrieden, weil ich, dank meiner Schlaueit, Kutsche fahren und über den Arbeitern die Hungerpeitsche schwingen könne,“ so erkennt man darin doch zu deutlich das Bestreben, das möglicherweise verlorene Terrain durch Verdächtigungen wiederzugewinnen. —

Es ist ferner nicht wahr, wenn man behauptet, daß die Arbeiter allein die Schuld tragen an dem feindseligen Verhältniß, welches zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern leider vielfach besteht. Abgesehen von den in der staatlichen und sozialen Entwicklung unserer Zeit zu suchenden Ursachen, fällt zweifellos auch auf die Arbeitgeber ein großer Theil der Schuld. „Es hieße im Großen und Ganzen die thatsächlichen Verhältnisse verkennen, die täglichen Erfahrungen verleugnen“, sagt Dechselhäuser, „wenn man in Abrede stellen wollte, daß das gute oder schlechte Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern als Regel durch die Behandlung der letzteren seitens der ersteren bedingt wird“. — Es soll dahingestellt bleiben, ob diese Behauptung voll und ganz zutrifft; jedenfalls giebt es Arbeitgeber genug, die das Verhältniß zu ihren Arbeitern unnöthigerweise dadurch verschlimmern, daß sie durch ihr Benehmen, durch ihr persönliches Auftreten, durch eine Prunksucht, welche weder im Fabrikationsbetrieb, noch durch sonstige Verhältnisse begründet ist, die Arbeiter reizen und sich verfeinden. — Wie man als Arbeitgeber einerseits verpflichtet ist, durch ideelle und materielle Leistungen für das Wohl der Arbeiter einzutreten, so soll man andererseits durch sein sonstiges Verhalten es zu vermeiden suchen, daß die leider bereits bestehende Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch erweitert werde.

Daß jeder fehlt und wieder fehlen wird, ist zweifellos und auch entschuldbar; daß aber jeder strebt, zu bessern, wo und wie er kann, erscheint mir eine Pflicht, die leicht erfüllbar ist und die auch mich zu diesen Zeilen trieb.

Im voraus will ich mich jedoch dagegen verwahren, als ob ich scheinen wollte mehr zu sein, als einer dieser letzteren, als ob ich den Leser glauben machen wollte, ich hätte die Stufe schon erklommen, die Dechselhäuser den Arbeitgebern als erstrebenswerthes Ziel vor Augen führt. Ich weiß sehr wohl, daß auch in den von mir geleiteten Betrieben Theorie und Praxis sich nicht immer decken, daß es leichter ist, Rathschläge zu ertheilen, als solche in die That zu übersetzen, denn heute mehr wie je gilt jenes Dichterwort: „leicht bei einander wohnen die Ge-

danken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“. Wenn ich auch bestreite, daß jedem Unternehmer, der es versucht, das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten der Arbeiter zu ändern, „von seinem Nachbar“, wie Lasalle behauptet, „der Arm unterlaufen und der Dolch der freien Konkurrenz durch Brust und Rücken gestoßen würde“, so gebe ich doch zu, daß niemand — und auch ich nicht — ganz frei ist von dem Einfluß dieser Konkurrenz, von der Rücksicht auf die ihn umgebenden Verhältnisse. — Doch soll und darf uns das nicht abhalten, Das als richtig anzuerkennen und zur Nachahmung zu empfehlen, was wir selbst für richtig halten oder was Andere uns als richtig nachgewiesen haben. Die Thatsache, daß ein vollkommener Zustand niemals erreicht werden wird, entbindet weder den Staat noch die Arbeitgeber, zu bessern, soweit sie dies vermögen. Nach und nach wird die von Vielen geschmähte und doch so mächtige Göttin, die öffentliche Meinung, ihren Einfluß auch nach dieser Richtung geltend machen und wie so viele Hindernisse auch die hinwegräumen, durch welche die humanen Bestrebungen einer großen Zahl von Arbeiterfreunden heute noch aufgehalten und lahmgelegt werden.

Es mag dahingestellt bleiben, ob und in wie weit sich die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland innerhalb der letzten Jahrzehnten thatsächlich gebessert hat; zugeben wird jeder mit den Verhältnissen nur einigermaßen Vertraute, daß sie auch heute noch keine beneidenswerthe; daß sie vielmehr in vielen Theilen des Reiches eine so bedauernswerthe ist, daß die Arbeiter mit Recht sagen können: schlechter als es ist, kann es unmöglich werden! Wird dies aber zugegeben — und es muß zugegeben werden — so liegt es auch ebenso sehr im Interesse des Staates und der Gesellschaft wie in dem der Arbeiter, diese Verhältnisse zu bessern und den letzteren die Stellung und die Existenz zu verschaffen, die im Einklang stehen mit ihren Menschenrechten, die ihnen die Freude am Leben zurückgeben und ihnen somit ein Interesse an der Erhaltung des Staates und seiner Einrichtungen einflößen. — Zu diesem Zweck muß den Arbeitern neben der politischen Freiheit auch die Grundlage zu ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit geschaffen werden, eine Unabhängigkeit, die für sie bis jetzt nur theoretisch besteht. — Hierzu nach Kräften beizutragen, sollte eine der Hauptaufgaben des wahren Liberalismus sein.

Um eine solche im Interesse Aller nothwendige Besserung herbeizuführen, brauchen aber Eigenthum und Kapital nicht aufgehoben und

abgeschafft, sondern deren Macht und Wirkung nur zu Gunsten der besitzlosen Klassen beschränkt zu werden; die „Anhäufung fremden Arbeitsertrages“, wie die Sozialisten den Unternehmergewinn nennen, braucht nicht beseitigt, sondern nur zu Gunsten der Arbeiter vermindert zu werden. — Es braucht sich der Staat nur bewußt zu werden, daß auf seinen Schutz die Arbeit der Besitzlosen ein gleiches Anrecht hat, wie das Kapital der besitzenden Klassen, und daß der eigentliche „Schutz der nationalen Arbeit“ nicht in der Verbesserung der Einnahmen Einzelner, sondern einzig und allein in der Verbesserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter, in der verbesserten Lebenshaltung der besitzlosen Klassen zu suchen ist. — Es brauchen sich die Besitzenden nur bewußt zu werden, daß unsere heutigen Begriffe von Kapital und Eigenthum, daß unsere heutige Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung nicht auf göttlichen Satzungen beruhen, daß sie vielmehr Menschen ihre Entstehung verdanken und daher auch menschlicher Abänderung unterworfen bleiben. Es braucht sich die Gesamtheit der Arbeitgeber nur vor Augen zu halten, daß ihr Besitz ohne den Staat, ohne die Gemeinschaft, ohne die Masse der Besitzlosen an sich keinen Werth hat und vernichtet sein würde, sobald die jetzige Gesellschaftsordnung zu Grunde ginge. Suchen wir daher die Zustände besser zu gestalten, so lange es noch Zeit ist, so lange die Massen noch nicht im Besitz der Macht, so lange sie noch nicht zur gewaltsamen Veränderung ihrer Lage geschritten sind!

Staatshilfe und Selbsthilfe vereint, können und müssen diese Besserung bewirken.

Die Aufgabe, ja die Pflicht des Staates ist es, die Arbeiter zu schützen gegen die Folgen von Arbeitsunfähigkeit, gleichviel ob dieselbe durch Krankheit, Unfall, Invalidität oder Alter hervorgerufen ist; ihre Existenz sicher zu stellen, soweit sie durch unverschuldete Arbeitslosigkeit gefährdet ist; seine Pflicht ist es ferner, die Ausnutzung menschlicher Kräfte zu Gunsten persönlicher Interessen nach Möglichkeit zu verhindern, sei es durch ein Verbot der Kinderarbeit, sei es durch Beschränkung der Arbeitszeit von Männern, Frauen und jugendlichen Arbeitern; auch soll und muß der Staat eine ausgleichende Belastung seiner Bürger erstreben, nicht nur durch Erhöhung und Ein-

führung von progressiven Einkommen- und Gewerbesteuern, sondern auch durch direkte und indirekte Entlastung der besitzlosen Klassen und endlich sollte er bemüht sein, einer übermäßigen Konzentration der Betriebe und einer weiteren Steigerung der Macht des Kapitals entgegenzuarbeiten. — Die Besitzenden aber, insbesondere die Arbeitgeber, sollten sich dadurch hilfsbereit erweisen, daß sie nicht nur auf weitere Vortheile und Privilegien verzichten, daß sie sich vielmehr zu Opfern bereit erklären, indem sie freiwillig die Interessen der Arbeiter im Sinne Dechelhäusers und anderer Arbeiterfreunde berücksichtigen, indem sie freiwillig eine dauernde Verbesserung der Lage derselben herbeizuführen suchen. — Mögen aber auch die Arbeiter selbst durch gesetzmäßige und sachgemäße Vereinigung ihrer Kräfte, durch energische, aber vernunftgemäße Ausnutzung der ihnen durch Gesetz und Verfassung gewährleisteten Rechte, vor allem aber durch Beschränkung ihrer Forderungen auf das erreichbare Maß, jene Bestrebungen unterstützen und sich einer Besserung ihrer Lage würdig erweisen!

Dann, aber auch nur dann werden wir vor der sozialen Revolution bewahrt bleiben! Die Erreichung dieses Zieles zu fördern, hat der Verfasser der beiden Schriften: die „Arbeiterfrage“ und die „sozialen Aufgaben der Arbeitgeber“ unternommen, — hoffentlich mit Erfolg!

Wenn die vorliegenden Blätter nichts weiter vermögen, als Dechelhäuser's vortreffliche Worte in weitere Kreise zu tragen, so ist auch ihr Zweck voll und ganz erreicht.



